

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 M. monatlich, 1.10 M. wöchentlich, 28 Bg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Preis für den Ausland: 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erfindet Hgllh.

Die Interfusions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle über deren Raum 60 Bg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Bg. (zweifache 2-fache gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Bg. Stellengedächte und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kredaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 11. Dezember 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Mann auf dem Isolierschemel.

Zum Schluß der gestrigen Reichstags-Sitzung ereignete sich ein pittoreskes Schauspiel: der isolierteste aller Reichskanzler, den Deutschland je gehabt hat, der nicht nur von allen guten Geistern, sondern auch von allen Parteien verlassen ist, der typische Mann auf dem Isolierschemel, hatte, bevackelt mit seinem zweiten Mißtrauensvotum innerhalb kurzer Frist, den kläglichen Mut, der größten Partei des Reichstags und des Landes, der Viereinmiltionenspartei, der Volkspartei schlechthin, vorzubekennen, daß sie — jawohl, die Sozialdemokratie! — isoliert dastehe, durch einen breiten Strich getrennt von dem „Volksempfinden“. So klang in der Tat nicht nur die Rede des Reichskanzlers aus, sondern das war ihr Grundklang vom ersten Wort bis zum letzten.

In der Frage des Arbeitswillens schwebte wie in der Haberner Affäre scheute sich Herr v. Bethmann Hollweg nicht, solchem Köhlerglauben deutlichen Ausdruck zu geben, und wenn man ihn da an seinem Blase hin- und herwehen sah, wie eine Trauerweide auf dem Grabe seiner eigenen Hoffnungen hin- und herschwankend, mußte, ob er trollte oder nicht, an die Ehrlichkeit der Worte glauben und an die des Mannes, der sie pedantisch, schulmeisterlich und gequält hervorbrachte. Wie anders aber als wohl sonst in Menschenköpfen malt sich dann in diesem Kopfe die Welt! Während die Massen draußen nach Brot und Arbeit schreien, steht er wahrhaftig die Millionen sich schüttelnd vor Abichten über den unerhörten Terrorismus der streikenden Arbeiter und hört sie laut schreien nach dem Polizisten, dem Gendarmen und dem Staatsanwalt. Freilich hatten vorher auf diesem Felde der geborene Junker Graf von Westarp und der gebadene Junker Freiherr von Camp wader den großen Schleiffstein gedreht: Schutz der Eingegardel! Nieder mit dem Koalitionsrecht! Zu Boden die Gewerkschaften! Das war es, was laut und vernehmlich aus dem „sozialpolitischen“ Teil ihrer Reden herausklang. Da konnte denn der Kanzler nicht länger hinter dem Busch des Schweigens sitzen bleiben, in dessen Schatten er sich so wohlfühlt, sondern er mußte Farbe bekennen. Aber es war ganz und gar nicht die angeborene Farbe der Entschliebung, die den Westarp und Konforten in so gesundem Rot auf den Wangen leuchtete, sondern ein schwerer bezeichnender Mißmuth, eine Schminke, angerührt aus den Lüben Ich-möchte-gern, Ich-kann-nach-nicht und Wenn-es-doch-ginge. Wer allerdings durch das franke Gerank philosophischerer Söhne von der „Freiheit des Individualismus“ und gerechthuender Mädchen von der „paritätischen Behandlung“ der Frage hindurchgreift, der packt in die erbarmungslosen Dornen des industriellen Scharfmachertums. Schält man den Kern aus dem unbestimmten Bethmannschen Gerede heraus, so kommt man schließlich doch auf das Programm des Zentralverbandes der Industriellen, denn was der neue Strafgesetzentwurf, auf den sich Herr v. Bethmann Hollweg berief, beibringt zur Erdoesselung des Koalitionsrechts, wie auch die Absicht, die Gewerkschaften für Schaden, erwachsen durch ihren „Terrorismus“, zivilrechtlich haftbar zu machen, ist geeignet, auch auf das Antlitz derer um Stöcker das Lächeln des Wohlgefallens zu zaubern.

Achtung vor diesem Kanzler! Nur der Mangel an Gelegenheit trennt ihn davon, der Handlanger der größten Scharfmachergelüste zu werden. Aber wenn er so in diesen Reichstag schaut und die Häupter seiner Lieben zählt, auf die er sich in diesen Dingen verlassen kann, da wandelt ihn doch stärker denn je des Gedankenflusses an, daß mit dieser Parlamentszusammensetzung nichts zu machen ist. So wurde er denn zaghaft, stellte in Aussicht, ver sprach für die Zukunft, appellierte an das „Volksempfinden“, aber er fand bei seinen eifigen Schildhaltern auf der Rechten keinen tröstlichen Blick, keinen ermunternden Zuruf, und hoffnungslos ließ er dann wieder den Blick zur Linken hinüberirren, die bald mit eisigem Schweigen, bald mit höhnischem Wort seine Ankündigung aufnahm — der typische Mann auf dem Isolierschemel.

Nicht anders ging es mit seiner Sprechübung in der Haberner Affäre. Auch hier setzte er sich mit Eifer und Aplomb — es gibt keine zureichenden deutschen Worte für diese unvergleichlichen Kunststücke — zwischen zwei Stühle. Nachdem der Kriegsminister v. Falkenhayn, weniger aufreizend als vor acht Tagen, den Fetisch der militärischen Disziplin dem Hause vorgehalten hatte, just wie es ein russischer Feldpope mit seinem Heiligenbild vor dem Regiment tut, suchte der Kanzler der ewigen Verlegenheiten herauszuhalten, was irgend herauszuhalten war, sich, den Militarismus und die Zivilbehörden im Reichsland auch. Er erklärte seine Meinung über die Haberner Vorfälle dahin, daß er sich noch keine Meinung gebildet habe, nein, noch nicht! Und einerseits, andererseits, und zwar, aber, und wenn schon, denn schon! Einen Rückzug habe die Regierung gewiß nicht

angekündigt, durchaus nicht, aber, seine Zensuren nach rechts und links austeilend, bedachte er auch die Rechte mit einem Tadel, weil sie Statthalter, Bezirkspräsident und Kreisdirektor hart angefaßt. Und wenn auch dieser Teil seiner Rede ein Musterbeispiel von Unentschiedenheit war, so schauten doch, wie oben die Hörner des Scharfmachertums, so hier die Pferdefüße des Absolutismus hervor, der lustig auf Parlament und Parlamentarismus pfeift.

Nur in einem hatte der Mann des steten Unrechts un zweifelhaft recht: es herrscht keine „Homogenität“ mehr zwischen den Parteien, die ihm in voriger Woche das Mißtrauensvotum dargebracht. Nein, wahrhaftig nicht, denn den bürgerlichen Parteien schlägt längst wieder das Herz in dem Kleidungsstück, das die Sitzgelegenheit schamhaft umhüllt, und wenn sie auch von Herrn v. Bethmann Hollweg nichts Rechtes wissen wollen, so wollen sie ihn doch noch weniger missen. Diesen peinlichen Eindruck strömte auch die Rede des Fortschrittlers Dr. Wiemer, der mit unsagbar schmalzigem Pathos — der Mann sollte sich mit einer Talschiff ins Benehmen setzen! — die Prüde zu schlagen suchte zwischen Männerstolz vor Kanzleresseln und Regierungsfremdheit vor Fürstenblicken, und deshalb war der Anflug von Hohn, mit dem der oberste Reichsbeamte von der mangelnden „Homogenität“ sprach, wohlverdient.

Aus anderem Holz geschnitten als diese ewig schwankenden Gestalten sind ganz sicher die Junker, und wenn man feste Umrisse sucht, so findet man sie eher bei dem Grafen Westarp als bei Dr. Wiemer. Dieser ist ein Schwamm, vollgelogen mit den Tränen, die der Freisinn über seine eigene Hoffnungslosigkeit vergossen hat und noch vergießt, aber bei jenem weiß man, woran er ist. Ein Volksfeind, rücksichtslos, zäh, entschlossen, alles niedergutrampele, was den Interessen des Junkertums im Wege steht, gehört Graf Westarp zu den Charakteren, die früher den Jörn des Volkes am stärksten auf sich lenkten. Heute freilich mag er noch so beschränkt die Welt aus dem Gesichtswinkel des ostelbischen Landrats betrachten, mag er noch so schneidig sein Himmel-donnerwetter rufen über die Haberner „Rebellen“ wie über die sozialistischen „Terroristen“, an den Kräften, die die moderne Arbeiterbewegung entsefelt, finden auch Uebermenschen seinesgleichen auf zivilisierterer Art ihren Meister. Aber sie sind dankenswerte Erscheinungen im parlamentarischen Getriebe, weil sie bei aller Verischlagenheit aus ihrem Herzen keine Würdergrube zu machen vermögen und erkennen lassen, wohin die Fahrt geht.

Bei Herrn v. Bethmann Hollweg erkennt das kaum der Zehnte. Er brachte es schließlich fertig, über die Braunschweiger Welfenfrage doppelt so lange zu reden als über die Frage des Koalitionsrechts und die Haberner Affäre zusammen. Hier war er ganz und gar der Hofbeamte, der über Hofdinge plauderte, der Typ des stammelnden Hofmarschalls v. Stab aus dem achtzehnten Säkulum.

Wir aber schreiben zwanzigstes Jahrhundert, Herr v. Bethmann Hollweg!

Nach der Ministerkrise.

Paris, 8. Dezember. (Fig. Ber.) Die Ministerkrise ist endlich gelöst, aber die Art, wie sie gelöst ist, bezeugt, daß die allgemeine politische Krise der Republik fortbauert. Die neue Regierung hat, ihrem Personal nach, einen ausgesprochen linksradikalen Charakter, aber an dieser Tugend hat die Not ihren Anteil. Doumergue hat die auswärtigen Angelegenheiten selbst übernommen, da er von dem gemäßigten Ribot, um den er sich hartnäckig bemüht hatte, sowie von Jean Dupuy eine hartnäckige Weigerung entgegengesetzt bekam. Diese Abweisung hat vor allem in der Gegnerschaft der beiden gegen die Einkommensteuer ihren Grund, deren Befriedigung so ungefähr das ganze Reformprogramm der neuen Regierung ausmachen dürfte — von dem obligaten „Schutz der Laienschule“ natürlich abgesehen. Clemenceau hat im „Homme Libre“ erklärt, die radikale Regierung dürfe die Mäßigung nicht durch den Zug von unzuverlässigen Parteigängern — d. h. natürlich Briandisten — erhalten, sondern aus sich selbst produzieren. In der Tat hat der neue Kriegsminister Rouleus für die dreijährige Dienstzeit gestimmt, ebenso der Marineminister Monis im Senat. Man muß also darauf gefaßt sein, daß das Militärprogramm des Kongresses von Pau, die auch von Caillaux befürwortete „schrittweise“ Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit nicht auf der Fahne des Kabinetts stehen wird. Der Wutausfall, womit das „Journal des Debats“ die radikale Regierung empfängt, kommt nicht etwa von der Angst, die bürgerliche Linke werde jetzt den ersten Schritt zur allgemeinen Volksbewaffnung unternehmen, sondern daher, daß es der radikale Linken doch noch gelungen ist, ihrer vom Neunationalismus schon für endgültig angesehenen Auscheidung von der politischen Macht Einhalt zu tun. Unzufrieden ist natürlich auch der „Temps“, der sich über die Grenzlosigkeit der Mehrheit der neuen Ministernamen mokiert. Sein Karger ist durch die Entschiedenheit hervorgerufen, womit der von Caillaux geleitete Doumergue

die stillen Gesellschafter Briands ferngehalten hat. Zwar ist im neuen Ministerium auch die „demokratische und soziale Entente“, das Gegengebilde der gemäßigten Radikalen vertreten, aber doch durch keine streitbaren Briandisten.

Man wird guttun, das neue Ministerium ohne große Hoffnungen auf reformatorischen Sturm und Drang zu erwarten. Seine Stellung zur Wahlreform wird schwerlich die Bestimmtheit erlangen, die auf Seiten der Gemäßigten den Versuch ausschließen würde, ihm den Proporz zwischen die Beine zu werfen. Die Taktik der sozialistischen Fraktion wird da mit mancher Schwierigkeit zu tun haben.

Wenn die Zusammensetzung des Kabinetts schon die Verteidigung des Proporz im Senat fraglich macht, so wird man auch noch abwarten müssen, wie sich die Regierung mit den Widerständen, die die Einkommensteuer bei der auch von Linksrepublikanern zusammengesetzten Mehrheit des Senats sicher finden wird und die schon im Kommissionsbericht zum Ausdruck kommt, abfinden wird. Jedenfalls würde eine Regierung, die nicht bereit wäre, im Kampf für eine das mobile Kapital heranziehende Steuer ihre Existenz einzusetzen, den Rest des politischen Antehens des Radikalismus bei den treugebliebenen Bauernmassen verspielen.

Die erste Interpellation.

Paris, 10. Dezember. Der sozialistisch-republikanische Deputierte Bilette kündigt an, daß er am Donnerstag nach der Regierungserklärung das Ministerium über dessen allgemeine Politik interpellieren werde. Da Bilette ein Anhänger des Kabinetts ist, hat die Interpellation zweifellos nur den Zweck, ein Vertrauensvotum der Kammer herbeizuführen.

Vom Rückgang der Sozialdemokratie.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird uns geschrieben:

Kann man noch eine „nationale“ Zeitung in die Hand nehmen, ohne darin von dem „Rückgang der Sozialdemokratie“ zu lesen. Vornehmlich wird dabei auf den Ausfall der badischen Landtagswahlen und auf die sozialpolitischen und kommunalpolitischen Wahlen in Westdeutschland verwiesen. Man kann es unieren Segnern nicht verübeln, daß sie nach so vielen Niederlagen sich der seltenen Siegesstunde freuen und, wie noch der „Zerschmetterung der Sozialdemokratie“ bei den Spaltenwahlen Reichstagswahlen 1907 sich Courage einreden mit der „bestimmten Verheißung“, daß nun die „sozialdemokratische Hochflut übermünden“ sei. Um aber in den Kreisen unserer Genossen keine falschen Vorstellungen einzuwickeln zu lassen, wollen wir die Ergebnisse der letzten sozial- und kommunalpolitischen Wahlen in dem hiesigen Industriegebiet einer kritischen Betrachtung unterziehen.

Die Wahlen zu den Ortskrankenkassen sind keineswegs so ungunstig für uns ausgefallen, wie es nach den Triumpberichten der bürgerlichen Presse aussieht. Strenge Vergleiche mit früheren Wahlen sind nicht möglich, weil in diesem Jahre sowohl die Art des Wahlverfahrens wie auch der Kreis der Wahlberechtigten ein anderer war. Ueberflüssig zu beweisen, daß die Kämpfe um die Krankenkassenvertreter zu einer „nationalen“ und „christlichen“ Schlacht gegen die „vaterlandslosen Ruten“ ausgestaltet wurden. Dieser Launisch nicht noch stark in einem Landesteil, wohin sich unaufhörlich ein Strom wirtschafts- und parteipolitisch ungehulter Elemente ergießt. Besondere Aufmerksamkeit verdient uniererseits der Umstand, daß dort, wo weibliche Krankenkassenwähler in erheblicher Zahl zu den Urnen schritten, das „nationale Kartell“, worin sich häufig außer den konfessionellen Arbeitervereinen und den ultramontanen Gewerkschaften auch die Selben zusammenschlossen, am besten abschnitt! Unsere Genossen würden in manden Kassen diesmal die Majorität bekommen haben, wenn nicht die weiblichen Wähler in Schoren gegen uns mobil gemacht worden wären. In der Großstadt Essen verdanken es die „Nationalen“ nur den zirka 1300 weiblichen Wählern, daß nochmals die größte Vertreterzahl unserer Genossen zufiel. Doch drangen unsere Genossen jetzt so stark vor, daß die „nationale“ Liste nur noch einen Vertreter mehr als die unfrige erhielt. Ohne die Mobilmachung der überwiegend kirchlich gesinnten weiblichen Wähler würden die freien Gewerkschaften schon diesmal die stärkste Vertretung im Kassenvorstand erhalten haben. Ähnlich so in anderen Orten. Man sieht hieraus, daß eine intensivere politische Aufklärung und Organisierung der proletarischen Mädchen und Frauen notwendig ist. Dieselbe Erfahrung machten unsere Münchener Genossen bei der jüngsten Ortskrankenkassenwahl, wie wir einer Besprechung in der „Münchener Post“ entnehmen. Zu den von dem genannten Parteiblatt mitgeteilten Details über die kirchliche Fanatisierung der „nationalen“ Wähler können wir auch aus dem hiesigen Bezirk manch drastisches Seitenstück liefern. An verschiedenen Orten führten sich die Kirchlichen so provozierend auf, daß unsere Genossen sich mit Gewalt bezwingen mußten, wollten sie den Wablast nicht in eine wüste Schlägerei ausarten lassen. Hinterher klagte die kirchliche Presse natürlich über den Terrorismus der Sozialisten. Es wird unsere Aufgabe sein, an der Hand der nun erstmalig nach den neuen gesetzlichen Vorschriften durchgeführten Krankenkassenwahlen die künftigen Wahlen sorgfältiger vor-

zubereiten. Nebrigens befanden sich vordem fast alle Mehrheiten in den Vorständen der rheinisch-westfälischen Orts- und Gemeindefrankenkassen in den Händen der „Nationalen“. Die von der bürgerlichen Presse gemeldeten „sozialdemokratischen Niederlagen“ waren keine Verluste, sondern unsere Genossen drangen diesmal noch nicht mit Mehrheit durch. Was nicht ist, muß noch werden.

Ernstere Beachtung verdienen die Kommunalwahlen. Zwar handelte es sich hierbei selten um Erhaltung des bisherigen Bestandes; wir sind eben nur erst in relativ wenigen Gemeindeparlamenten vertreten. Von den Großstädten erfreuen sich nur Essen und Dortmund einiger sozialdemokratischer Stadtverordneten. In einer Reihe von vorwiegend in den südlichen Teilen des Industriegebiets (Landkreis Dortmund, Kreise Hörde und Gattungen und im nördlichen Teile des Kreises Hagen) belegenen Landgemeinden besitzen wir Vertreter in der dritten, in mehreren besitzen wir die ganze dritte Klasse. In einigen haben wir schon die Mehrheit der Gemeinderatsitze. Ausnahmslos liegen die betreffenden Orte im Verberichtsbezirk der „Dortmunder Arbeiterzeitung“. Nur in vereinzelten Gemeinden des übrigen Industriegebiets vermochten wir bisher Gemeinderatsitze zu erobern. Diese Begrenzung ist sehr charakteristisch. Die bürgerlichen Nachrichten über „sozialdemokratische Niederlagen bei den Gemeinderatswahlen“ treffen auf das südliche und östliche Industriegebiet nicht zu. Unsere Partei hat hier sehr gut abgeschnitten! Wir behaupteten unsere Mandate in Esping (2), Eichlinghofen (2), Salingen (1), Bersebeck (1), Despel (1), Denjen (1), Bräfel (1), Ellinghausen (1), Horstmar (1), Wellinghofen (1), Wellinghofen (1), Schüren (1), Soistedde (2), Kirchrade (1). Die Sozialdemokratie eroberte neue Mandate in Dellwig-Solte (1), Annen (2), Brambauer (2), Altenderne-Oberbecker (2), Niederaden (1), Oberaden (1), Rünthe (1), Bergfamen (1), Wiekerhöfen (3). Das sind 14 neu eroberte und 17 behauptete Mandate! Sieht das nach einem Rückgang der Sozialdemokratie aus? Die meisten bürgerlichen Meldungen über „sozialdemokratische Niederlagen“ betreffen Orte, in deren Verwaltungskörperschaften nie ein Sozialdemokrat saß! Zudem erhöhten wir stellenweise trotz „Niederlage“ unsere Stimmzahl, während die gegnerische zurückging. In Sänen erhielten wir jetzt 47 gegen früher 41 Proz. der abgegebenen Wahlstimmen, während die des Zentrums von 59 auf 53 zurückgingen.

Richtig ist, daß unsere Partei im allgemeinen bei den diesjährigen Gemeinderatswahlen keine Fortschritte machte, in manchen Orten sogar Stimmverluste zu beklagen hat. Wer aber die Verhältnisse in der „Stohlenfische“ kennt, wundert sich darüber nicht. Gerade bei den Gemeinderatswahlen spielen oft Fragen lokalpatriotischer Art eine entscheidende Rolle; außerdem ist bekanntlich das Wahlrecht an einen längeren Wohnsitz in der betreffenden Gemeinde gebunden. Die Masse der Industriearbeiterchaft besteht aber längst nicht mehr aus bodenständigen, also an den lokalen Vorgängen interessierten Elementen, sondern befindet sich auf einer sozusagen unaufhörlichen Wanderung. Fräulein E. Fischer-Gedert hat sich die Verhältnisse der typischen Industriergemeinde Hamborn bei Dorhanen zum Vorwurf einer Studie über die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterfrauen gewählt und stellte nach den Gemeindefakten für 1911/12 fest: In Hamborn meldeten sich 37 631 Personen an, 32 240 ab, es meldeten sich 47 116 um. Die Gesamtzahl der Bevölkerung betrug 106 990. Hamborn kann man für ein ganzes Drittel seiner Bevölkerung eher als ein Wanderlager als eine feste Ansiedlung ansprechen. In den meisten der mit amerikanischer Schnelligkeit angewachsenen Ortschaften des mittleren und nördlichen Industriegebiets dürften sich die gleichen Wanderungsverhältnisse wie in Hamborn vorfinden. Die Funktionen unserer Partei und unserer Gewerkschaften machen alle die Erfahrung, daß sie zwar in den einzelnen Ortschaften im Laufe eines Jahres zahlreiche Mitglieder gewinnen, aber kommt der Funktionär nach einigen Wochen oder Monaten wieder, so findet er oft den größten Teil der Mitglieder nicht mehr an. Sie gingen erneut auf die Wanderung nach einer zugehenden Arbeitsstelle, wohin, was nicht zu ermitteln; die meisten tauchten in der unaufhörlich flutenden Masse unter, die wenigsten werden an dem neuen, auch nur vorübergehenden Wohnort von den dortigen Vertrauensleuten aufgefunden. Das ist die Hauptursache der Stagnation und sogar des zeitweiligen Rückganges der Parteimitgliedschaften im diesigen Industriegebiet. Hunderttausende wechseln jährlich den Arbeitsplatz, ein großer Teil davon auch den Wohnort. Da ist der Verlust an Wählerstimmen bei den Gemeinderatswahlen leicht begreiflich. Eine ungeheure Masse von Proletariern nomadisiert förmlich, und unsere Partei, die aus der Menge der Kernisten ihre Reihen verstärken muß, ist vorwiegend die Leidtragende. In dem südlichen Industriebezirk, dem niedergehenden, wo die Arbeiterbevölkerung am bodenständigsten ist, haben wir die besten Erfolge bei den Gemeinderatswahlen. In diesem Bezirk ist auch der Zustrom der ostelbischen und fremdsprachigen, noch von keiner sozialistischen Aufklärung berührten Elemente nur geringfügig, was wiederum erklärt, warum wir hier Hochburgen besitzen. Je weiter nach Norden, um so stärker das Volksgemisch und die nomadisierende Lebensweise. Hier ist denn auch die Domäne der auch in den Gemeindeparlamenten befehlenden großkapitalistischen Herrscher.

Die terroristisch diese Auser nach einem Streifbroschürgesetz bei den Gemeinderatswahlen vorgehen, das bekommen nicht nur wir, sondern auch die bürgerlichen Gruppen zu spüren, die noch als Oppositionsparteien auftreten. Die Zentrumspartei, deren Presse sich nicht genug tun kann im Jubel über „sozialdemokratische Niederlagen“, hätte alle Ursache, hübsch bescheiden zu sein. Es kann sich in einer ganzen Reihe Gemeinden nur noch gegen die Sozialdemokratie behaupten, indem es Bündnisse mit den Rechen- und Sittenkapitalisten schließt! Wie es dabei zugeht, zeigt dräutlich eine Pressenotiz, nach welcher die „Gewerkschaft Deutscher Kaiser“ (Hoffen) dem Zentrum anständig gestattet hat, in Hamborn den „bisherigen Stadtverordneten Abflänger“ (Zentrum) wieder auf die Liste zu setzen! Das Zentrum befindet sich also schon in voller Abhängigkeit von dem Grubenkapitalismus! Mit Hilfe des großkapitalistischen Terrorismus, der rücksichtslos das Wahlrecht der Werkstoffkassen verweigert, hat das Zentrum, nicht nur in Hamborn, die Sozialdemokratie „besiegt“. Es macht sich die kapitalistischen Gewaltmittel zur Erhaltung seiner Mandate zunutze.

Wo das Zentrum noch geglaubt hat, ohne Verbeugung vor den Werkstoffkassen seine Mandate behaupten zu können, da erlebt es, wie im städtischen Reddinghausen, eine schwere Niederlage. In Reddinghausen siegte das Zentrum in der dritten Klasse bisher glatt. Diesmal erhielten die Kandidaten des „liberalen“ (Rechen-) Wahlvereins etwa

1000 Stimmen mehr als das Zentrum! Die Merkfase Reddinghauser „Volkzeitung“ klagt, der Wahlausfall sei eine Folge des unerhörten Terrorismus der Rechenverwaltungen. Viele Wähler, im Herzen Zentrumseure, hätten „aus Furcht vor den ungläublichen Drohungen ihrer Brotgeber und aus Sorge für ihre Familie nicht gewagt, gegen den Befehl der Rechen zu wählen!“ Damit ist die Art, wie die kapitalistischen Terroristen im Ruhrgebiet die Wahlen „machen“, richtig gekennzeichnet. Wenn aber schon dem Zentrum in einer seiner Hochburgen, wo ihm außer sonstigen Hilfsmitteln noch die ganze Kapitalmacht zur Verfügung stand, eine solche Niederlage bereitet werden konnte, dann kann man sich denken, wie ungeheuer schwer es erst den Sozialdemokraten, die von allen „aotigemollten Autoritäten“ wie Verbrecher behandelt werden, sein muß, sich Vertretungen in den Gemeindeparlamenten zu verschaffen. Das Zentrum hat den kapitalistischen Terrorismus stillschweigend geduldet und sogar noch eifrig unterstützt, wenn er sich nur gegen die „Koten“ wandte. Nun ihm in seiner Hochburg Reddinghausen die kapitalistischen Terroristen die Wähler vergewaltigten, schreit seine Presse Jeter und Mordio. Es ist bezeichnend für die gewalttätige Rücksichtslosigkeit des „liberalen“ Kapitalismus, daß er es sogar fertig bringt, seinen Willen in einer Stadt, wo die große Mehrheit der Gemeindegewähler zweifellos Merkmal gefimmt ist, durchzusetzen. Das hätte das Zentrum vor wenigen Jahren noch für unmöglich gehalten. Ob es daraus den Schluß zieht, den angeblichen „Rückgang der Sozialdemokratie im Industriegebiet“ nicht mehr als eine „Ueberwindung der sozialistischen Hochflut“ auszuweisen, ist eine andere Frage.

Politische Ueberblick.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion wählte in ihrer Sitzung am Mittwoch an Stelle des Genossen Bebel den Genossen Scheidemann zum Fraktionsvorsitzenden. In den Seniorenkongress werden außer den Genossen, die dieser Körperschaft bereits angehören, noch die Genossen Ledebour und Scheidemann delegiert.

Als Redner zum Etat des Reichsamts des Innern werden bestimmt: Schmidt-Berlin, Spiegel, Krähig, Dr. Erdmann und K. Fischer-Berlin. — In die deutsch-französische parlamentarische Verständigungskommission wird an Stelle Bebel's Genosse Bernus delegiert.

In der mecklenburgischen Verfassungsfrage wird die Fraktion eine Interpellation einbringen.

Das Mandat v. Liebert's ungültig!

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages befaßte sich am Mittwoch wieder mit der Reichstagswahl im 14. sächsischen Wahlkreis. Dort siegte am 20. Januar 1912 in der Stichwahl der Reichsverbandler v. Liebert mit 13 081 Stimmen gegen 13 061, die auf unseren Genossen Ruffel-Feipzig entfielen. Der Reichstag beschloß im Vorjahre Beweiserhebung über eine Reihe von Verurteilungen, die im Wahlprotest aufgestellt worden waren. Beim Wiederauftritt des Reichstages lag das Ergebnis dieser Beweisaufnahmen endlich vor. Es wurde festgestellt, daß eine Anzahl Deutscher in die Wählerlisten eingetragen waren und auch gewählt hatten. Diese Stimmen waren für ungültig zu erklären und dem Sieger abzugiehen. In einem Orte hatte man drei Wähler einfach deshalb gestrichen und sie damit ihres Wahlrechts beraubt, weil sie am 3. Januar 1912 aus dem Orte verzogen waren. Diese Stimmen mußten nach alter Praxis des Reichstages dem unterlegenen Kandidaten zugezählt werden. In verschiedenen Orten wurden Wähler in die Wählerlisten eingetragen, die erst nach Schluß der Auslagefrist, teilweise erst in den ersten Tagen des Januar, zugezogen waren. Die Stimmen dieser Wähler mußten laffiert werden und waren dem Sieger abzugiehen. Das Ergebnis war schließlich folgendes: Herr v. Liebert waren 96 Stimmen abzugiehen, damit verblieben ihm noch 13 045 Stimmen; Ruffel erhielt 4 Stimmen zugezählt, damit stieg seine Stimmzahl auf 13 065. Herr v. Liebert hatte also die Mehrheit verloren und die Kommission beschloß einstimmig, das Mandat des Reichsverbandsgenerals für ungültig zu erklären.

Kein Zuchthausgesetz in Vorbereitung.

Offiziös wird berichtet: „Die Meldung eines bayerischen Zentrumsblasses, daß im Reichsamt des Innern ein Gesetzentwurf betreffend den erhöhten Schutz der Arbeitswilligen ausgearbeitet werde, trifft nicht zu. Im Reichsamt des Innern beschäftigt man sich natürlich auch mit dieser in der Öffentlichkeit vielfach erörterten Frage, aber bisher nur in der Weise, daß das erforderliche Material zur näheren Prüfung der Angelegenheit bearbeitet wird. Von der Ausarbeitung einer Vorlage ist vorläufig noch keine Rede.“

Zabern.

Ein Zaberner Soldat verurteilt. Während bisher kein Mensch erfahren konnte, welche Strafe den Leutnant Jostner getroffen hat, bringt sehr rasch an die Öffentlichkeit, wie die Soldaten bestraft werden, die an den Redensarten des Offiziers Anstoß genommen haben. Wie gemeldet, verurteilte der Vorsitz der Jurische des Oberst v. Reutter, der eifässische Musiketier nicht, in Untersuchungshaft, ohne daß selbst seiner Mutter über den Sachverhalt Auskunft gegeben worden wäre. Wie nun aus Zabern gemeldet wird, ist Montag die Aburteilung des Jurischen, der, aus der Untersuchungshaft von zwei Soldaten eskortiert, nach dem Truppenübungsplatz Hagenau transportiert wurde, vor einem Standgericht erfolgte. Nicht hat in einem Zaberner Geschäft seiner Privatmeinung über den Fall Jostner freien Lauf gelassen. Die Wände müssen nun wohl Ohren gelassen haben. Montag erhielt er fünf Wochen Arrest, wovon zwei Wochen auf die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt angesehen werden.

Ich bin ein Preusse.

In der „Deutschen Tageszeitung“ quaffelt ein Wiedermann über „Eifässisch-Lothringische Zustände“. Das Geschreibsel selber bemerkt: „Zustände, wenn man's liest. Es ist gelinde, höflich, parlamentarisch ausgedrückt: Quatsch! Also Schwamm drüber! Nur der Schlussvortrag ist für die Sinnesart dieser eichpreussischen Leute allzu kennzeichnend, als daß er unter den Tisch fallen dürfte. Dertsel Wiedermann schreibt da — nebenbei: es ist fassen Schwindel! —

In einem eifässischen Dorf südlich Mülhausens pochte ein Deserteur aus Weichenburg spät abends an ein Fenster, hinter dem er Licht sah. Als der Bauer öffnete, sagte der Deserteur: „Ich befinde mich über die Grenze, ich bin den Preußen weggelassen.“ Der Bauer sagte, der Mann möge einen Augenblick hereinkommen, er wolle sich erst anzusehen. Als der Deserteur eintrat, ergriff der Bauer ihn beim Kragen, warf ihn in eine dunkle Kammer und

schloß ab mit den Worten: „Warte mon, ich werde dir helfen, den Preußen wegzulassen, ich habe in Berlin bei der Garde gedient.“ Dann holte er den Gendarm. Das ist „preussische Erziehung“!

So also sieht sie aus, die preussische Erziehung? Einen armen Teufel, der, mag er ausgelesen haben was er will, doch in erster Reihe ein geheimer Mann ist, und der dem Stammesbruder blindlings vertraut, in eine Falle locken, den Spiegel spielen, mit Klappern den Holzspannen zur Gendarmestation rennen und den armen Teufel ans Messer liefern, das ist — hört es, Preußen und Nichtpreußen! — preussische Erziehung. Das ist echtes Preußentum, wie es im Sonnenkreis der ostelbischen Beltanschauung blüht, wächst und gedeiht. Aber haben da nicht die Wässer und wer immer außerhalb der Grenzpfähle sitzt, die wie das Zebra sind gestreift, haben sie nicht zehnfach, hundertfach, tausendfach recht, sich von diesem Preußentum mit Worten abzuwenden, die in keinem Handbuch des guten Tons zu finden sind?

Die Wahl eines Oberbürgermeisters in Nürnberg

wurde am Dienstagabend vom Gemeindefakultät vorgenommen. Von 60 Gemeindebevollmächtigten waren 57 erschienen. Auf den bisherigen ersten Bürgermeister von Regensburg Dr. Gehler fielen 44 Stimmen, auf den Nürnberger rechtskundigen Magistratsrat Weigel 13 Stimmen. Die letzteren wurden von den Nationalliberalen und Mittelständlern abgegeben. Die Mehrheit für Dr. Gehler setzt sich zusammen aus 19 sozialdemokratischen, 22 freisinnigen und 2 demokratischen Stimmen. Die Wahl bedeutet einen Bruch zwischen den Freisinnigen und Nationalliberalen, die bisher stets bei den Gemeindegewahlen gemeinsam vorgegangen sind und die Rathausmehrheit gebildet haben. Ob die Differenzen, die sich in der Bürgermeisterfrage zeigten, auch bei anderen Fragen nachwirken werden, muß sich erst zeigen.

Der charakterfeste Wehrvereinsgeneral.

General Keim sprach vor einigen Tagen in Braunschweig in einer Wehrvereinsversammlung und kam in seinem Vortrag auch auf das Welfenhaus zu sprechen. Er sagte:

„Kein deutsches Fürstenhaus hat so viel tapferere Männer aufzuweisen, als das Haus Braunschweig-Lüneburg. Zahlreiche Glieder des braunschweigischen Fürstenhauses starben den Heldentod fürs Vaterland und fielen vor dem Feinde. Die Braunschweiger haben daher allen Grund, stolz zu sein auf ihr Fürstenhaus.“

Die Wehrvereiner quittierten mit allgemeinem Bravo. Derselbe Keim hielt vor einigen Jahren in demselben Saale eine gleiche Versammlung ab. Damals sprach Keim von derselben Stelle, von der aus er jetzt wieder geredet hat, über die Welfen die folgenden Worte:

„Gute Braunschweiger mögen Sie schon sein, ich bin auch ein guter Hesse-Darmstädter; aber welfisch dürfen Sie nicht sein. Schon seit dem Mittelalter sind die Welfen stets Reichsverräter gewesen. Lassen Sie den Cumberlander, wo er ist.“

Der Vortrag war damals von demselben Wehrvereinsleren besucht, wie der Vortrag vor einigen Tagen. Und dieselben Wehrvereinsler, die jetzt die Lobhudelei auf die Welfen mit stürmischem Bravo begrüßten, dankten damals dem Keim mit einem gleichen Bravo. Es waren Offiziere darunter und die „ersten Kreise“ aus Stadt und Land. Damals suchte man das Welfenhaus verächtlich zu machen; inzwischen ist aber der Welfenprinz der Schwiegerjohn des Kaisers geworden.

Landtagswahlwahl in Simmern.

Am 11. d. M. fand die Wahl zum Landtag im Hause der Abgeordneten im Wahlkreis Koblenz 4. (Simmern) statt. Der Gewählte Karl Andre-Kreuznach (natl.) mit den 200 abgegebenen Stimmen gewählt worden.

Die beleidigte Majestät.

Wegen einer im Juni d. J. in Höchst a. N. gehaltenen Rede zum Regierungsjubiläum Wilhelm's II. ist gegen den Reichstagsabgeordneten Genossen Wendel ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. Die zuständige Staatsanwaltschaft in Wiesbaden hatte die Einleitung des Verfahrens auf eine Strafanzeige des Landrats von Höchst hin abgelehnt und die Anklage erst auf Verfügung des Oberstaatsanwalts in Frankfurt a. N. erhoben.

Eine falsche Meldung.

Ein heutiges Morgenblatt meldet aus Stralburg, daß das Verbot des lammandierenden Generals von Deimling, den eifässischen Rekruten Weihnachtserlaubnis zu erteilen, aufgehoben worden sei. Wie das „Wolfsche Teleg.-Bureau“ offiziös mitteilt, kann von einer Aufhebung eines solchen Verbotes keine Rede sein, da es überhaupt nicht ergangen ist. Die Sinnlosigkeit einer derartigen Maßregel liegt ja offen zu Tage.

Protest gegen die Militärdiktatur.

Magdeburg. Die Arbeiterschaft Magdeburgs protestierte am Dienstagabend in einer überaus stark besuchten Versammlung gegen Militärdiktatur und Sabelherrschaft. Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Landsberg wurde einstimmig eine Protestresolution angenommen. Im Regierungsbezirk Magdeburg fanden außerdem noch Protestversammlungen statt in Daberstadt, Bernigerode, Burg, Uckerleben, Gommern und einer Anzahl kleinerer Orte. Die Versammlungen waren durchwegs sehr stark besucht.

Braunschweig. Dienstagabend fand unter riesigem Andrang der Bevölkerung eine Protestversammlung gegen die Militärdiktatur statt. Redner war Redakteur Genosse Richard Wagner. Eine Protestresolution, die einen Ausbau der Reichsverfassung im demokratischen Sinne forderte, fand einstimmige Annahme.

Trier. Nach keine Versammlung war hier so zahlreich besucht, als die Protestversammlung. Saal und Galerie waren überfüllt und viele mußten umkehren, weil sie keinen Platz mehr fanden. Obwohl die diesige Zentrumspresse gegen die Versammlung gehetzt hatte, schloß sich der Vorsitzende des christlichen Vaterverbandes dem Protest an. Eine scharfe Resolution fand einstimmige Annahme.

Ludensweiler. Zwei übervolle Versammlungen, in denen die Reichstagsabgeordneten Ewald und Jädel sprachen, fanden am Montag in Ludensweiler statt, um Protest zu erheben gegen die militärischen Ausschreitungen in Zabern und deren Verteilung durch die Regierung im Reichstage. Einstimmig wurde die Berliner Resolution von den etwa 2000 anwesenden Männern und Frauen angenommen.

Jena. Eine von 2000 Personen besuchte Protestversammlung fand am Montag im großen Saale des Volkshauses statt. Das Bürgerium hatte es trotz Einladung vorgezogen, der Versammlung fernzubleiben. Eine scharfe Resolution wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Ein Schritt der Tripelente.

London, 10. Dezember. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist beschlossen worden, daß die englische, die französische und die russische Regierung in Konstantinopel Erkundigungen einziehen, ob es wahr sei, daß die türkische Regierung einem deutschen Offizier das Oberkommando in der türkischen Armee übertragen habe und bis zu welchem Grade dies die Lage

in Konstantinopel berühren werde. Die Unterredungen über diese Frage, die zwischen dem russischen Botschafter und der deutschen Regierung in Berlin stattfanden, trugen ein sehr freundliches Gepräge, und Deutschland hat Kenntnis von der Absicht der drei Mächte, in Konstantinopel Erkundigungen einzuziehen.

Norwegen.

Die Gemeindevahlen.

Die norwegischen Gemeindevahlen sind zu Ende. Ueberall hat die Sozialdemokratie große Fortschritte gemacht. In den Landgemeinden ist die Stimmzahl um 60 Prozent gestiegen. In manchen Städten hat die Partei die Majorität erobert. In der Hauptstadt Kristiania ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei geworden. Sie hat 30883 Stimmen bekommen und damit die Konserverativen mit ihren 30079 Stimmen überflügelt. Die Radikalen zählen nur 7136 und die „Freisinnigen“ nur 4360 Stimmen. Die Sozialdemokraten erhalten danach 36 oder 37 Mandate, die Konserverativen 35, die Radikalen 8 und die Freisinnigen 5 Mandate. Zusammen können deshalb die Sozialdemokraten und die Radikalen die Stadt regieren, und obgleich die Radikalen natürlich nicht in allem zuverlässig sind, kann man doch jetzt sicher sein, daß manche wichtige Reformen in der kommenden Gemeinderatsperiode durchgeführt werden. So wird man jetzt versuchen die Wohnungsnot durch kommunale Maßregeln zu vermindern. Weiter wird man freie Lehrmittel in die Volksschule einführen. Die kommunalen Arbeiter werden ihre acht Stunden Arbeitszeit erhalten. Die Steuerfreiheitsgrenze wird erhöht werden usw.

Infolge ihrer Stimmzahl dürfte jetzt die Sozialdemokratie den Präsidentensitz des Stadtrats besetzen können. Die Radikalen können aber dies verhindern, wenn sie für den konservativen Kandidaten stimmen. Vielleicht tun sie auch dieses aus sogenannten „nationalen“ Beweggründen. Der Präsidentkandidat der Sozialdemokratie ist nämlich kein Norweger von Geburt, er ist ein Däne, der doch zirkla 30 Jahre in Norwegen ist. Die Radikalen haben mit Freidomschreien einen Dänen als König für Norwegen berufen. Als Präsidenten in den Stadtrat der Hauptstadt wollen sie doch jetzt keinen „Dänen“ sehen. Der „Nationalismus“ ist sich selbst überall ähnlich.

Bulgarien.

Das Wahlergebnis.

Sofia, 10. Dezember. Berichtend wird aus Sofia mitgeteilt, daß die Zahl der gewählten Agrarier 47, der Sozialisten 37 beträgt.

Die Führer der drei Regierungsparteien, Radostawow, Ghendiew und Tonischew, sind heute vom Könige in Audienz empfangen worden, um über die durch das Wahlergebnis geschaffene Lage zu beraten. Nach Mitteilungen von zuständigen Stellen sind keine Beschlüsse gefaßt worden. Die Regierung werde vorläufig abwarten und versuchen, mit den Bauernbündlern ein Kompromiß zu schließen.

Mexiko.

Neuwahlen.

Mexiko, 10. Dezember. Der Kongress hat die letzten Präsidentschaftswahlen für ungültig erklärt. Die Neuwahlen sind für den Juli angelegt. Huerta soll bis dahin als provisorischer Präsident weiter fungieren.

Parlamentarisches.

Das Duellwesen.

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben in der Reichstagskommission zur Regelung der Duellfrage sich auf einen Antrag geeinigt, daß dem Strafgesetzbuch ein § 208a eingeschoben werde, wonach bei freiwilliger Verschuldung des Duellanten an Stelle der Festungshaft auf Gefängnisstrafe zu erkennen ist. Die Meinungen gehen darüber auseinander, ob in diesem Falle auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann oder zu erkennen ist. Die sozialdemokratischen Vertreter beantragten:

- Die Kommission wolle beschließen:
1. Der fünfzehnte Abschnitt des Strafgesetzbuchs (§ 201 bis § 210) wird aufgehoben.
 2. In den Abschnitten 16 und 17 des Strafgesetzbuchs werden die nachstehenden Bestimmungen neu eingefügt:
 - a) § 223a als Absatz 2: Ist die Körperverletzung begangen im Zweikampf mit tödlichen Waffen, so ist auf Gefängnisstrafe nicht unter einem Jahr zu erkennen.
 - b) § 223b: Die Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen sowie die Annahme einer solchen Herausforderung wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.
 - c) Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren tritt ein, wenn bei der Herausforderung die Absicht, daß einer von beiden Teilen das Leben verlieren soll, entweder ausgesprochen ist oder aus der gewählten Art des Zweikampfes erhellt.
 - d) § 223c: Die Verletzung oder Androhung von Verachtung wegen Unterlassung einer Herausforderung zum Zweikampf oder wegen Nichtannahme einer solchen Herausforderung wird mit Gefängnis bestraft.
 - e) § 224 Absatz 2: Ist bei einer Körperverletzung im Zweikampf mit tödlichen Waffen begangen worden, so darf auf Gefängnis nur erkannt werden, wenn mildernde Umstände vorliegen.
 - f) § 226 Absatz 2: Ist durch die im Zweikampf bewirkte Körperverletzung der Tod des Verletzten herbeigeführt worden, so darf auf Gefängnis nur erkannt werden, wenn mildernde Umstände vorliegen.
 - g) In den unter a, b, c, d, e aufgeführten Fällen ist neben der Freiheitsstrafe Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zulässig, wenn der Täter sich einer ehrlösen Handlungsweise schuldig gemacht hat, die in einer Beziehung zum Zweikampf steht.
- Die Abstimmung über die Anträge findet in der ersten Sitzung der Kommission nach Neujahr statt.

Aus der Partei.

Erklärung.

In der am 8. Dezember 1913 abgehaltenen Sitzung des Gesamtvorstandes des Bergarbeiterverbandes, wo der Genosse Adamek aus Reichlinghausen und der Unterfertigte zugegen gewesen sind, wurde u. a. auch die in der letzten Zeit in den Reihen der Mitglieder der Polnischen Sozialdemokratischen Partei (P.P.S.) aufgebaute und zum Separatismus auf gewerkschaftlichem Gebiete hinwirkende Strömung erörtert. Der Antrag zum Separatismus ist unter den Genossen der P.P.S. besonders stark ausgeprägt nach einem in der Nummer vom 5. November 1913 des „Dziennik Robotniczy“ (Organ der P.P.S.) veröffentlichten Artikel, der gegen den Genossen Bauer von der Generalkommission den Vorwurf enthält, er solle in einer am 24. Oktober 1913 in Katowitz abgehaltenen Konferenz auf mehrere polnische Angehörige des Bergarbeiterverbandes einen unehrlichen Druck ausgeübt haben, sie sollen entweder den Jenaer Parteibeschluß befolgen, d. h. aus der P.P.S. austreten, oder die Konsequenzen ziehen. Die erschöpfende Aussprache hat in der oben erwähnten Sitzung ergeben:

1. daß der Genosse Bauer einen solchen Druck auf Verbandsgestellte und Mitglieder der P.P.S. nicht ausgeübt hat;

2. daß eine Äußerung, wie sie der „Dziennik Robotniczy“ dem Genossen Bauer in den Mund gelegt hat, weder der Form, noch dem Sinne nach gefallen ist;

3. daß ein Mitglied der Generalkommission solche Entscheidungen in internen Verhandlungsangelegenheiten, wie der „Dziennik Robotniczy“ das in dem fraglichen Artikel behauptet, gar nicht fällen kann, weil der Verband in derartigen Fragen vollständig selbständig ist;

4. daß nach meiner Ueberzeugung der Bergarbeiterverband selbst noch nie ein Mitglied oder einen Angehörigen in seiner Zugehörigkeit zur P.P.S. oder einer anderen Partei gehindert hat;

5. daß der Bergarbeiterverband nichts unternommen hat, was eine neue Zerspaltung der Bergarbeiter rechtfertigen könnte.

Angeichts eines solchen Tatbestandes warne ich die Parteigenossen der P.P.S. vor einem Separatismus auf gewerkschaftlichem Gebiete. Ich habe mich überzeugt, daß, besonders soweit der Bergarbeiterverband in Frage kommt, dazu kein Anlaß vorliegt, abgesehen von den Schäden, die der Separatismus getode den polnischen Arbeitern bringen würde. Einer Parteibewegung, die nach Beseitigung der als Grund zum Separatismus angegebenen Ursachen trotzdem Separatismus betreiben würde, könnte ich unter keinen Umständen weiter angehören.

Franz Borhs.

Zum Solinger Lokaliststreit.

Die Kreisgeneralversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Solingen beschäftigte sich am Sonntag nachmittag im überfüllten Saale des Walder Gewerkschaftshauses mit dem Antrage der Untersuchungskommission, gegen die Führer des lokalistischen Industriearbeiterverbandes Braun, Ern, Eckardt und Witte wegen ihres parteischädigenden Verhaltens das Ausschlußverfahren aus der Partei einzuleiten. Nach stundenlangem oft sehr erregter Diskussion, in der die Angeklagten es ablehnten, sich zu verteidigen, dafür aber neue Angriffe schwerster Art gegen die Partei und einzelne Genossen erhoben, wurde einstimmig bei einigen Stimmenthaltungen dem Antrage der Untersuchungskommission gemäß beschlossen. Mit der Entfaltung dieser Leute aus der Partei dürfte nach langen Jahren endlich wieder ein geordnetes Parteileben im Kreise Solingen möglich sein. Auch gegen den Stadtoberordneten Brückenhaus (Lokalist) wurde die Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen 16 Stimmen beschlossen. Brückenhaus hatte Maßnahmen der Parteiorganisation in entstellter Form in einem „Eingefascht“ der bürgerlichen Presse übermitteln. Der Aufforderung, sein Stadterordnetenmandat niederzulegen, ist Brückenhaus nicht nachgekommen.

Eine Bebel-Gedächtnisfeier in der Kirche.

In Zürich fand am vergangenen Sonntag in der Kirche Biplingen eine Gedächtnisfeier für August Bebel statt. Die Ausschmückung der Kirche hatte die Züricher Stadtgärtnerei übernommen. Die Feier wurde durch Glockengeläute eingeleitet, Orgelvorträge und Männerchöre, die u. a. Hermanns „Hymne an die Freiheit“ sangen, folgten. Der alte Genosse Hermann Greulich hielt von der Kanzel die Gedächtnisrede. „Zum Schluß der wirkungsvollen Feier sangen die Arbeiterfänger den Chor „Der Völker Freiheitssturm“.

Soziales.

Eine erfolgreiche Abwehr der Kertzeforderungen in Düsseldorf.

Im Oktober wurde berichtet, daß im Düsseldorf-Industriegebiet zwischen Kertzen und Krankentassen eine Einigung zustande gekommen sei. Die Krankentassen hatten im August Kertze gesucht und jetzt 100 Angebote erhalten, wozu die Kertzeorganisation in Düsseldorf sich wohl oder übel zu Verhandlungen bequemen mußte. Als bei diesen Verhandlungen in allen wichtigen Punkten eine Einigung erzielt war, wurde den Kertzen, die sich gemeldet hatten, mitgeteilt, daß die Kassen nunmehr auf ihre Dienste verzichten müßten. — Mittlerweile fand der Kertzetag in Berlin statt, und nun erklärten die Düsseldorf-Kertze trotz der erfolgten Einigung den Vertrag zum 1. Januar nicht akzeptieren zu wollen. Die Unterzeichnung des Vertrages könne erst erfolgen, wenn die Zentrale in Leipzig ihre Genehmigung erteile. Die Kassen waren über das Verhalten der Kertze naturgemäß empört. Die Kertze hatten bei den ganzen Verhandlungen mit keiner Silbe erwähnt, daß die Unterzeichnung des Vertrages von Leipzig abhängig sei und die Kassenvertreter nahmen als selbstverständlich an, daß in Anbetracht der ganzen Umstände die Unterzeichnung erfolgen würde. — Es wurden nun erneut Schritte in die Wege geleitet, um trotz der verschlechterten Situation für die Kassen doch noch Kertze zu bekommen. Diese Bemühungen waren von Erfolg gekrönt. Es sind bereits 65 Kertze fest angestellt, und zwar mit einem zehnjährigen Vertrag. Da 125 000 Kassenmitglieder in Frage kommen, ist der Bedarf für diese bereits reichlich gedeckt. Unter Zuzurechnung der Familienversicherung sind etwa 80 Kertze erforderlich. Die noch fehlenden 15 Kertze können nach und nach angestellt werden. Von dem § 370 der Reichsversicherungsordnung, dessen Anwendung beantragt war, brauchen die Kassen jetzt keinen Gebrauch zu machen.

Der Verlust des Düsseldorf-Industriegebietes ist für den Leipziger Kertzeverband ein schwerer Schlag. Die vereinbarten Pauschalhonorare waren wohl die höchsten in Deutschland. Sie betragen bei den Innungs- und Krankentassen pro Kopf 6,28 M., den Ortskrankentassen 6,00 M., und den Betriebskrankentassen (durchschnittlich) 8,00 M., alles ohne Familienversicherung. Die neu engagierten Kertze erhalten ein Fixum von 10 000 M., und weitere 1500 M. sind pro Arzt vorgesehen, die nach einem bestimmten System, den Leistungen entsprechend, den einzelnen Kertzen gezahlt werden.

Der Buchstabe des Gesetzes. Das rigorose Vorgehen einer Firma gegenüber einem armen Angestellten, der 800 M. beim Einkassieren verlor, aus rechtlichen Motiven nicht abweichen zu können, bedauerlich die 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts, wie sie das in der Urteilsbegründung zum Ausdruck brachte. Der Kläger in dem betreffenden Prozeß, der Kontorist P., war etwa fünf Jahre in dem beklagten Expeditionsgeschäft von B. u. Co. in Stellung gewesen. Er hatte sich während dieser Zeit einwandfrei geführt. Als er im September d. J. eine größere Geldsumme einzufassen sollte, passierte ihm das Unglück, acht Hundertmarktscheine aus der Kassa zu verlieren. Infolge der freilichlichen Aufregung über den Verlust lag der Gehilfe drei Wochen krank darnieder. Als er am 8. Oktober wieder ins Geschäft kam, hatte er noch kein Septembereckhalt zu bekommen. B. mußte sich erst verpflichten, die verlorenen 800 M. in Raten von monatlich 10 M. abzuführen. Außerdem mußte er bescheinigen, daß er über den September hinaus keine weiteren Ansprüche stellen will. Erst als die Firma diese den Kläger bindenden Erklärungen unterschrieben in Händen hatte, zahlte sie ihm das Septembereckhalt in Höhe von 80 M. B. erhebt vor dem Kaufmannsgericht noch einen Anspruch auf das Gehalt für Oktober. Die Frage des Vorsitzenden, warum er sich durch Unterschreiben von solcher Tragweite seiner Rechte begibt, beantwortet der junge Mann, der den Eindruck eines körperlich und seelisch zusammengebrochenen macht, dahin, daß er infolge seiner Krankheit dringend Geld brauche. Er mußte schon unterschreiben, damit er in seiner Kollage wenigstens etwas Geld zur Bestreitung des Nötigsten und zur Tilgung der dringendsten Schulden in Händen bekomme.

Das Kaufmannsgericht antwortet, daß es leider zur Abweisung des Klägers kommen müsse. Die Sympathien des Gerichts ständen auf Seiten des Klägers, aber rechtlich lasse sich leider nichts dagegen machen. Denn die Unterschrift binde den Kläger. — Der Vorsitzende riet dem Vertreter der Beklagten, in Zukunft derartige Pflichtzahlungen nicht mit der Abnahme von Reversen zu verquiden.

Das Gericht hätte sehr wohl dem Kläger auf Grund des Gesetzes das Gehalt zusprechen können und sollen. Der Revers war ungültig, weil er gegen die guten Sitten verstieß (§ 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) und überdies das Lohnbeschlagnahmegesetz verletzte, dessen § 2 jede Verfügung des Arbeiters, Handlungsgeshilfen oder Angestellten über sein Gehalt für rechtsungültig erklärt, falls die Verfügung vor dem Fälligkeitstermin erfolgte und das in diesem Jahre gezahlte Gehalt noch nicht 1500 M. überstieg.

Ein grüßeschwacher Wächter forderte gestern vor dem Gewerbegericht, Kammer 8 (Vorsitzender Magistratsrat Schulz), von dem Wach- und Schließinstitut Groß-Berlin nachträgliche Bezahlung für insgesamt 1294 Ueberstunden a 40 Pf. = 517,60 M. Der Kläger war bei der Bezahlung von Januar 1910 bis September 1913 als Reservewächter tätig und erhielt pro Tag 1 M. Lohn bei vierstündiger Arbeitszeit. Er behauptet nun, an den Sonn- und Feiertagen während der Dauer seines Arbeitsverhältnisses gezwungen gewesen zu sein, je 12 Stunden Dienst zu tun. Daraus ergibt sich die Klageforderung.

Die Beklagte wendet ein, die Engagementsbedingungen lauteten auf wochentags 4 Stunden und Sonntags 12 Stunden Dienst. Habe der Kläger dennoch Ansprüche auf Bezahlung von Ueberarbeit gehabt, dann müßte er das innerhalb acht Tagen nach jeder Lohnzahlung geltend machen, wie ein entsprechender Vermerk auf den Lohnzuteilen ausdrücklich besagt. Anerkannt wurden lediglich 3,20 M.

Diesem Anerkenntnis gemäß kam das Gericht zu einer Verurteilung der Angeklagten zur Zahlung von 3,20 M. Mit der Rechtsforderung wurde der Kläger abgewiesen. Für seine Behauptung, daß auch Sonntags nur 4 Stunden Dienst getan werden sollte, spreche wohl die äußerst geringe Bezahlung, aber der Kläger habe doch Jahre darüber hingehen lassen, ohne dagegen zu protestieren. Auf den Eid als Beweis für seine Behauptung könne nicht zurückgegriffen werden, da der Kläger geisteschwach ist und unter gerichtlicher Vormundschaft steht. Daraus wäre auch die Ungültigkeit des Anstellungsvertrages herzuleiten, da auch die Zustimmung des Klägers fehle. Weil jedoch der Kläger widerspruchlos geduldet habe, daß der Kläger jahrelang Sonntags 12 Stunden tätig war, müsse darin ein stillschweigendes Einverständnis erblickt werden.

Mit Recht betonte der Vorsitzende, daß die beklagte Gesellschaft, die sehr häufig vor dem Gericht erscheint, sehr oft die Sorgfalt in der Auswahl ihrer Wächter vernachlässigt, die in Anbetracht der hohen Verantwortlichkeit unbedingt zu fordern sei. Zu verwundern sei es bei der äußerst minimalen Entlohnung nicht, wenn Leute eingestellt werden müßten, die im Leben schon mancherlei Schiffsbruch gelitten hätten. Die Deffektivität habe ein Interesse daran, dies festzustellen zu sehen.

Letzte Nachrichten.

Mordversuch im Norden Berlins.

Die Möbelhändlerin Josefa Erhardt wurde gestern Abend in ihrem Geschäftslokal im Hause Bergstr. 3 von dem Händler Paul Pietscher überfallen und gewürgt. Auf ihre Hilferufe eilten Hausbewohner herbei, die den Pietscher festnahmen und der Polizei übergaben. Bei seiner Ergreifung hatte er eine Schlinge in der Hand, mit der er anscheinend die Frau erdrotseln wollte. Er wurde nach seiner Vernehmung auf dem 11. Polizeirevier der Kriminalpolizei übergeben. Einzelheiten fehlen noch.

Arbeitslosenfürsorge in Bayern.

München, 10. Dezember. (B. L. Z.) Die Regierung hat heute im Landtage eine Vorlage eingebracht, die 75 000 Mark für Zuschüsse an diejenigen Gemeinden fordert, die die Arbeitslosenversicherung einführen.

Die verlangte Summe ist zwar angesichts der herrschenden großen Arbeitslosigkeit äußerst gering, durch die Vorlage wird aber doch wenigstens anerkannt, daß nicht nur die Gemeinden, sondern auch der Staat die Pflicht zur Hilfeleistung für die Arbeitslosen hat. Hoffentlich gelingt es unseren Genossen im bayerischen Landtag, die Summe noch bedeutend zu erhöhen. Die Pflicht des Reiches, auch feinerseits für die Arbeitslosen zu sorgen, besteht aber auch dann noch wie vor weiter.

Die bulgarische Regierung in Wien.

Sofia, 10. Dezember. (B. L. Z.) Das offiziöse Blatt „Rodnik Prava“ erklärt, das Kabinett sei entschlossen, mit der neuen Kammer zu regieren. Die Sobranja werde bald zusammengetreten und die Regierung hoffe, bei ihr die notwendige Unterstützung zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit zu finden. Sie werde nicht zögern, wenn es nötig sei, bei einer Gruppe der Opposition aktive Mitarbeit zu suchen. Die Zusammensetzung der neuen Sobranja gestalte kaum die Bildung eines anderen Kabinetts, das aus ihrem Schoße hervorgegangen sei. Was die Bildung eines außerparlamentarischen Kabinetts betreffe, so komme das einer Auflösung der Sobranja gleich, was nicht zugelassen werden dürfe. In verschiedenen politischen Kreisen werde berichtet, daß gewisse oppositionelle Gruppen der Sobranja die Regierung unterstützen würden.

Bissolati gegen die Regierung.

Rom, 10. Dezember. Der Reformsozialist Bissolati erklärte in der Kammer, er und seine Freunde blieben bei der Opposition, das imperialistische Programm lasse sich nicht mit den sozialen Reformen in Einklang bringen. Er glaube, der tripolitanische Krieg hätte ein wenig die internationalen Beziehungen Italiens getrübt. (Zwischenrufe.)

Neue Revolution in China.

Schanghai, 10. Dezember. (B. L. Z.) Die Provinz Kiangsu hat nunmehr offiziell ihren Abfall von der chinesischen Republik proklamiert. In der Spitze der neuen revolutionären Bewegung, die außerordentlich gefährlich zu werden droht, steht Juanjichais Todfeind Changjun. Juanjichai hat 30 000 Mann erprobter Truppen gegen Kanton entsandt. Changjun zieht sich mit seinen Streitkräften langsam auf Schanghai zurück, um eventuell auf dem Wasserwege Verstärkungen sowie Munition und Waffen zu erhalten.

Passive Resistenz der österreichischen Buchdrucker.

Triest, 10. Dezember. (B. L. Z.) Im Zusammenhang mit der Lohnbewegung des Buchdruckerpersonals in ganz Oesterreich ist auch hier in der Mehrzahl der Buchdruckerereien mit der passiven Resistenz begonnen worden.

Ein französisches Unterseeboot gekentert.

Blymouth, 10. Dezember. (B. L. Z.) Das Unterseeboot „C 14“ von der Devonport-Flottille ist auf der Fahrt von Torouay nach Plymouth, zwanzig Meilen von Plymouth entfernt, gekentert. Man glaubt, daß die Mannschaft gerettet worden ist.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Pußer!

Sonntag, den 14. Dezember er., vormittags 10 Uhr,
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Die Beschlüsse des außerordentlichen Verbandstages.
2. Die letzten Vorkommnisse in unserem Berufe.
3. Verschiedenes.

Die Sektionsleitung.

Sektion der Stoffateure!

Montag, den 15. Dezember er., abends 8 Uhr, in dem
Lokal des Genossen Fritz Wille, Sebafianstr. 39:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Wengels über: „Von der Mark zur Kunst“. 2. Gewerkschaftliches.

Die Sektionsleitung.

An alle Mitglieder des Zweigvereins!

Mit Unterstützung der Gewerkschaften sollen die seit dem 1. September d. J. mindestens 6 Wochen arbeitslos gewesen organisierten Arbeiter Groß-Berlins (auch wenn sie jetzt in Arbeit stehen) und alle die unterstützt werden, die jetzt eine Woche arbeitslos sind.

Ebenso sollen nach dem Beschluß der letzten allgemeinen Mitgliederversammlung unserer Organisation alle Kollegen unterstützt werden, die in diesem Jahre sich mehr als 10 Wochen als arbeitslos zur Kontrolle gemeldet haben und dies durch den Kontrollstempel im Mitgliedsbuch nachweisen können.

Um die Unterlagen für die Aufstellung der Listen zur Auszahlung der Weihnachtsunterstützung zu beschaffen, ersuchen wir alle Kollegen, auf die obige Vorbedingungen zutreffen, sich am Donnerstag, Freitag oder Sonnabend dieser Woche abends von 7 bis 9 Uhr in den Verkehrslokale ihrer Bezirke melden zu wollen. Als Ausweis dient das Mitgliedsbuch; wenn dieses abgegeben ist, kann es im Verkehrslokal in Empfang genommen werden.

Die Kollegen von Norden I melden sich bei Naaf, Dycker StraÙe 3, die von Norden II bei Berger, Graunstr. 41.

Alle Kollegen werden um weitest Verbreitung dieser Mitteilung ersucht.

Der Zweigvereinsvorstand.



Fahrradhaus „Frisch auf“

Offenbach a. Main

Filialen: Brunnenstr. 35 × Beusselstr. 10
Kottbuser Damm 22.

Als Weihnachtsgeschenke

empfehlen wir: 108/12*

„Frisch auf“ - Fahrräder

für Knaben M. 53.—, für Mädchen 60.—
mit und ohne Patent-Kapselgetriebe von 75 bis 145 M.

„Frisch auf“ - Nähmaschinen

für alle Gewerbe von 62 bis 120 M.

Wring- u. Waschmaschinen.

Sprechmaschinen u. Platten

Neue Aufnahmen, doppelseitig, pr. Stück 2 M.

Radfahrer-Kragen

aus Wachstuch 5 M., aus wasserdichtem gummierten Stoff
von 10.50 bis 14 M.

Sweater für Herren, Damen, Knaben u. Mädchen

von 2.50 bis 7.50 M.

Wintermützen

Stück 2.80 M.

Reparaturen an Fahrrädern, Näh- und Sprechmaschinen

werden in allen Filialen gut ausgeführt u. billigst berechnet.
Sonntag geöffnet von 12-6 Uhr.

Der gesündeste Kakao

ist derjenige, der nicht die stopfende Eigenschaft gewöhnlichen Kakao besitzt, möglichst theobrominarm ist und durch seine Zusammensetzung mehr als nur Kakao-pulver, nämlich auch direkte Blut- und Nerven-elemente liefert.

Dr. med. Rud. Weil's

Nährsalz-Bananen-Kakao

ist in diesem Sinne eine Spezialität meiner Firma und mit minderwertiger Marktware nicht zu vergleichen. Derselbe ist ein physiologisches Lebensgetränk von besonderer Güte nach Nährwert, Bekömmlichkeit u. Geschmack, das Beste für Erwachsene, das Gesündeste für Kinder.

1/4 Pfd.-Paket 50 Pf.

Zu haben in sämtlichen Verkaufsstellen der
Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend
und vom alleinigen Fabrikanten:

D. MADER, Berlin S., Prinzenstr. 86.

Warum lächelt er?



Er freut sich, weil er kostenlos unsere neuesten Pathé-Platten hört! Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Wenn nicht, so lassen Sie sich sofort unseren trichterlosen Luxus-Sprechapparat nebst einer Kollektion von 20 Stücken auf 10 Pathé-Doppelplatten kommen.

Sie brauchen kein Geld dazu!

Wir senden Ihnen alles kostenlos 5 Tage zur Probe, mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen! — Pathé-Platten sind eine Weltmarke und bringen stets das Neueste und Beste. Sie spielen ohne Nadelwechsel mit einem immerwährenden Saphirstift und sind daher unverwundlich. Herr E. H. in Nürnberg schreibt unzufrieden: „Ich habe eine Pathé-Platte“



1200 Mal durchgespielt und sie zu meinem Erstaunen noch in völligem Zustand befunden, wogegen eine gute Nadelplatte schon beim 25. Mal zu schnurren anfing und nicht mehr anzuhören war. Der Ton einer Pathé-Platte ist überhaupt das Schönste, was es gibt.“ Verlangen Sie sofort unsere Probe! Behalten Sie unsere Sendung, so haben Sie ohne jede Anzahlung nur 3 Mark pro Monat, bei Nichtgefallen nur die ganz minimale Hin- und Rückfracht zu zahlen. — Die Lieferung erfolgt sofort.

Alle Preise für Pathé-Fabrikate sind die von der Fabrik festgesetzten.

Senden Sie uns diesen Schein noch heute ein!

An die Fa. Bial & Freund in Breslau II, Postfach 120/675

Senden Sie mir einen allernuesten Luxus-Sprechapparat ohne Trichter mit echter Pathé-Konzert-Schalldose, sowie 20 ausgewählte Stücke auf 10 doppelseitig bespielten, 5 Tage zur Probe. Ich die Sendung nicht innerhalb 5 Tagen nach Empfang an Ihre Adresse franko zurückschicke, behalte ich die 3 Mark unter Anerkennung Ihres Eigentumsrechtes bis zum Ausgange für den Apparat mit der Pathé-Konzert-Schalldose 60.— Mark und für die 10 Pathé-Doppelplatten à 3.30 Mark in Höhe von 3.— Mark ginnend. Erfüllungsort Breslau.

Vor- u. Zunahme: _____
Beruf: _____ Ort: _____
Straße - Platz - Nr. _____

Unser Apparat

besitzt hochfein poliertes Eichengehäuse v. 37x31x20 cm Größe, Präzisions-Federwerk, akust. Tonarm, und kostet einschließlich der echten Pathé-Konzert-Schalldose nur 60.— Mark. Sie können nirgends realer kaufen!

Illustr. Spezialkataloge über andere Sprechapparate, Violinen, Celli, Mandolinen, Zithern, photogr. Apparate, Waffen, Uhren, gratis Ferngläser etc.

Bial & Freund
Postfach 120/675 Breslau II

Ohne jede Anzahlung

Pianos

Flügel und Harmoniums
gegen kleine monatl. Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige Garantie.
Lieferung nach allen Orten Deutschlands frachtfrei!

Conrad Krause Nehfg., Berlin, Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstenstraße, Tel. Steinplatz 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Diese Woche!! extra billiger Verkauf!!

Buntpersische doppelseitige
Diwandecken
à M. 6,75 8,75 (bisher 10-15 M.)
einfachere Qualität 4³⁵ 4⁸⁵
Mokett-Plüsch-Diwan-
decken.
Moderne kleine Muster 18⁷⁵ (bisher 27 M.)
Mokett-Tischdecken 9³⁵ (bisher 15 M.)
Teppich - Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158

Weihnachts-
Extraliste u. Katalog
enorm billiger Geschenkartikel
(600 Abbild.) gratis u. franko
Auch Sonntags
bis Weihnachten geöffnet.

Gegründet 1864

Kein Laden!
Keine Eingänge

Peiz-
waren
Engros - Export
S. Schlesinger
Neue Königstr. 21
(Ordonnanzhaus)

Einzelverkauf
wie alljährlich zu billigen Preisen
Peizstolas - Muffen
Reparaturen prompt und sauber
Bitte genau auf 21 zu
Hausnummer achten
eröffnet von 12-2 Uhr geöffnet

Beste Bezugsquelle Auf Teilzahlung!

Herrn- und Damen-Uhren, Standuhren, Freischw.-Ketten, Ringe, Broschen, Ohrringe, Armbänder.
Grammophone, Pathé-Apparate, Platten, Zithern, Spieldosen, Harmonikas, Mandolinen, Geigen, Christbaumständer, Fahrräder usw.

Jahre & König

O. Warschauer Str. 68
N. Invaliden-Straße 7
80. Grünauer Str. 10

Reste

Damentuche 3 M.
schwarz u. farb. Mtr. 3 an
Kostümtstoffe 2 M.
neue englische Muster p. Meter von 2 an
Seidenplüsch 4 M.
Velour du Nord 30 cm breit . . . per Meter 4 an
Engl. Seal 12 M.
per Meter . . . 12 an
Astrachan 120-130 cm breit . . . per Meter 5 an
C. PELZ
Kottbuser Str. 5

Knaben- und Jünglings-Garderobe
Großes Lager
in jeder Ausführung, nur eigene Anfertigung.
zu sehr billigen Preisen.
Herren-Garderobe nach Maß
Karl Hüstard, Kottbuser Str. 85,
partelle, gegenüber dem Schief. Bahnhof.

Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern!

Denkt an die Weihnachtsbescherung der Arbeitslosen und ihrer Kinder.

Liefert so schnell als möglich die Listen ab. Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe.

Sonst sind wir nicht in der Lage, die Wünsche und Anforderungen unserer arbeitslosen Genossen rechtzeitig und ordentlich erledigen zu können.

Die Veröffentlichung über die Eingänge wird von jetzt an täglich im „Vorwärts“ erfolgen.

Es gingen ferner ein:

- Reinhardt bei Rodes 10, Arbeiter der Firma Rauschenberger 15, Arbeiter bei Rothe 18,75, Arbeiter bei Rathes u. Schrade 20,40, Arbeiter bei Gebr. Hufe 10,50, Tischlerei Strud 12, Kesseler Rahm u. Berger 10, Dr. G. Schöneberg 30, Gerierstraße 6 77, Dr. Alfred Bernheim 20, Franz Koeper 30, K. G. Gladenberg 10, Müller 10, H. Schulte u. Engler 3, Verband der Sattler u. Portiermacher, Ortsverwaltung Berlin, auf Listen 300,05, Verband der Buchbinder Ortsverwaltung Berlin 1000, Verband der Schneider auf Liste 4617 24,15, 4622 5,60, 4638 47, 4675 8,50, 4678 15,85, 4680 5,10, 4681 10,15, 4682 2,25, 4686 57,60, 4687 25,00, Kaufmännische Angestellte der „Vorwärts“-Buchdruckerei 147,50, Verband der Töpfer, Böhme Berlin 500, Verband der Buchdruck-Hilfsarbeiter, Ortsverwaltung Berlin 500, Verband der Handlungsgehilfen, auf Listen 129,10, von den Angestellten des Fabrikarbeiterverbandes auf Liste 3100 101,25, Liste 3092 Agnesa-Werke Weigenlee 22,60, Liste 3005 Spritfabrik W. Müller 19,35, Liste 3007 Pflanzfabrik Balzow 8,35, Liste 3008 Balzow 18,25, Liste 3054 Farbenfabrik Gebr. Schmidt 9,50, Liste 3056 Gummiabfabrik Derg 24,75, Liste 3060 Gummi- und Kautschuk Dr. Galtner 35,35, Liste 3062 Norddeutsche Gummiabfabrik 14,05, Liste 3088 Schallplattenwerk „Nipolit“, Weigenlee 35,60, Liste 3089 Schallplattenfabrik „Obon“, Weigenlee 12,85, Liste 3090 Kunstfilm-Werke Rogberg u. Co. 12,50, Abteilung Schieferer bei Demitt u. Derg 15, Tischlerei Boneleit 11,80, Tischler und Polierer bei Gumbel, Passow u. Co. 17, Angestellte bei Laueremann 8,50, Liste 5 Arbeiter bei Schöbe u. Co. 12,50, Arbeiter bei R. Thiele 4,30, Arbeiter bei Bleherer 11,50, Angestellte der Nummerndruckerei der Tischler 58,00, Gärtler bei Reinhold 10,75, Dr. St. Handlungsgehilfen 8, Tapezierer bei Gerlach 2, Bauarbeiterverband auf Listen 71,50, Transportarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, auf folgende Listen: 7014 17,90, 7024 20,55, 7029 122, 7038 8,05, 7072 32,60, 7075 22,55, 7086 30,95, 7091 21,30, 7095 11,90, 7104 durch Th. Jickert, Tischlermacher, gelammelt 28,80, 7119 10,93, 7505 13, 7515 Kuischer B. B. R., Platz 8, 7,95, 7522 13,40, 7574 2,70, 7584 8,35, 7585 5,70, 7589 Arbeiter von Thiele u. Co. 9,25, 7590 Tischlermeister u. Arbeiter 12,30, 7760 14, 7761 Arbeiter von Bollenstein u. Co. 7, 7775 10,20, 7776 5,90, 7798 42,20, 7815 Glacard 6,20, 7834 Speditionsbeamten (Kaiserlicher Bahn) 12,50, 7836 Anhalter Transportkonditor 42,85, 7847 8,95, 8117 7,50, 8173 25, 8192 7,85, 8211 8,50, 8222 10,95, 8230 7,75, 8918 Betrieb Binkert 1,10, 7731 Betriebsarbeiter der Berliner Genossenschaftsbäckerei, Gertrudstraße 23 56,20, Verband der Steinarbeiter, Jaghelle Berlin, auf folgende Listen: 4752 Eisengrund 38,65, 4763 Stante 21,75, 4754 Folger 10, 4756 Kuth 3,50, 4756 Ledeb u. Lauten 12,50, 4757 Taucher 6,90, 4758 Messerschmidt 4,50, 4759 Hiedel u. Müller 3,95, 4761 Kalkmann u. Kuth 2,90, 4763 Kiefer 27,50, 4766 Jachs, Bienenhändler Straße 7,70, 4767 Sasse Racht, Kleinststraße 5,35, 4768 Braun 5,90, 4769 Strecher 5,90, 4772 Kirchheimer 1, 4773 Holzmann 5,60, 4774 Garmittler 22,80, 4776 Bornstein 3, 4777 Köhler 1,80, 4778 Köhler 3,50, 4779 Schilling 5,45, 4782 Teich 17,85, 4784 Whimmel 11, 4785 durch Levin 1,90, 4786 Pfelede 21,20, 4787 Gottschalk 30, 4805 Wandler 10, Summa 201,55, G. B. 2, Liste 48 Angestellte des Hauptbüros des Lederarbeiterverbandes 25, In Summa 4615,55 R. Bisher sind veröffentlicht 101 906,40 R. Dazu kommen 4615,55 R. In Summa 108 820,95 R.

Die Listen sind dort abzulesen, wo sie entnommen sind. Die Listen 3643 und 7582 sind verloren gegangen und sind beim Vorzeigen anzuhalten.

Verichtigung. In gestriger Abrechnung soll es heißen: von den Angestellten der Zentralkommission der Krankenlosen. Sonstige Beiträge sind zu richten an Alwin Köhler, Engelsufer 15 und Emil Boeske, Lindenstr. 2 I.

Das Zimmer 23 der Gewerkschaftskommission ist täglich geöffnet von 9-1 und 4-8 Uhr.

Mit Parteigrupp. Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins u. Umg. J. A.: Eugen Ernst. Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend. J. A.: Alwin Köhler.

Gewerkschaftliches. Gewerkschaftsmitglieder sind lästige Ausländer.

Zeit einiger Zeit versucht der Glasarbeiterverband im Glaser Bezirk in Schlesien die dort zu Tausenden beschäftigten Glasarbeiter für die Organisation zu gewinnen. Die Erfolge blieben nicht aus. Die Glasarbeiter im dortigen Bezirk sind zum großen Teil Oesterreicher und vielfach auch schon in Oesterreich organisiert gewesen, so daß die Führung der Bewegung ihnen zufiel.

Obgleich die Bewegung kaum begonnen hat, werden schon Versuche gemacht, um die junge Organisation im Keime zu ersticken. Der kaum gewählte Vertrauensmann, ein sehr ruhiger Mann, erhielt seine Ausweisung als lästiger Ausländer. Damit mag der Mann sich wohl „lästig“ gemacht haben?

Zeit einigen Monaten geht übrigens auch der christliche Keram- und Steinarbeiterverband im Glaser Bezirk darauf aus, Mitglieder für sein Organisationsbüro zu gewinnen. Obgleich die Herrschaften sofort einen Gauleiter dort hingeworfen haben, kamen sie über ein Väterdubend Mitglied nicht hinaus. Als der Vorsitzende des Glasarbeiterverbandes einige Versammlungen abhalten wollte, hatten die christlichen Herrschaften ihm die Säle abgetrieben, trotzdem gelang es, die Versammlungen in anderen Lokalen abzuhalten. Nach den Saalabtreibungen nun die Ausweisung. Die dortige Arbeiterschaft ist für die Organisation reif, und die Ausweisung des Vertrauensmannes wird dem Gedanken der Organisation erst den Boden ebnen.

Berlin und Umgegend. Die Kompagnonfirma Steiling u. Keiling.

Herr Juragendler J. Steiling, Liebenwalder Str. 45, von dem wir in Nr. 306 des „Vorwärts“ mitgeteilt hatten, daß er sich in dem Streit bei der Firma Schmiedigen besonders betätigt und bei der Heranschaffung von Arbeitswilligen durch den Streikbrecheragenten Keiling mitwirkend war, hat uns vor einigen Tagen eine Zuschrift zugehen lassen, in der es hieß:

„Ich habe niemals mit Keiling verhandelt, war auch niemals bei Keiling und kenne ihn überhaupt nicht.“

Zu dieser „Verichtigung“ erhalten wir nun aus Transportarbeiterkreisen eine merkwürdige Aufklärung, die auch zeigt, wie mancherlei Verächtigungen zustande kommen. Die Verächtigung betrifft offenbar den alten Herrn Steiling, der allerdings Inhaber des Geschäftes ist, an den aber niemand der Beteiligten überhaupt dachte, da seine körperliche Minderleistung keine solche mehr ist, daß er in der Lage wäre, Streikbrechertransporte zu organisieren. Für ihn ist im Geschäft leidend tätig sein Sohn, der — wie das oft bei Vater und Sohn zu sein pflegt — auf denselben Familiennamen hört, wie der alte Herr Steiling. Dieser Sohn nun war es, über dessen Existenz sich die „Verächtigung“ sein lächerlich auszeichnet, der Herrn Schmiedigen zu dem Streikbrecheragenten Keiling begleitete. Er schickte sich offenbar in der Rolle eines Arbeitswilligenagenten im Ehrenamt außerordentlich wohl, nahm ganz die lattam bekannten Konieren jener Herren an und bewaffnete sich sogar nach Art derselben mit einem Revolver. Wir berichten nach den uns gemachten Mitteilungen überhaupt nicht recht, warum jetzt die Familie Steiling auf einmal so großen Wert darauf legt, nicht dabei gewesen zu sein. Das war nicht immer so. Als während der Bewegung ein Mitglied der Streikleitung das Bureau des Herrn Steiling anrief und dort hat, die Firma möchte sich doch in dem Streit bei Schmiedigen neutral verhalten, da wurde die Tatsache der Streikbrechervermittlung unter Kompagnonhaft mit Herrn Keiling in keiner Weise abgeleugnet. Aber darich wurde erklärt: „Das machen wir, wie wir wollen!“

Wir bedauern nach alledem, von Herrn Steiling, von dem jungen Herrn Steiling, dem faktischen Leiter der Firma, den Rubin nicht nehmen zu können, daß er zugunsten der Firma Schmiedigen selbstlos sich mit dem Streikbrechervermittler Keiling verband.

Aus dem Fleischerhandwerk. Der Fleischermeister Otto Garbisch, Langestr. 57, läßt sich zu keiner Einigung herbei. Der Kom-

mission, welche bei Herrn Garbisch vorstellig war, erklärte derselbe rundweg, daß er mit der Organisation keinen Tarif abschließen werde. Organisierte Gefellen stellt Herr Garbisch nicht ein, sondern nur solche, welche dem gelben Bunde angehören. Wenn Herr Garbisch von der organisierten Arbeiterschaft in seinem Betriebe nichts wissen will, sollte er offen erklären, daß er ein Gegner derselben ist und an organisierte Arbeiter auch nichts verkaufen will.

Das technische Bühnenpersonal im Deutschen Opernhaus.

Das Deutsche Opernhaus hat es sich zur Aufgabe gemacht, nicht nur in künstlerischer Beziehung Kunstgütern zu leisten, sondern auch auf sozialem Gebiete, soweit es sich um die Wahrnehmung der materiellen Interessen seiner Mitglieder handelt, anderen Bühnen vorbildlich zu sein.

So zu lesen in einem der letzten Theaterhefte des Deutschen Opernhäuses.

Wir müssen leider konstatieren, daß für Lohn und Arbeitszeit des technischen Bühnenpersonals das Gegenteil zutrifft, und hier die Dilettanten anderen Theatern gegenüber nicht vorbildlich wirkt. Das technische Bühnenpersonal hat im Deutschen Opernhaus eine unendlich lange Arbeitszeit, täglich müssen Ueberstunden bei Tag und Nacht geleistet werden. In den letzten Wochen haben Arbeiter 96 Stunden hintereinander gearbeitet, nur mit Unterbrechung durch kurze Erpausen; Tag und Nacht haben die Leute ihre Familie nicht zu sehen bekommen. In der Tischlerei mit Maschinenbetrieb wird auch des Sonntags während der Kirchengzeit gearbeitet. Das bei einer derartig langen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter direkt gefährdet wird, kann niemand bestreiten.

Die gezahlten Löhne entsprechen nicht den Anforderungen, welchen die Bühnenarbeiter zu entsprechen haben. Wochenlöhne von 28,75 R. reichen auch nicht unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen, um damit eine Familie zu ernähren. In anderen Theatern werden bereits Monatsgehälter von 125—135 R. gezahlt. Auch die Ueberstundenbezahlung gehört mit zu den schlechtesten. Für Tagessunden werden 50 Pf. und für Nachtsunden 70 Pf. gezahlt, wogegen in unseren anderen Theatern 60 Pf. und 1 R. üblich sind. Ebeniowenig entspricht die Bezahlung der Nachmittagsvorstellung mit 1 R., ein Satz, der vor 15 Jahren in Berlin gezahlt wurde, den heutigen Anforderungen. In allen anderen Theatern werden 1,50 R. resp. die halbe Tagesgage schon seit Jahren gezahlt. Durch Eingaben und Vorfälligwerden der Organisation und der Kollegen wurde das Versprechen von der Direktion gegeben, für die Zukunft ebenfalls 1,50 R. zu zahlen. Auch hier verzagt die Vorbildlichkeit; die Bühnenarbeiter müssen heute noch die Nachmittagsvorstellung für 1 R. leisten.

Auch die Behandlung derselben durch ihre Vorgesetzten läßt viel zu wünschen übrig. Bei jeder Gelegenheit wird dem Arbeiter gesagt: „Wenn es Ihnen nicht paßt, dann können Sie gehen“, oder: „Es sind 100 andere Arbeiter vorgemerkt.“ Ist das vielleicht auch vorbildlich, immer gleich mit Entlassung zu drohen? Was müssen da all die Pensionsklassen, wenn der Arbeiter bei der geringsten Kleinigkeit entlassen wird. Die Schuld daran, daß das technische Bühnenpersonal noch unter so bedauerlichen Verhältnissen zu leben gezwungen ist, liegt allerdings nicht nur an der Direktion, sondern zum weitaus größten Teil an den Angestellten selbst. Den Weg zu ihrer Organisation haben die meisten derselben bis jetzt noch nicht finden können. Die Selbsthilfe durch die Organisation ist ihnen noch fremd. Wären sie ohne Ausnahme dem Deutschen Transportarbeiterverband angeschlossen, so müßte sich die Direktion in ganz anderem Maße auch ihrer sozialen Aufgaben erinnern.

Verichtigung. In dem Artikel der Dienstagnummer des „Vorwärts“ über „Die Arbeitslosigkeit in der Berliner Holzindustrie des Baugewerbes“ befindet sich in Zeile 13 und 14 von oben ein sinnentstellender Fehler. Es heißt dort: „Dagegen gelten Arbeitslosigkeiten von 10—13 Wochen als besonders günstig.“ Es muß heißen: „Dagegen gelten Arbeitsgelegenheiten von 10—13 Wochen als besonders günstig.“

Deutsches Reich. Ein koalitionsfeindlicher Schnapslieferant.

Die Steinhägerfirma H. C. König in Steinbagen in Westfalen verweigert den Brennereiarbeitern entgegen den mit dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter getroffenen Vereinbarungen das Koalitionsrecht. Angebahnte Verhandlungen blieben erfolglos.

Der Streit in der Oberrheinischen Kartonagenfabrik in Mannheim ist mit gutem Erfolge für die Streikenden beendet. Die

Kleines feuilleton.

Rote Fahnen am Brandenburger Tor. Wie? Was? Wann? Wie? Jawohl, es hat seine Wichtigkeit! Am Brandenburger Tor flattern Inakrote, blutrote, revolutionärsrote Fahnen, zwei, vier, sechs Stück. Mit Revolution haben sie allerdings nichts zu tun, sondern sie dienen irgendeinem geheimnisvollen futuristischen Zweck, denn sie hängen an einem Gerüst, mit dem das Brandenburger Tor umbaut ist. Aber immerhin: es sind Inakrote, blutrote, revolutionärsrote Fahnen, die einzigen latten Farbstücke auf dem trüben Grau dieses regnerischen Dezembertages, und wenn ein Windstoß kommt, flattern sie so lustig, wie rote Fahnen nur flattern können.

Niemand beachtet sie. Zwei Schutzleute stehen gleichgültig darunter, der brave Grenadier von den Franzern wird durch sie nicht geföhrt, die Autos, durch die Vögel des Tores hindurchfliegend, nehmen keine Notiz davon. Nur als um die Mittagstunde ein langer, grauer, grämlicher Mann in flatter Aufsch, mit einem Leibjäger auf dem Bod, durch das Brandenburger Tor fährt, sieht er empör, entdeckt das leuchtende Rot und erbleibt. Er schließt die Augen, sieht unübersehbare Menschenmassen, drohende Häufe, h4 ein dumpfes Grollen, einen Sturmwind. . . da hält der Wagen am Reichstag, der Schlag wird ausgerissen, der Reichskanzler steigt, mit einem bösen Schreck in den Gliedern, aus. Schen sieht er am Portal noch einmal zurück: sie flattern noch immer lustig, die roten Fahnen am Brandenburger Tor.

Die Welthauptstadt der Zukunft. Ein amerikanischer Ingenieur namens Anderson hat den Plan eines internationalen Kulturzentrums ausgedacht, ein französischer Regierungsbaumeister namens Gibrard die Bauplanlage in allen Details im nationalitätlich gerichteten Geschmack amerikanischer Reichtumslosigkeit entworfen und nun hat auch im Festsaal der Pariser Sorbonne nach einem Vortrags des Philosophiprofessors Bourroux der vom Salon-anarchisten zum nationalitätlichen Verherrlicher der kapitalistischen Energie fortgeschrittene Romantiker Paul Adam einem gutgekleideten Publikum versichert, daß ein solches für die „Auslese“ komponierte und vorbereitete Kosmopolis der profittlichen Vaterländerei und Vondraudreligions durchaus keinen Schaden tun würde. Was soll man von alledem halten?

Rechnen wir an, daß irgend ein amerikanischer Reichtum wirklich in die Spendenbüchsen führe und daraus den Hundertmillionenscheck herauszuge, der erforderlich ist, um alle die Museen, Institute, Sternwarten, Sportbahnen samt Hundspenarium und Simultantentempel sämtlicher Religionen zu errichten! Was wäre das anderes als ein ins Gigantische gesteigertes Dorf Potemkins? Eine lägerische Los-trennung der paar Lichtpunkte der modernen Gesellschaft von der umgebenden schwarzen Masse ihres Glends und ihrer Schande? Wenn die Herrschaften schon einen Ort ihrer Kultur herstellen

wollen, mögen sie doch auch die Grundpfeiler der heutigen Ordnung nicht vergessen! Gehört in die Welthauptstadt der Herren Anderen und Höheren nicht eine Musterfabrik, wo die wissenschaftlichste Ausbeutung der Proletariat genannten Maschine vorgeführt wird? Und wo bleiben in dem Plan Katern und Gefängnisse, die doch genau so unentbehrlich und ebenso moralische Anstalten sind, wie der Reichspatriotismus und das Privatigentum, diese von der bürgerlichen Wissenschaft anerkannten Ewigkeitswerte?

Sehen wir ganz ab von den materiellen Unmöglichkeiten dieser kapitalistischen Vollenkudschirme, von dem Unfinn, eine Kulturstadt herzustellen zu wollen, um die sich nicht gleich eine Elend- und Unkulturstadt lagern würde, mit Armenwohnungen der dort Beschäftigten, mit Gastwirtschaften und Schänken, mit Bars und Freudenbüchern für Kongressisten und Sportfestler — charakterisiert sich nicht das ganze Projekt als eine Maskierung der Abneigung der herrschenden Klasse, der geschichtlich gegebenen Gesellschaft den Weg zur Kultur freizulassen?

In allen Ländern rühren sich die neuen Kräfte, in den Städten der alten und der neuen Welt, aus den Engen alterdgraue, gekrümmter Gassen und aus den ecklofer Monotonie geschichteten Schlafgestellen der Sklavensklade bricht ein nie gekannter Schöpfungswille, ein lähn hinansteigender Glaube an die Zukunft der Menschheit empor. Aber was die Herrschenden mit all ihren Gewaltmitteln nicht zu vernichten vermögen, das möchten sie wenigstens aus dem allgemeinen Blick herausheben und im Dunstkreis der Latenzlosigkeit isolieren.

Die „Welthauptstadt“ ist ebenso eine Verjenseitigung des Kulturwillems, wie der Himmel der Religionen eine Verjenseitigung des Glücksbedürfnisses der Menschheit. Aber die Menschheit hat die Epoche solcher Verdrängungskünste hinter sich. Sie weiß, daß so wenig, wie der Weltfrieden aus dem von einem erfolgreichen Jobber gegebenen „Friedenspalast“, die Einheit der Kultur aus einem Phantastenspiel kommen kann, dessen sich Ruyknier, Prediger und wohlwollende Ausbeuter der Unkultur gnädig annehmen.

Die Hunde bellen? Um den Fall Jhne wird nach wie vor herumgeredet. Das Auswärtige Amt erklärt, der Bau der Volkshaus in Wologington sei noch nicht vergeben. Die Architektendirektion sagen, der Fall sei noch nicht hergestellt. Auch die Bauakademie hält sich in geheimnisvolles Schweigen.

Die Wahrheit ist, daß der Kaiser den Bau an Geheimrat Jhne vergeben hat, um ihn dafür zu entschädigen, daß Jhnes Entwurf beim Bau des Opernhäuses ausgefallen ist. Man hat auch den Kaiser auf das Ungewöhnliche der Vergabung des Baues aufmerksam gemacht und ihm erklärt, daß die öffentliche Meinung vielleicht sich mit dem Fall befähigen und daß der Reichstag opponieren würde. Darauf soll das Wort gefallen sein: Die Hunde bellen, aber der Wagen geht weiter. Einstweilen schleicht der Wagen allerdings stösend im trüben

Dunkeln, und eine neue Mitteilung, die jetzt in No Presse sigiert, will sogar wissen, ihm werde demnächst ein Hindernis vor dieäder fliegen Die Akademie des Bauwesens soll morgen tagen, und es heißt, es sei nicht ausgeschlossen, daß sie den Jhneschen Entwurf wegen gewisser Mängel gutachtlich als ungeeignet zur Ausführung bezeichnen werde.

Also: es sei nicht ausgeschlossen. Und wenn die Herren es wirklich wagen, belien werden sie sicher nicht. Und eben deshalb — was immer jetzt ihr Tun willen mag — wird der gewisse Wagen um so sicherer in alter Richtung weiter gehen, und die Jhnes werden wieder und wieder den Vossig haben und die Durst ertragen.

Notizen.

Theaterchronik. Gerhart Hauptmanns neues Drama „Der Vögel des Odyseus“ wird die Uraufführung im Künstlertheater in der ersten Hälfte des Januar erleben. — Die bevorstehende Aufführung der dramatischen Werke Georg Büchners im Volkstheater — „Revue und Lena“ und „Bozzed“ — soll musikalisch ausgeschmückt und abgehimmt werden. Solche Zugaben brauchen diese Werke wirklich nicht.

Ruska Vöge gestorben. Im Lichterfelder Kreisfrankenhaus starb gestern, 53 Jahre alt, die Darsellerin soustlicher Rollen am königlichen Schauspielhaus, Frau Ruska Vöge. Am Montag brach sie während des Spiels ohnmächtig zusammen. Sie war geborene Berlinerin, trat schon mit 14 Jahren auf die Bühne und wirkte seit einem Vierteljahrhundert in Berlin, wohin Varnay sie aus Wiesbaden ans Berliner Theater holte. Bei denen, die an der in Hoftheatern geleisteten Arbeit Gefallen finden, war ihre Kunst hoch angeschrieben. Sie war eine namhafte Vertreterin des Konversationsspiels.

Vorträge. Heute abend 8 Uhr findet in der Singakademie der letzte Vortrag von Roald Amundsen mit Nisch und Kinobildern statt. Thema: „Meine Reise zum Südpol“. Karten bei A. Wertheim, Vöge u. Bod und an der Abendkasse. — Im Berliner Tonkünstler-Verein hält am Freitag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, im Saale des Architektenhauses, Wilhelmstr. 92/93, Herr v. Diestel einen Vortrag über „Violinteknik und Weizenbau“.

Der Friedenspreis der Nobelstiftung. Der im Jahre 1912 nicht ausgeteilt Nobel-Friedenspreis wurde zusammen mit dem diesjährigen dem ehemaligen amerikanischen Minister des Auswärtigen, Senator Elihu Root, und dem belgischen Senator Henry Lafontaine, dem Präsidenten des internationalen permanenten Friedensbureaus, zugeprochen. — Wollauer Theaterzensur. Demi Nathansons Schauspiel „Hinter Mauern“ wurde in Moskau erst erfolgreich aufgeführt und dann auf Antrieb des Stadtkommandanten verboten, weil es das Judentum zu sehr idealisierte.

durch den Arbeitswilligen-Agenien nach Berlin herbeigekommen ungeduldeten Arbeitswilligen aus Berlin und Frankfurt a. M. waren nicht imstande, die Streikenden zu ersetzen. Durch Vermittelung des Gewerbegerichtsdirektors kam nach vierwöchigem Streit ein Tarif für die Dauer von drei Jahren zustande, dem die Streikenden mit allen gegen eine Stimme zustimmten.

Feiertagen im süddeutschen Textilgewerbe.

Der Verband der süddeutschen Textilindustriellen hatte beschlossen, wegen der schlechten Geschäftslage die wöchentliche Arbeitszeit um 10 Stunden zu reduzieren. Eine von den christlichen Gewerkschaften und den kirchlich-dünkelnden einberufenen öffentlichen Versammlung in Augsburg beschloß eine Resolution, in der gefordert wird, an die Unternehmer das Ersuchen zu stellen, für den Lohnausfall eine Entschädigung von 12 Proz. des Arbeitsverdienstes zu zahlen und den Sonnabend frei zu geben statt des Montags, den die Unternehmer als wöchentlichen Feiertag bestimmen wollten.

Ausland.

Deutschnationaler Arbeiterhaß.

Anlässlich der Ausperrung in den österreichischen Buchdruckerien haben die Organisationen der Kaufleute in Deutsch-Böhmen beschlossen, den ausgeperrten Buchdruckerarbeitern keinen Kredit zu gewähren, sondern auf unbedingte Barzahlung zu bestehen. Dieser beschlossene Beschluß dürfte wesentlich dazu beitragen, die Genossenschaftsbewegung des Proletariats zu fördern.

Sämtliche Sattler in Bern (Schweiz) streiken seit sechs Wochen im Streit, weil die Unternehmer die geringfügigen Forderungen abgelehnt haben. — Die Ausperrung der 457 Militärsattler in Paris dauert seit dem 31. Juli d. J. an, ohne daß ein Ende abzusehen ist. Es handelte sich anfänglich um einen Abwehrstreik. Die Unternehmer beabsichtigten, die Arbeitszeit zu verlängern. In Bern und in Paris erschaffen die Sattler einen Erfolg, wenn die Sattler Deutschlands die Inzerate der Unternehmer nicht beachten und nach wie vor jeden Zugang streng fernhalten.

Aus Industrie und Handel.

Die Banken und der Wehrbeitrag.

Sie sind jetzt ungefähr bei der Mitte des Dezember angelangt und noch haben wir keine Wertpapiersteigerung gehabt. Das ist für den Kenner der Börse eine Ausnahmeseite und sie muß ihre besonderen Gründe haben. Täglich hören wir, daß der Geldmarkt flüssiger geworden sei, wir sehen den Reichsbankstand sich bessern und damit glauben wir, seien die Vorbedingungen für eine Effektenaufwärtsbewegung geschaffen. Aber es gibt eine solche Bewegung nur, wenn die Großbanken wollen. Denn was die Großbanken an der Börse nicht wollen, das geschieht auch nicht. Und diesmal wollen sie keine Effektenkaufe. Weil sie diesmal kein Interesse haben, die Bilanzen mit möglichst hohen Kursen zu kritisieren, sondern im Gegenteil, weil sie alles daran setzen, Ultimo Dezember möglichst niedrige Kurse zu haben. Denn die Effektenkurse von Ultimo Dezember sind die Berechnungskurse für den Wehrbeitrag und man läßt lieber die Bilanz etwas ungünstiger erscheinen, als daß man mehr Wehrbeitrag zahlt. An der Finanzkraft der Institute wird ja dadurch nichts geändert. Wenn die Effektenkurse nicht gegen Ende Dezember gemacht wird, so wird sie eben Anfang Januar gemacht. Das ist gekupft wie gesprungen und die Banken haben von der Verspätung keinen Schaden.

Gegen die Zucksteuer.

In der Sitzung des Reichstags vom 2. Dezember erklärte Reichstagssekretär Mühs in seiner Rede zum Satz: „Zur Erhaltung des Gleichgewichts im Reichshaushalt seien die 150 Millionen Zucksteuer unentbehrlich. Die Steuer habe ja auch Produktion und Handel nicht geschädigt. Denn unsere leistungsfähige Zuckerverzeugung sei geradezu ein Weltreichtum gewesen.“

Der Braunschweig-Hannoversche Zweigverein des Vereins der deutschen Zuckerrindustrialisten will sich diese Schönschönerei nicht gefallen lassen. Er hielt in Braunschweig eine Generalversammlung ab, in der eine von Geheimrat König in Hannover ausgearbeitete Erklärung gegen die räuberischen Keuperungen zur Verlesung kamen. Die Erklärung soll der Reichsregierung eingereicht werden. Scharf nimmt der Entwurf zu der Eingabe Stellung gegen die Verurteilung des Reichstagssekretärs. Es wird entschieden bestritten, daß die Ausschüsse der Zuckerrindustrialisten für das kommende Jahr gut, die Preise auskömmlich seien und daß sich trotz der Aufrechterhaltung der Zuckerrindustrialien, Handel und Konsumenten gleichmäßig wohl befänden. Die Zuckerrindustrialien sei auf einem Tiefstand angekommen, bei dem sie nicht mehr in der Lage sei, von dem Erlös aus Zucker die Produktion von Rüben zu decken. Die Preise seien ruhmlos und leinestweil gut. Die Herabsetzung der Zucksteuer, die zum 1. März 1909 bereits angekündigt worden sei, habe man unterlassen und jetzt sogar auf unbestimmte Zeit verschoben. Es wird dann verlangt, eine Herabsetzung der Zucksteuer von 14 auf 10 M. endlich herbeizuführen.

Der Führer des Bundes der Landwirte, Oekonomierat Vöhring, fand die Eingabe ausgezeichnet und zweckmäßig, aber noch nicht ganz ausreichend. Wenn man mit der Verbrauchsabgabe auf 3 M. heruntergehe, würde sich das Reich immer noch nicht schlecht dabei fühlen. Er verlangt eine Versammlung von Landwirten und Zuckerrindustrialisten, in der gegen die Keuperungen des Reichstagssekretärs und gegen die Höhe der Konsumabgabe Protest eingelegt werden soll. Die Versammlung soll einberufen, aber auch im Reichstage soll gegen die unrichtigen Verurteilungen des Reichstagssekretärs protestiert werden.

Gerichts-Zeitung.

Korrigierte Mandatsfelder Streikjustiz.

Das Landgericht in Halle a. S., das sicher nicht in dem Verdacht steht, Streikende besonders milde zu behandeln, brachte am Dienstag in einem Streikurteil zum Ausdruck, daß die vorhandenen Strafmittel vollauf genügen, Arbeitswillige entsprechend zu schätzen. Bekanntlich wurde, wie wir kürzlich berichteten, der bisher unbefragte, 35jährige Bauarbeiter Richard Suhr vom Heftliebster Schöffengericht zu der barbarischen Strafe von sechs Wochen Gefängnis verurteilt, weil er einem Arbeitswilligen, der von seinesgleichen und seinem Unternehmer begleitet wurde, nur das Wort „Psui“ zugerufen hatte. Dieses Urteil lag der Berufungsinstanz zur Nachprüfung vor. Da der Arbeitswillige Strafantrag wegen Beleidigung nicht gestellt hatte, verurteilte man auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung.

„Was man nicht definieren kann, sieht man als Einschüchterung der Arbeitswilligen an.“ Die Heftliebster Schöffengerichtsbegründung wurde grau in grau und sagte, sicher hätten die Arbeitswilligen durch das Wort „Psui“ eingeschüchtert werden sollen. Tatsächlich hatte der Angeklagte aber bei der Unterredung mit dem Arbeitswilligen die Worte gebraucht: „Du kannst ruhig nach Hause gehen, wir tun Dir nichts“ und dann nur im Verlaufe der Erregung das Wort „Psui“ gebraucht. Die im Berufungsgericht bekanntgegebene Urteilsbegründung enthielt folgende wörtliche Sätze: „Daß bei jedem Streike seien Ausschreitungen vorgekommen. Arbeitswillige wären wider ihren Willen zur Arbeitseinstellung gezwungen und mißhandelt worden. Da seien strenge Abschreckungsmittel nötig, um Arbeitswilligen das unbedingt notwendige Gefühl völliger Sicherheit zu geben.“

Das sagt ein Urteil von einem Städtchen, in dem die Maschinen-gewerbe gelegentlich des Bergarbeiterstreiks aufgeplänzt wurden,

um die Bergarbeiter wieder in die Schächte zu treiben. — Die Berufungsrichter erklärten auch an, daß ein energischer Arbeitswilligenstreik „notwendig“ sei. Trotz dieser Erwägung sei aber die von erster Instanz verhängte Strafe viel zu hoch. Eine Verurteilung auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung müsse erfolgen. So schlimm liege aber der Fall nicht, um eine so strenge Strafe von sechs Wochen zu rechtfertigen. Die vom Amtsanwalt in erster Instanz beantragte Strafe von einer Woche Gefängnis erscheine völlig ausreichend. Die Strafe wurde daher von sechs Wochen auf eine Woche herabgesetzt.

Auch eine Woche Gefängnis ist eine außerordentlich hohe Strafe.

Ein hartes Streikurteil gegen unorganisierte Arbeiter.

Im August d. J. traten eine Anzahl unorganisierte, durchweg junge Leute in einer Erfurter Stuhlfabrik in einen „wilden“ Streik ein. Einige von ihnen gerieten in dessen Verlauf mit einem Arbeitswilligen Alfred Kask, der an einer anderen Stelle die Arbeit aufgab, um in der bestreikten Fabrik Arbeitswilligendienste zu verrichten, in Differenzen, wobei K. einige Osefeigen erhielt; auch will er mit einem schlauchartigen Gegenstand geschlagen worden sein, jedoch ist er trotz aller dieser angeblichen Mißhandlungen nach wie vor seiner Arbeit nachgegangen. Es wurde gegen drei junge Leute Anklage wegen Nötigung und Bedrohung erhoben und die Strafkammer in Erfurt erkannte auf Gefängnisstrafen von 6 Monaten, 5 Monaten und einen Monat.

Der Staatsanwalt hatte „nur“ 4 Monate und je 3 Monate Gefängnis beantragt, aber diese Strafen erschienen dem Gericht noch zu milde. Der Vorsitzende Dr. Siebert führte bei Begründung des Urteils aus, daß jeder, der sich gegen die Autorität des Staats verbehe, streng bestraft werde, ganz gleich, ob er organisiert, arbeitswillig oder unorganisiert sei.

In letzter Zeit und auch wieder am selben Tage, als dieses Urteil erging, hatte das Erfurter Schöffengericht sich mit Anklagen wegen Übertretung des gesetzlichen Arbeiterschutzes und des Kinderzuschutzes zu beschäftigen. In allen diesen Fällen, die auch eine Aufsehung gegen die Autorität des Staates darstellen, wurde auf wahrhaft lächerlich geringe Strafen — 5 bis 10 M. Geldstrafe — erkannt. So sieht die Gleichheit vor dem Gesetz aus.

Der Schuhmann als Einbrecher.

Die Grazer zweite Strafkammer verhandelte in einer Einbruchsache, bei welcher ein Hüter der Ordnung die Rolle des Angeklagten spielte. Angeklagt war der Schuhmann Weitzer, der in der Nacht zum 4. Oktober bei einem Einbruchdiebstahl auf frischer Tat erwischt worden war. Weitzer hatte in Erfahrung gebracht, daß eine Frau Sommermeier, die Bewohnerin einer Villa in Rumänien, an dem betreffenden Abend ein Vergnügen mitmachen wollte. Er rechnete darauf, daß die Frau erst spät nach Hause kommen werde und öffnete kurz vor Mitternacht mit einem Dietrich die Wohnung. Aus einer Geldbörse stahl er zunächst 10 M. Vorher er andere Behälter durchwühlte konnte, erzielte ihn aber kein Schicksal. Die Frau Sommermeier war nach Hause gekommen und hatte, als sie Licht in der Wohnung bemerkte, Alarm geschlagen. Das Haus wurde umstellt und beim Nachsuchen der Angeklagte auf dem Dach gefunden, wo er sich vergeblich hinter einem Kamin zu verbergen suchte.

Weitzer war in der Verhandlung geständig. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Zuchthausstrafe von vier Jahren. Das Gericht blieb aber weit unter diesem Strafmaß; es erkannte auf zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

Wissenschaftlich falsche Anschuldigung.

Eine unheimliche Sendung, die, wie zuerst angenommen wurde, verwesende Leichenteile enthielt, spielte die Hauptrolle in einer Verhandlung, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bahr die I. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte.

Wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung war der Krankenpfleger Johann Weibel angeklagt. Der Angeklagte, welcher selbst schon erwachsene Töchter hat, war mit der bei einer Frau Jacobi in Wilmersdorf bediensteten Köchin A. bekannt geworden, die verlobt ist. Er versuchte wiederholt, die A. zu überreden, ihrem Bräutigam den Kaufpaß zu geben und mit ihm ein Liebesverhältnis einzugehen. Als die A. seine Annäherungsversuche in ziemlich deutlicher Form ablehnte, suchte er sich zu rächen. Eines Tages erhielt die A. ein großes Paket per Post zugestellt, dessen Abheben, wie aus der Paketadresse hervorging, ihr Bräutigam Leos war. Als sie freudestrahelnd das Paket öffnete, stieg ihr ein feineswegs lieblicher Duft in die Nase, der bei weiterem Öffnen einen heftigen Brechreiz hervorrief. Sie öffnete trotzdem die geheimnisvolle Kiste weiter, bis sie mit einem Auffreie zurücktaumelte, denn der Inhalt bestand aus verwesenden Leichenteilen, die sie zuerst für Teile einer menschlichen Leiche hielt. Die genauere Untersuchung ergab jedoch, daß es sich um gewisse Teile eines Ochsen handelte, die gewöhnlich weggetrieben werden.

Die Empfängerin dieser ekelhaften Sendung vermutete sofort den Absender in der Person des jetzigen Angeklagten und erstattete gegen diesen Anzeige wegen Verleumdung und Urkundenfälschung. Weibel bestritt ganz entschieden der Absender zu sein und erwiderte die Anzeige gegen ihn seinerseits mit einer Anzeige wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung gegen die A. Inzwischen stellte der gerichtliche Sachverständige, Rechnungsrat Altrichter fest, daß ein Teil der Adresse von dem Angeklagten, das übrige von fremder Hand geschrieben worden war. Die Ermittlungen der Polizei ergaben, daß tatsächlich ein Teil der Adresse von einem anderen Wanne geschrieben war. Dieser wurde auch in der Person eines gewissen Almkert ermittelt, der auch sofort erklärte, daß er die Adresse an die Jungfr. A. auf Wunsch des Angeklagten geschrieben habe. Ferner bekundete die Witze des Angeklagten und andere Zeugen, daß sie das Paket bei ihm gesehen hatten.

Die Staatsanwaltschaft drehte nun den Spiegel um und erhob wegen der gegen die A. von dem Angeklagten erhaltenen Anzeige nun gegen ihn selbst Anklage wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung.

In der jetzigen Verhandlung beantragte der Staatsanwalt zwei Monate Gefängnis. Das Gericht ging jedoch erheblich über diesen Antrag hinaus und erkannte auf 6 Monate Gefängnis.

Sittlichkeitsverbrechen.

Die Strafkammer des Landgerichts III verurteilte gestern einen Arbeiter Emil Thiem aus Reimisdorf, der sich längere Zeit hindurch an zwei minderjährigen Stiefkinder in der emporendsten Weise unzüchtlich verhalten hat, zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus. Fast zu derselben Zeit fand ein Otto Wandree, der einen eigenartig veranlagten Herrn sich „in Freundschaft“ genähert und ihm in einem günstigen Augenblick das Portemonnaie gestohlen hat, vor der Strafkammer des Landgerichts I. Da der Angeklagte schon einmal wegen eines ähnlichen Diebstahls verurteilt ist, erkannte das Gericht auf 2 Jahre Gefängnis.

Ueberfall.

Zu dem Gerichtsbericht über einen nächtlichen Ueberfall im Tiergarten teilt uns der Vater des verurteilten Fräulein Strobusch mit, dieser habe Revision eingelegt, weil ein Ueberfall nicht vorliege.

Aus aller Welt.

Warum Deimling in die Kolonien ging.

Der militärische Herrscher im Ost, Herr v. Deimling, hat geruht, in einer illustren Versammlung in Straßburg über seine Erfahrungen in Südwestafrika zu sprechen. Aus einem Bericht des „Hamburgischen Korrespondenten“ erfahren wir, daß besonders bemerkt wurde — ein Zeichen für das gute Einbernehmen zwischen Militär-

und Zivilbehörden —, daß der kaiserliche Statthalter Graf v. Wedel in Uniform zu dem Vortrage erschienen war. Ob sich unter den vielen hohen Offizieren, die den Saal füllten, auch der wadere Herr v. Forstner befand, läßt sich aus dem Bericht leider nicht ersehen. Die General v. Deimling in seinen Ausführungen sagte, habe er sich jederzeit freiwillig zur Unterdrückung der Unruhen in Südwest gemeldet, weil er nicht immer nur Plagpatronen beschließen wollte.

Bei solch ähnlichen Grundfragen des Herrn v. Deimling, der in seinem damaligen Vorgesetzten v. Trotha wahrscheinlich eine gleichgestimmte Seele fand, nimmt es wahrlich nicht wunder, daß die Unterdrückung der Unruhen in eine Ausrottung der Hereros ausartete. Zum Dank offenbar belegten die Ostafrikaner — wie Herr v. Deimling vortrug — ihre Dajsen mit Vorliebe mit den Namen Bismarck und Deimling.

Schade, daß Herr v. Forstner damals noch seine ersten Hosen trug und so um den Ruhm gekommen ist.

Die Schneestürme in Amerika.

Die Randgebiete der Vereinigten Staaten bis zu den Felsenbergen der Rocky Mountains und die ganze atlantische Küste sind mit einer tiefen Schneeschicht bedeckt. Die Stadt Denver (Colorado) ist größtenteils von der Welt abgeschlossen. Viele Straßen konnten noch nicht wieder gangbar gemacht werden. In Ohio und Illinois haben die meisten Fabriken schließen müssen, weil sie keine Rohstoffe heranschaffen konnten, da alle Eisenbahnlinten verschneit sind. Schwere Hagelschlag und Sturm ging über die großen Seen nieder. Auf dem Michigan- und Erie-See sind drei Passagierschiffe mit Mann und Maus untergegangen. In New York und im Norden von Virginia herrschten heftige Stürme. Verschiedene Schleppboote wurden ins offene Meer getrieben. Die Rot ist allenthalben sehr groß.

Die Gefahren des Alkohols.

Während einer Hochzeitsfeierlichkeit im Osten New York gelang es vier Kindern, die der Fester bewohnten, sich unbemerkt einige Flaschen Whisky anzueignen. Unbemerkt tranken alle vier erhebliche Quantitäten. Als man schließlich das Fehlen der Kinder bemerkte und sich auf die Suche nach ihnen machte, fand man sie in einem entfernten Zimmer völlig bewusstlos auf. Alle vier mußten sofort ins Krankenhaus übergeführt werden, wo eines bereits der akuten Alkoholvergiftung erlegen ist. Die drei anderen schweben in Lebensgefahr.

Das freie Deutschland.

Der „Regensburger Anzeiger“ brachte dieser Tage die folgende Schweitwedelei:

Hocher Huldbeweis Seiner Durchlaucht des Fürsten von Thurn und Taxis. Es wird uns geschrieben: Mit welcher auslesener Herzengüte Seine hochfürstliche Durchlaucht, Fürst Albert von Thurn und Taxis das Schicksal seiner Untergebenen verfolgt und wie nahe dem hohen Herrn es geht, wenn ein schwerer Schlag die Familie eines unter ihnen heimlich, hat Seine hochfürstliche Durchlaucht neuerlich bewiesen bei dem tragischen Schicksal, das die junge Gattin des kais. Kommissars Benzler, Elisabeth Benzler, ereilt hat. Seine Durchlaucht ließ nicht nur an dem Grabe der Verstorbenen einen prächtigen Kranz niederlegen, sondern hat sich auch an dem Seelengottesdienst in St. Emmeram höchstpersönlich beteiligt. Im Laufe des vorgestrigen Donnerstags stattete der Fürst noch einen Besuch bei dem kais. Leibkammerdiener A. D. Herr Joh. Stollreiter ab, welcher 28 Jahre lang in persönlichen Diensten des durchlauchtigsten Herrn stand, und sprach überaus liebenswürdige Worte des Beileides und des Trostes. Wenn irgend etwas imstande war, die von dem juchzenden Geschick noch tief erschütterten Hinterbliebenen einigermaßen zu trösten, so waren es sicher diese hohen, unendlich gnädigen Huldbeweise Seiner hochfürstlichen Durchlaucht. Durch diese rührende Teilnahme ist aber auch von neuem bestätigt, welche warmes, edles Herz Seine Durchlaucht besitzt, welches sich nicht nur Untergebenen, sondern auch, wie durch viele hohe Handlungen erwiesen, dem allgemeinen Wohle der Bevölkerung zu gegebener Zeit in der edelsten und feinstführenden Weise öffnet. Seine hochfürstliche Durchlaucht kann aber auch der tiefsten Dankbarkeit und Liebe versichert sein.

Tiefer geht's nimmer! bemerkt dazu die „Tägl. Rundschau“. Mit Verlaub: In Hagen i. W. verbot die Polizei die Aufführung eines Weihnachtsmärchens „König Ruhnader“, weil es in einer im Märchenstile gelungenen Ruhnader-Hymne heißt: „Heil Rnader dir.“ Darin lag die hochwohlblühende eine Entweihung der Nationalhymne.

Keine Notizen.

Straßenbahnzusammenstoß. Auf dem Grabsch in Prag entgleiste bei der Voreinstellung ein Motorwagen der elektrischen Straßenbahn, ein anderer fuhr auf ihn auf; beide wurden zertrümmert. 3 wüßig Fahrgäste sind verletzt, darunter fünf schwer.

Das tägliche Grubenunglück. In der Nähe der russischen Station Wolynskow befindlichen Kohlengruben hat eine Explosion stattgefunden. Fünf Arbeiter wurden getötet und fünf verwundet.

Die Cholera in Konstantinopel. Die Cholera fordert in der türkischen Hauptstadt immer neue Opfer. In den letzten 48 Stunden haben sich in der Stadt 28 Cholerafälle zugetragen.

Todessturz eines französischen Fliegers. Der Flieger Letort, der Mittwoch früh von Buc aufgestiegen war, machte hier in der Nähe einen Landungsversuch. Dabei überschlug sich das Flugzeug, der Flieger geriet unter den Motor und wurde zu Tode gequält. Letort ist besonders durch seinen Flug Paris-Danzig (1860 Kilometer), den er um den Pommerpokal unternahm, bekannt geworden.

Deutscher Arbeiter-Abkündener-Bund. (Gründungs-Verein.) Freitag, den 12. Dezember, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15: Versammlung. Vortrag des Genossen Gerhard Eusemann: Der Einfluß der Arbeitslosigkeit auf den Charakter. — Gäste willkommen.

Wasserkrafts-Nachrichten

der Landesbank für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserkraft	am 9. 12.		am 8. 12.		
	am	seit	am	seit	
Remel, Mühl	339	-25	Saale, Großhau	108	+2
Bregal, Insterburg	107	-32	Havel, Spandau	74	+6
Weschei, Thorn	222	+12	Rathenow	17	-1
Ober, Ratibor	224	-13	Spree, Boremberg	86	+2
Krossen	192	-1	Beetow	88	+8
Franfurt	218	0	Weser, Münden	190	-10
Barthe, Schrimm	148	0	Münden	294	-8
Landberg	88	+4	Rein, Rarimiliansau	422	+32
Rega, Borsdamm	18	-2	Stand	321	+9
Gide, Weimert	24	-8	Rhein	248	+7
Reden	98	-10	Redar, Heilbronn	98	-2
Borb	190	-10	Rain, Lomau	162	-2
Ragdeburg	148	-9	Rosel, Krietz	170	-22

+) + bedeutet Wachs, — Fall, —) Unterpegel.

Die Notwendigkeit der Bildungsarbeit.

Die proletarische Frauenbewegung bedeutet einmal die Zusammenfassung aller proletarischen Frauen in dem Kampfe um politische Rechte und zum anderen verfolgt sie die Schulung und Aufklärung dieser Frauen. Ihre Aufklärung kann sich aber nicht nur auf die politische und soziale Rechtfertigung der Frauen beschränken, denn auch die Freiheit der arbeitenden Frauen wird erobert im Kampf um die Freiheit der Arbeiterklasse. Das unterscheidet die proletarische Frauenbewegung so tief von allen anderen Frauenorganisationen, daß uns der Kampf um die politische Gleichberechtigung der Frau nicht das Ziel an sich ist, sondern nur der Zweck, die Frauen kampftüchtiger und kampffähiger werden zu lassen, damit sie in dem Befreiungskampfe der Arbeiterklasse wirken können. Deshalb ist auch die Erziehungsaufgabe an unseren weiblichen Parteimitgliedern eine viel umfangreichere und schwerwiegendere als in allen anderen Vereinigungen der Frauen, wie immer sie heißen mögen.

Der Klassenkampf der Arbeiterklasse beruht nicht auf willkürlichen Voraussetzungen, sondern seine Ziele und Wege sind die schwer erzwungenen Früchte wissenschaftlicher Erkenntnisse. Deshalb kann diese Ziele und Wege nur derjenige voll und ganz begreifen, der die Möglichkeit hat, in diese wissenschaftlichen Erkenntnisse einzudringen. Das ist notwendig für den Mann, noch viel notwendiger für die Frau. Die Frau ist an ein logisches und diszipliniertes Denken nicht gewöhnt. „Dienen lerne und schweige das Weib, nach seiner Bestimmung.“ Das sind die Grundzüge einer jahrhundertelangen Erziehung gewesen, und künstlich wurde das Denken in jedem weiblichen Wesen zurückgehalten. Deshalb ist die Erziehung der Frauen zu geordnetem Denken so notwendig, deshalb müssen wir darin eine der wichtigsten Aufgaben sehen.

Eins der wichtigsten Hindernisse für die Teilnahme von Frauen an den Bildungsveranstaltungen der Partei ist in den wirtschaftlichen Verhältnissen zu finden. Hunderte Frauen sind durch die elenden wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, ihre ganze geistige und körperliche Kraft aufzuwenden, um ihre Familie vor den entsetzlichen Folgen der Not zu bewahren. Sie finden nicht leicht die Kraft, all diese Mühen zu überwinden und noch anderen Gedanken Raum zu geben. Aber es gibt auch Hunderte Frauen, und gewiß auch viele Mitglieder in unseren Reihen, die nicht den Drang haben, tiefere Erkenntnisse zu erreichen. Es genügt noch vielen Frauen, wenn sie in den großen Versammlungen sind, wenn sie Demonstrationen mitmachen, wenn sie an dem äußeren Leben der Partei teilnehmen. Wenige nur trachten, auch in den Geist dieser Partei einzudringen, wenige sind es noch, die bildungsunfähig und bildungsbegeistert zu unseren Vorträgen kommen, unsere Broschüren lesen und die Bücher vertieft lernen, in denen das reiche sozialistische Wissen aufgestapelt ist.

Es gilt deshalb vor allem, den Bildungsdrang in den Frauen zu wecken. Wieder und immer wieder in nie rastendem Eifer müssen wir den Frauen sagen, daß sie ihre Freiheit, die Bänder der Not nur erreichen können, wenn sie selbst imstande sind, die indifferenten und fernstehenden Frauen zu erwecken, und das können sie nur, wenn sie selbst lernen und immer tiefer eindringen in den Geist des Sozialismus.

Unser Appell soll aber nicht nur die Frauen erreichen, wir dürfen nicht vergessen, daß diese Bildungsarbeit Zeit kostet, und daß wir auch den Männern begreiflich machen müssen, daß sie ihren Frauen diese Zeit nicht nehmen dürfen. Es wird vielleicht manchmal erforderlich sein, daß der Mann seine Frau in den Vorträgen gehen läßt und er selbst dabei bleibt. Dann darf auch der Mann nichts Ueberflüssiges in dieser Bildungsarbeit sehen, dann darf auch er nicht vergessen, daß die Frau ja seine Kinder erziehen soll, nicht nur zu tüchtigen Menschen, sondern, was weit mehr und weit schwieriger ist, zu geistigen Erben ihrer Eltern. Diese Pflichten kann die Frau nur erfüllen, wenn ihre eigene Bildung und ihr eigenes Wissen immer reicher und umfassender und vor allem immer klarer wird. Es ist keine Verschwendung der weiblichen Arbeitskraft, wenn die Frau das Bedürfnis empfindet, einen Teil ihrer Zeit höheren, geistigen Arbeiten zu widmen. Deshalb muß sie noch immer nicht ihren Haushalt vernachlässigen, denn auch hier läßt sich mit Verständnis und Nachdenken so manches bessern und leichter erledigen, als wenn es gedankenlos und unverständlich erledigt wird.

Eins aber muß alle Bedenken immer wieder niederringen, die Erkenntnis, daß die Frauen diese Erziehung zum Sozialismus brauchen, weil sie nur dann ihre Pflicht im Klassenkampf voll und ganz erfüllen können.

Zwei Haustöchter.

II.

Nach den Erfahrungen mit meinem ersten Vatenskind, die eine große Enttäuschung für mich bedeuteten, war ich recht gespannt, was ich nun bei dem zweiten, bei Marielchen, erleben würde. Ich wußte, daß ihr Vater schon seit Monaten arbeitsunfähig war und krank zu Bett lag. Ich wußte auch, daß wenig Aussicht war, daß er je wieder seine volle Gesundheit erlangen und für seine Familie sorgen würde. Marielchens Mutter hatte eine Stellung in einem großen Blättgeschäft angenommen, wo sie verhältnismäßig gut bezahlt wurde. Aber sie war gezwungen, den größten Teil des Tages fern von ihrem Hause zu sein. Ich wählte daher einen Sonntag zum Besuch, um sie sicher anzutreffen. Als ich am Nachmittag die vielen Treppen hinaufgestiegen war zu der Wohnung von Marielchens Eltern, fand ich die ganze Familie in dem großen Wohnzimmer versammelt, in das man das Bett des kranken Vaters gestellt hatte. Marielchen und ihre Mutter bestaunten mich aus. Der älteste dreizehnjährige Sohn las „Wilhelm Tell“ vor. Die drei jüngeren Kinder spielten in einer Ecke mit einem Puppentheater. Die Sonne schien durch die weißen Gardinen und alles sah so friedlich und gemütlich aus, daß ich scherzend zu dem Kranken sagte: „Sie liegen ja hier wie in Abrahams Schoß.“ Darauf er meinte, daß es dort gewiß nicht so unbehaglich und beaglich wäre wie bei ihm, wenn er Sonntags all seine Lieben um sich haben könnte.

Nach einer Weile kam ich zu dem eigentlichen Zweck meines Besuches und fragte Marielchen, was sie über ihre Zukunft beschließen hätte. Marielchen wurde rot, sah die Mutter an, die Mutter sah sie an, und endlich antwortete sie ebenso verlegen wie vor kurzem Marie-Luise, das andere Vatenskind: „Haustöchter.“ Ich war entsetzt. Also auch das Mädchen, das doch auf das Geldverdienen angewiesen war, das zu Hause nur immer das Beispiel unermüdlichen Fleißes vor Augen gehabt hatte — auch Marielchen wollte „Haustöchter“ werden. Da sprach aber Marielchen in Tränen aus und die Mutter ergriff das Wort für sie. „Sehen Sie“, wendete sie sich an mich, „wir haben es schon hin und her überlegt und wollten auch mit Ihnen darüber sprechen, aber es bleibt uns ja gar nichts anderes übrig, als daß Marielchen Haustöchter wird. Sie wissen ja, wie gern und wie gut sie gelernt hat. Nun machte ihre Lehrerin uns neulich den Vorschlag, ob wir Marielchen nicht als Kinder-

gärtnerin ausbilden lassen wollten. Sie hat doch so viel Liebe zu den Kindern und so viel Geschick, sie zu beschäftigen. Nun sollte sie sogar eine Freistelle bekommen in dem Seminar zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen. Aber es würde uns noch immer eine Menge kosten. Das Seminar ist so weit fort, daß Marielchen fahren müßte. Sie müßte doch auch immer gut angezogen sein. Sie braucht Bücher und andere Dinge, die nicht alle von der Anstalt geliefert werden. So wie die Sachen bei uns liegen, würden auch diese Ausgaben uns jetzt zu sehr drücken, als daß wir sie erschwingen könnten. Wir hätten auch Marielchen gern als Schneiderin ausbilden lassen, wozu sie ja ebenfalls Geschick und Lust hat. Aber auch da dauert es zu lange, bis sie etwas verdienen kann. Die Hauptsache aber ist, daß es bei uns zu Hause ja nicht weiter geht. Ich habe ja neben der Blätterei bisher den Hausdick so gut versorgt, wie es mir möglich war. Aber mein Mann ist doch zu krank, als daß man ihn weiter so viele Stunden am Tage allein liegen lassen könnte. Auch die anderen Kinder werden nicht so versorgt und gepflegt, wie es sein müßte. Aufgeben aber kann ich meine Tätigkeit nicht, denn wovon sollten wir denn jetzt leben? Da habe ich mich nun schon seit Monaten auf den Tag gefreut, an dem Marielchen aus der Schule kommt. Sie ist eine sehr geschickte Krankenschwester. Etwas lohn kann sie auch, und die übrige Hausarbeit, waschen, Scheuern und was sonst im Haushalt vorkommt, das hat sie sich schon ganz gut angenommen. Es ist wirklich das Beste, Marielchen wird Hausdick, das heißt, sie übernimmt alle meine häuslichen Pflichten. Vielleicht kommen doch wieder bessere Zeiten, dann hat sie ja immer noch Zeit, etwas zu ergreifen. Es wird ihr ja schließlich schwer, denn seit die Lehrerin ihr von der Freistelle gesprochen hat, denkt sie nur immer, wie schön es gewesen wäre und wieviel Geld sie hätte verdienen können, wenn sie Kindergärtnerin geworden wäre.“ Marielchen hatte die ganze Zeit leise vor sich hingeseufzt. Da trafen sich unsere Augen und richteten sich gleichzeitig auf das schmerzgefüllte Gesicht des armen Kranken, der ja eigentlich der Anlaß war, daß alles so anders kam, als das Kind es sich gewünscht hatte. Und das tapferste kleine Ding wachte sich die Tränen aus den Augen, versuchte zu lächeln und sagte: „Es ist doch vielleicht ganz schön, Hausdick zu sein. Da brauche ich nicht zu fremden Leuten und kann immer um mein Väterchen sein.“

Ich ging bedrückt nach Hause und dachte nach, wie ich da helfen ließe. Aber ich fand keinen Ausweg. Nach einiger Zeit suchte ich dann Marielchen auf, um zu sehen, wie sie sich in ihrem Beruf als Hausdick eingelebt hätte. Es war zehn Uhr, die Zeit, um die Marie-Luise im Bett frühstückte. Marielchen machte mir auf. Ihre große Wirtschaftskünste verüllte das ganze kleine Personal. „Gut, daß Du kommst, Tante“, empfing sie mich. „Du kannst Väterchen Gesellschaft leisten. Ich habe gestern gewaschen und will schnell auf den Treppenboden, um aufzubringen.“ Ich half ihr den Korb mit der Wäsche hinauftragen und setzte mich zu dem Kranken. „Was fingen wir wohl an ohne unsere Hausdick“, sagte er mir. „So klein und schwächlich sie aussieht, so flink geht ihr die Arbeit von der Hand. Dabei pflegt sie mich besser als eine geprüfte Krankenschwester. Das hat sogar der Doktor gesagt.“ Nach einer Weile erschien Marielchen wieder, um das Mittagessen zu kochen. „Kind, bist Du denn nicht müde?“ meinte der Vater. „Du bist ja heute schon um fünf Uhr aufgestanden.“ Aber Marielchen huschte in der Küche hin und her, sang fröhlich dabei und sah ab und zu in die Stube, ob der Kranke auch nicht brauchte. Mittags kamen die Mutter und die Kinder aus der Schule und dem Kindergarten. „Habe ich es jetzt gut“, sagte die Mutter, „seit ich eine Hausdick habe, die so schön für mich sorgt und die mir alle Arbeit im Hause abnimmt.“ Marielchen brachte eine große Schüssel mit Reisbrei, für den Vater ein Krankenlöffelchen, für die Mutter ein Stück Fleisch, weil die gepflegt werden mußte, und sie strahlte, als alle ihre Kochkünste lobten. Nach dem Essen wusch sie auf. Dann sah sie nach den Schularbeiten der größeren Kinder, beschäftigte die Kleinen mit alterhand Spielen und fand noch Zeit, mit mir zu plaudern. „Bist Du nun zufrieden, Marielchen“, fragte ich, „oder ist es Dir noch immer so schwer, daß Du nicht Kindergärtnerin werden kannst?“ „Offen gestanden, Tante“, sagte sie, „ich habe eigentlich kaum Zeit, noch daran zu denken. Es gibt so viel Arbeit von früh bis spät, daß ich froh bin, wenn ich fertig werde. Es ist auch schön, daß es Vater so viel besser geht, seit er seine ordentliche Pflege hat, und Mutter hätte ja auch nicht so weiter arbeiten können, wenn sie neben der Blätterei noch alle Hausarbeit gehabt hätte.“ „Gut Du nun gar keine Pläne und Wünsche für die Zukunft?“ fragte ich weiter. Sie hatte sich freilich in ihrem klugen Köpfchen einen Zukunftsplan zurecht gemacht, der mir sehr einleuchtete. Wenn sie zu Hause nicht mehr gebraucht würde, wenn der Vater gesund würde oder eine der Schwestern ihre Stelle einnehmen könnte, dann wollte sie noch einen Kursus in der Krankenpflege durchmachen, aber nicht eigentlich, um ausschließlich Krankenschwester zu werden. „Weißt Du, richtige Krankenschwestern gibt es ja schon viele. Was ich möchte, ist mehr das Amt einer Helferin, die von der Gemeinde oder besser noch von der Krankenliste angestellt würde. Es gibt so viele Familien, in denen die Frau und Mutter aus irgendeinem Grunde mit verdienen oder den Haupterwerb auf sich nehmen muß. Darüber muß sie aber die Pflichten im Hause versäumen, die Kinder vernachlässigen, und es reicht nicht dazu, daß sie eine Stellvertreterin bezahlen kann. Es gibt auch so viele Frauen, die so krank sind, daß sie in ein Krankenhaus oder in ein Erholungsheim müßten, um sich ihrer Familie zu erhalten. Aber sie wollen und können nicht fort, weil niemand da ist, der sich in der Zeit des Haushaltes annimmt, der für Mann und Kinder sorgen könnte. Da müßte es Helferinnen geben, die mit Kochen, Haushalten, Kindererziehung, Krankenpflege gut Bescheid wissen. Sie müßten überall die Hausfrau und Mutter vertreten, wo es nötig ist, und die Bezahlung müßte die Gemeinde oder die Ortskrankenkasse übernehmen. Es gibt ja wohl schon Gemeindefürsorge, die ähnliches tut, aber sie sind viel zu sehr überlastet, haben noch so viele Nebenämter. Diese Helferinnen müßten das Amt der Hausdick übernehmen, wo keine ist.“ Ich konnte Marielchen mitteilen, daß schon einzelne Frauen solche Helferinnen angestellt haben, und ihr Beispiel wird wohl bald überall Nachahmung finden.

So gewann der Beruf der Hausdick, der mir zuerst so viel Schrecken eingebracht hatte nach der Auffassung der reichen höheren Tochter, plötzlich eine soziale Bedeutung für mich. Er wird für manches alleinstehende Mädchen, für manche einsame Frau eine befriedigende Tätigkeit bringen und mancher Frau und Mutter es erleichtern, ihrem Beruf nachzugehen, vor allem aber ihr in Zeiten der Krankheit oder auch nach Wochenbetten es ermöglichen, sich auszurufen oder zu erholen, ohne daß das Schreckgespenst des verlassenen Haushaltes hinter ihr steht.

K. N. A. W. O. S.

Frauenberufe.

Die Lehrdame in der Glasmalerei. Von bürgerlichen Frauenrechtlerinnen wird sehr häufig die handwerksmäßige Ausbildung der Frauen als Voraussetzung für eine bessere Entlohnung im Frauenberuf bezeichnet. Gewiß wäre eine bessere fachgewerbliche Vorbildung für weibliche und männliche jugendliche Arbeiter durchaus notwendig, und von unserer Seite ist daher stets ein Ausbau der Fortbildungsschulen für beide Geschlechter gefordert worden. Aber die bürgerlichen Bestrebungen gehen meist dahin, die von der Entwicklung längst überholte rein handwerksmäßige Ausbildung in ihren alten Formen und mit all ihren neuen Schäden auf die jugendlichen Arbeiterinnen auszuheben. Die Einführung einer mehrjährigen Lehrzeit spielt unter diesen Forderungen die Hauptrolle, und es ist bezeichnend, aber auch verständlich, daß die Unternehmer diese Forderung gerne unterstützen. Ein Mädchen mit mehrjähriger Lehrzeit erleidet eine Arbeiterin, deren Lohn der Unternehmer sparen kann. Von einem derartigen Versuch planmäßiger Bildung von Lehrlinginnen in der Glasmalerei weiß das Organ des

Zentralverbandes der Glaser zu berichten. Die Firma Heinersdorffsche Glasmalerei (Berlin) beschäftigt jungen Mädchen, die sich der Glasmalerei widmen, eine sichere und lohnende Existenz. Die „Glaser-Zeitung“ kann demgegenüber feststellen, daß in ganz Groß-Berlin höchstens 50 Glasmaler in Betracht kommen, die sich auf noch nicht ein Duzend Geschäfte verteilen, von denen die Mehrzahl meistens nur zwei bis drei Gehilfen beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit bei den Glasmalern beträgt nicht selten 50 Prozent, da auch in diesem Gewerbe Saisonarbeit in Frage kommt. Deshalb wird es selbst tüchtigen Gehilfen mit jahrzehntelanger Berufserfahrung immer schwerer, auch nur einigermaßen dauernde Stellung zu finden. In dem Heinersdorffschen Betriebe selbst sind die Verhältnisse nicht die besten: Es arbeiten dort zurzeit ungefähr 8-9 Glasmaler, 2 Glasmalerinnen, 4 männliche und 5 weibliche Lehrlinge oder Lehrdamen, in ein und demselben Raum arbeiten dann noch 8-10 Glaser und 4 Lehrlinge. Hierbei sei gleich hervorgehoben, daß es in keiner namhaften Glasmalerei in Berlin der Fall ist, daß die Glasmaler sich in einem Raum mit den Bleiglasern befinden und neben der Einatmung des ungesunden Farbstaubes auch noch die giftigen Aetzstoffe einatmen müssen, die sich beim Ablösen der Bleifelder entwickeln. Die Arbeitsmethode ist geradezu ein fabrikmäßige. Die Mädchen werden fast ausschließlich zur Ausführung von Massenarbeiten, die sich hundertfach wiederholen, wobei das Muster, nach dem die Lehrdame arbeiten muß, noch von einem Gehilfen hergestellt wird, verwendet. Selbst nach der Ausbildung vertraut man diese Arbeit ihnen vielfach nicht mal an. Oder sie müssen Hunderte von Scheiben wischen, wobei sie den ungesunden Farbstaub des Säurelotes, das auch Aetzstoff enthält, einatmen müssen. Von einer übergeordneten Stellung — wie die Firma behauptet — kann bei diesen Tätigkeiten keine Rede sein.

Wie bezahlt nun die Firma Heinersdorff ihre ausgebildeten Glasmalerinnen? Getreu ihrem Prospekt entsprechend speiste sie dieselben mit 60 Pf. Stundenlohn ab, obwohl derselbe laut Tarif 65 und 70 Pf. betrug. Erst als der Vertrauensmann der im Betrieb Beschäftigten energisch darauf hinwies, daß das ein Verstoß gegen den Tarifvertrag wäre, bequeme sich die Firma dazu, den Tariflohn von 65 Pf. (jezt 68 Pf.) zu zahlen. Als Charakteristik muß hierbei festgehalten werden, daß den Damen erklärt wurde, den erhöhten Lohn bekämen sie nicht auf Grund ihrer Leistungen, sondern weil auf die Firma ein Druck ausgeübt werde.

Die Firma Heinersdorff ist auch bemüht, die bei ihr „ausgebildeten“ Damen nach den zwei Jahren loszulassen, um sich wieder neue losenlose Arbeitskräfte heranzuziehen.

Die Buchmacherei zu erlernen ist wohl der Wunsch mancher jungen Mädchen. Neben und auch hier die Existenzbedingungen sehr schlecht. Ueber einen Mangel an freier Zeit ist in diesem Berufe nicht zu klagen. Die Arbeitsgelegenheit beschränkt sich im Jahre auf vier bis fünf Monate bei einem Gehalt von 30-75 R. den Monat. Nur die Direktrinnen sehen sich besser. Die übrige Zeit muß ausgelehrt werden. Was dann? Die Buchmacherin sucht dann Stellung als Verkäuferin oder Arbeiterin und ist glücklich, einen Unterhalt gefunden zu haben, besonders jetzt im Winter.

Auch ist die Buchbranche als Gewerbe der Handelskammer angegliedert worden und bildet nun eine Art Innung, die gewisse Vorschriften befolgen muß. Da gibt es eine Lehrzeit von einem Jahr und eine zweijährige Zuarbeiterzeit. Also eine regelrechte Lehrzeit von drei Jahren mit einer Entschädigung von 10 R. den Monat im ersten und 20-30 R. im zweiten und dritten Jahre. Dann kommt die Gesellenprüfung, wofür 3 R. zu zahlen sind. Auch der „Meisterprüfung“ kann sich die Gehilfen unterziehen. Diese Prüfung kostet 16 R. und wird natürlich von der „Meisterdirektion“ bezahlt, die damit das Recht erlangt, dem Chef „Lehrlinge“ auszubilden und zwar drei Jahre lang.

Ein Verband deutscher Dentistinnen hat sich auf Betreiben des Verbandes für handwerksmäßige und lagewerbliche Ausbildung der Frau Ende November in Berlin gebildet. Auch eine Ortsgruppe Groß-Berlin ist bereits ins Leben gerufen worden.

Launenhafte Kinder.

Launenhafte Kinder, die „nicht wissen, was sie wollen“, enden mit Weinen, in das sich die Nervenspannung auflöst. Sie „betteln um Schläge“, sagt man auch; und eigentlich ist es, wie eine leichte Bückung bei solchen Gelegenheiten die Nerven ins Gleichgewicht bringt und dem Kinde beinahe willkommen zu sein scheint; es beruhigt sich sofort, ist versöhnlich, durchaus nicht bitter über die Strafe, die es nach seiner Ansicht ungerührt erlitten hat. Das Kind hat wirklich um Strafe als Medizin gebittelt.

Aber es gibt eine andere Art, die schwarzen Geister auszuweiden. Man nimmt das Kind in seine Arme, damit es den Magnetismus eines fremdbildigen Menschen fühlt, und es beruhigt sich. Diese Art ist besser als alle anderen.

Der Knabe hatte solche Anfälle. Wenn ein Vergnügen winkte, ein Ausflug zum Beispiel, um Beeren zu pflücken, das er zu Hause bleiben zu dürfen. Er mußte, er werde sich zu Hause sehr langweilen. Er wollte so gern mitgehen, aber er wollte vor allem zu Hause bleiben. Ein anderer Wille, stärker als seiner, behielt ihm zu Hause zu bleiben. Je mehr man auf ihn einredete, desto fester wurde der Widerstand. Kam dann aber jemand, packte ihn scherzhaft beim Kragen und warf ihn auf den Leiterwagen, dann gehorchte er und war froh, daß er von dem unerklärlichen Willen befreit worden. (Strindberg, Soja eines Rogg.)

Literarisches.

Stellung und Mitarbeit der Frau in der Gemeinde. Von Nennig Apollant. (2. Auflage. Verlag von Teubner, Berlin 1913. 196 Seiten. 2,40 R.) Die Arbeit stützt sich auf Fragebogen, die an alle deutschen Stadt- und Landgemeinden mit mehr als 6000 Einwohnern versandt wurden. Sie bietet eine gute Gesamtübersicht über die Art der kommunalen Vertiefung von Frauen und über die — verhältnismäßig noch immer geringe — Zahl der in den Kommunen tätigen Frauen. Zunächst werden auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen des Reiches und der Bundesstaaten die Bedingungen beleuchtet, unter denen die Frau zur Mitarbeit in der Gemeinde zugelassen wird. Dann folgt die Darstellung der Erfolge auf den einzelnen Arbeitsgebieten (Armen- und Waisenpflege, Vormundschaft, Schulverwaltung, Wohnungspflege usw.) mit einer tabellarischen Uebersicht. Zum Schluß wird die Mitarbeit der Frau im europäischen Ausland skizziert. In der „Einführung“ vermischen wir einen Hinweis auf den Anteil der einzelnen politischen Parteien an den Fortschritten auf dem behandelten Gebiete; die Sozialdemokratie hätte dabei an erster Stelle als Förderin der Mitarbeit von Frauen in der Gemeinde genannt werden müssen.

Bunte Mappe.

Im Kampfe mit dem Branntweinsteufler. 188 russische Bäuerinnen — Mutter und Frauen im Dorfe Raissit (Gouvernement Smolensk) haben der Gouvernementsverwaltung eine Petition eingereicht, in welcher sie die Notwendigkeit der sofortigen Schließung des Dorftraktiers folgenderweise begründen: Das letzte Brot, das letzte Pfund wird vertrunken. Durch die ständige Trunkenheit ihrer Väter sind viele Familien derartig verarmt, daß die kleinen Kinder verhungert und halbnaht dastehen. In der Nacht steht man viele Hausväter zum Traktier allerlei Hausvorräte schleppen; der eine ein paar Kub Roggen, der andere mehrere Bündel Heu, ein dritter ein Stück Leinwand, das er seiner Familie gestohlen... Werden die unglücklichen Frauen Erfolg haben? Gewiß nicht! Denn im Branntweinmonopol liegt die mächtige Einnahmequelle der russischen Regierung, die unaufhörlich im Steigen begriffen ist. Diese unerlöschliche Goldquelle läßt sich die Regierung, die das Branntweinmonopol besitzt, nicht schmälern.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 11. Dez. 1913.
Anfang 6 Uhr.
Clubs Palast am Zoo. Varietés.
Nachtspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Clubs Rollendorf-Theater. Varietés.
Nachtspiele.
Anfang 7 Uhr.
Egl. Opernhaus. Tristan und
 Isolde.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Egl. Schauspielhaus. Graf Ehren-
 fried.
Deutsches. Camlet.
Deutsches Künstler-Theater.
 Schirin und Gertraude.
Peer Gynt.
Richard Busch. Galanvorstellung.
Sirkus Schumann. Galanvorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Arionis. Mit dem Imperator nach
 Ken Jock.
Kammerstücke. Androklus und der
 Löwe.
Königgrätzer Straße. Die Kron-
 braut.
Theater am Rollendorfplatz. Der
 Witscho.
Theater des Westens. Polenblut.
 Berliner. Wie einst im Mai.
Deutsches Opernhaus. Die Nidin.
Deutsches Schauspielhaus. Die
 heitere Residenz.
Thalia. Die Langopringel.
Romödienhaus. Hinter Mauern.
Montis Operetten. Die ideale
 Gattin.
Schiller O. Hasemanns Töchter.
Schiller Charlottenburg. Die
 Jungfrau von Orléans.
Residenz. Hoheit — der Franz.
Wiese. Berlin wie es weint und lacht.
Metropol. Die Reise um die Welt
 in 40 Tagen.
Kassus. Ferdinand der Jugend-
 hafte.
Kleines. Die Sippe.
Luftspielhaus. Die handliche Fliege.
Trionon. Seine Geliebte.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
 Die Kinokönigin.
Herrnfeld. Was sagen Sie zu
 Leibsch?
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säng.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Paisen. Kasernenluft.
Folies Caprice. Der Kuckuck.
Handverschwinder.
Die Samuels.
Admiralspalast.
Eis-Arena. — Allabendlich
 das neue mit durchschlagendem
 Erfolg aufgeführte Eisballett.
Die lustige Puppe.
 Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
 halbe Kassenpreise.
Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
 Täglich 8 1/2 Uhr: Kasernenluft.
 Schauspiel in 4 Akten von Stein
 und Böngen.

Deutsches Schauspielhaus
 8 Uhr: Die heitere Residenz.
Residenz-Theater
 8 Uhr: Hoheit — der Franz!
 Unfassliche Proteste in 3 Akten von
 Arthur Landberger und Emil Wolff.
 Musik von Robert Winterberg.
 Wabenbl. 8 Uhr: Hoheit — der Franz!

ROSE-THEATER
 Große Anhalterstr. 132.
 Abends 8 1/2 Uhr:
**Rerila wie es weint
 und lacht.**
 Freitag: Der Weinbau.
 Sonnabend 4 Uhr: Prinzessin
 Edeltraut.

Passage-Panoptikum
**50 wilde
 Kongoweiber**
 Männer und Kinder
 in einem eigens auf-
 gebauten Kongodorf.
Der Froschschluck.
 Die gr. Kino-Variété-Vorstellung
 von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Metropol-Theater.
 Abends prägnante 7 Uhr 55:
**Die Reise um die Erde
 in 40 Tagen.**

Casino-Theater
 Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.
 Das glänzende Dezember-Fest-Pragr.
 Galaballet der Amerikanischen Revue
 „Am Bulldog-Tingel-Tangel.“
 Dagn seit Oktober total ausverkauft!
Ferdinand der Jugendhafte.
 Sonntag 4 Uhr: Der Deuzisiant.

Freie Volksbühne

Für die nächsten Vorstellungen gelangt zur Aufführung im
Leo Tolstol:
Deutschen Theater Der lebende Leichnam
Artur Schnitzer:
Lessing-Theater Professor Bernhadi
Otto Nicolai:
Deutsches Opernhaus Die lustigen Weiber v. Windsor
Gerhart Hauptmann:
Künstler-Theater Der Biberpelz
Octave Mirabeau:
Schiller-Theater Ost Geschäft ist Geschäft
Karl Rössler:
Herrnfeld-Theater Hinterm Zaun
Gerhart Hauptmann:
Neues Volks-Theater Michael Kramer
Jacques Offenbach:
Theater am Nollendorfplatz Orpheus in der Unterwelt
 für sämtliche
Nachmittags- und gemischte Abteilungen.
 Der Spielplan der Abend-Abteilungen bringt zunächst im
Neuen Volks-Theater:
 Beer Hoffmann Graf Charolais
 Breunert Der Kaiserjäger
 Hauptmann Michael Kramer
Extra-Vorstellung
 im Herrnfeld-Theater
 Freitag, den 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag),
 3 Uhr nachmittags:
Hinterm Zaun. Komödie in 3 Akten
 von Karl Rössler.
 Eintrittskarten a 1,10 M. für Nichtmitglieder 25 Pf. Nach-
 zahlung, in allen Zahlstellen.
Extra-Vorstellungen
 am 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag)
Deutsches Opernhaus: Zar und Zimmermann.
**Lessing-Theater: Und das Licht scheint in
 der Finsternis**
Berliner Theater: Große Rosinen.
Schiller-Theater Charlottenbg.: Götz von Berlichingen
Neues Volks-Theater: Die Siebzehnjährigen
 Eintrittskarten a 1,10. Nichtmitglieder 25 Pf. Nachzahlung,
 in folgenden Zahlstellen:
 N. Zigarengeschäft Beyer, Veteranenstr. 11
 SO. Horsch, Engelufer 15
 O. Dunst, Cadiner Str. 15
 S. Schulz, Admiralstr. 40a
 NW. Restaurant Gabel, Pustistr. 10
 C. Kaufhaus Fr. Hahn, Alexanderplatz
Charlottenburg: Schmidt, Wilmsdorfer Str. 130
Neukölln: Conrad, Hermannstr. 50.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
 8 Uhr:
**Mit dem „Imperator“
 nach New York.**
WINTERGARTEN
 Neues Programm!
Rita Sacchetto
 Serene Nord | Robert Steidl
 O. Venus im Bade | und die von Publikum und
 Presse
**glänzend beurteilten
 Dezember-Attraktionen!**
 Rauchen gestattet!

**Apollo
 Theater**
 Friedrichstraße 218
Vornehmstes Varieté
Costantino Bernardi
4 Schwestern Romanos
Salerno, Athos u. Read
 und ein weiteres großes Pro-
 gramm der
besten Variétékünstler.
 Rauchen überall gestattet.
 Beginn 8 Uhr.
 Ab 7 1/2 Uhr: KONZERT.

Folies Caprice.
 Der Kuckuck.
 Anfang 8 1/2 Uhr: **Handverschwinder.**
Die Samuels.
Admiralspalast.
Eis-Arena. — Allabendlich
 das neue mit durchschlagendem
 Erfolg aufgeführte Eisballett.
Die lustige Puppe.
 Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
 halbe Kassenpreise.
Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
 Täglich 8 1/2 Uhr: Kasernenluft.
 Schauspiel in 4 Akten von Stein
 und Böngen.

Friedr.-Wilhelmstädt. Theater.
Die Kino-Königin.
 Raffenerstr. 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
 Sonnabend, den 13. 12., 4 Uhr:
Dornröschen.
 Sonntag, den 14. 12., 3 Uhr:
Maria Stuart.
 Kleine Preise.

Die CINES Theater

Palast am Zoo
 Täglich Anfang 6 Uhr.
 Sonntags 3 Uhr: Matinee.
 Komplettes Programm grosser
Variété-Akte
 sowie unsere
 renommierten Lichtspiele
 Preise von 65 Pfennig an.
Nollendorf-Theater
Cleopatra
 Die Herrin des Nils
 Das Filmwunder der Welt
 S. M. dem Deutschen Kaiser
 vorgeführt und mit großem
 Beifall aufgenommen.
 Wochentags Anf. 6 1/2, u. 9 Uhr
 Sonntags 4, 6 1/2, und 9 Uhr
Jugend-Vorstellung
 Sonnabend 4 Uhr
 zu halben Preisen.

Berliner Prater-Theater
 Kollaniensallee 7-9.
 Donnerstag, den 11. Dezember 1913:
Galspiel des Boigt-Theaters:
Die Waife
 aus Loowood.
 Schauspiel in 4 Akten v. Wich-Weißer
 Staffenerdichtung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Concordia-Festsäle
 64 Andreasstrasse 64
 Jeden Donnerstag u. Sonntag:
Solree der Hoffmann-Sänger
 Anfang 8 Uhr.
 Nach der Solree: **Frei-Tanz.**
 Vorsugkart. haben Gültigkeit

Berliner Uk-Tric
 Adr. Neukölln Lahnstr. 74L
Wahalla-Theater.
 8 1/2 Uhr: Zum ersten Mal:
Wolkenbummer.
 Bolle in 3 Akten von Herm. Stein.

Schiller-Theater O.
 (Wallner-Theater).
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Heimg'funden.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.

Schiller-Theater
 Charlottenburg.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Jungfrau von Orléans.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Theater des Westens.
 8 Uhr: Polenblut.
 Mittwoch u. Sonnabendnachm. 4 Uhr:
 Das tapfere Schneiderlein.
 Sonnt. Am. 3 1/2, U.: Der liebe Augustin.

Theater in der Königgrätzer Straße
 8 Uhr:
Die Kronbraut.
Komödienhaus.
 8 Uhr: **Hinter Mauern.**
Berliner Theater.
 8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Theater am Nollendorfplatz 5.
 Wabenbl. 8 Uhr:
Mikado.
Lessing-Theater.
 7 1/2, 11 Uhr: **Peer Gynt.**
 Von Wjen. Musik von Grieg.

Reichshallen-Theater
 Stettiner Säng.
 Zichenbeens
 Künstleragentur
 und des Weihnachts-
 Christmarkt.
 Sonntag nachm.
 3 Uhr zu ermög.
 Preisen: Der
 Kompagnieball
 und Christmarkt.
 Ballon 75 Pf.
 Entree 39 Pf.



Union-Palast. Kur-
 fürstendamm 25. **Baya-
 ria-Haus.** Friedrich-
 Ecke Taubenstr. Unter
 den Linden 21. Moritz-
 platz, Hasenheide, Wein-
 borgweg 16-17, Rein-
 nickendorfer Straße 14.

In unseren Theatern
 bewundern täglich über
6000
 Personen
**ASTA
 NIELSEN**
 in der Hauptrolle
 des mimischen Schauspiels
„Die Film-Primadonna“
 von
**URBAN
 GAD**
 Schöneberg, Hauptstr. 49

Protea
 Phantastisches Schauspiel
 in 4 Akten.
 In allen
 U. T.-Lichtspielen:
**TANGO-
 FIEBER**

**Zirkus
 Alb. Schumann.**
 Heute Donnerstag, 11. Dez.,
 abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Elite-Vorstellung.
 U. a.: Miß Mariettas
5 dress. Seelöwen zu Pferde!
 Neu! Alice Collin Neu!
 die phänomenale Greolin
 mit ihren Partnern.
 Mr. Ganjas Hunde-, Affen- und
 Katzen-Dressur-Akt.
 Neu! The 3 Arleys Neu!
 Orig.-Parche-Balance-Akrob.
 und weitere 10 neue Attrakt.
 Um 9 1/2 Uhr:
Tango vor Gericht!
 Pantomimische Burleske
 in 3 Akten mit Gesang u. Tanz

Zirkus Busch.
 Heute Donnerstag, 11. Dezember,
 abends 7 1/2 Uhr:
Pompeji
 die große Ausstattungs-Pantomime
 in 5 glänzenden Akten.
**Borber das große
 Spezialitäten-Programm.**
Kapt. Huling
 eine Nordpolgenie im Sirkus Busch.
Mad. Smaragda mit ihren
 dressierten Raben und Tauben.
La Dorando. Jonglier-Akt.
Trionon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.
 Sonntagnachm. 3 Uhr: Die Liebe wacht.

„Clou“ :: Berliner ::
 Konzerthaus
 Mauerstraße 32. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester mit seinem Vokal-
 Quartett.
 Leitung: Komponist Frz. v. Blon.
 Musik: Kaiser-Alexander-Garde-Gren-Regts. Dirig. Kgl. Musikdir. Brase.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
 An allen **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
 Wochentagen: Eintritt.

Brauerei Friedrichshain.
 Donnerstag, den 11. Dezember 1913:
Populäres Konzert
 des
Sängers Chors Vorwärts-Süd-Ost
 Direktion: Otto Kowalski
 und **Blüthner-Orchesters.** Direkt. Bruno
 des Weyersberg.
 Billets im Vorverkauf 30 Pf. an der Kasse 75 Pf.
 bei den Vorwärts-Spediteuren, Zucht, Immanuelkirch-
 straße 12. und Hanisch, Ackerstr. 174.

**MARMOR-
 HAUS**

(An der
 Kaiser-Wilhelm-
 Gedächtnis-Kirche)
**Kurfürsten-
 damm 236.**

Heute, Donnerstag, 11. Dezember:
Grosse Gala-Premiere
 Wieder ein grosser Lacherfolg!
Die weiße Dame
 Lustspiel in 3 Akten
 In der Titelrolle die entzückende
Rita Sacchetto
 Ausserdem der phänomenale neue Spielplan
5, 7, 9 Uhr.

Quittung über Beiträge zum Bebel-Fonds.

Beitrag der Bäder, Berlin 100.— Von den Kollegen der Möbel- fabrik G. Kluge, Warschauer Str. 10.—

Partei-Angelegenheiten.

Bismarcksdorf. Am Freitag, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, spricht in einer öffentlichen Versammlung im „Viktoriagarten“...

Berliner Nachrichten.

Zur Fürsorge für schwachbegabte Kinder

hatte die Stadt Berlin den Gemeindefürsorgeämtern die Nebenklassen be- gegeben, die sich später zu Hilfsschulen auswuchsen.

Der „Erziehungs- und Fürsorgeverein für geistig zurückgebliebene Kinder“, dessen Vorsitzender der Stadtschulrat Fischer ist, bemüht sich, solchen Eltern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Gegen die Maul- und Klauenseuche.

Infolge des Ausbruches der Maul- und Klauenseuche auf dem Wagerwischhof in Friedrichsfelde hat der Berliner Polizeipräsident mit Genehmigung des Landwirtschaftsministers eine Verordnung er- lassen...

Zinserhöhung der Niederbarnimer Kreisparlasse.

Auch die Sparkasse des Kreises Niederbarnim wird ihren Zinssfuß erhöhen. Der Niederbarnimer Kreisaußschuß hat gestern beschlossen...

Die Fahne des Laubenzöulisten.

An einem Wochentage war's, nachts und neblig, als ich als Arbeiterlofer durch die Laubenzöulie ging. Ist es dasselbe Stückchen Erde, wo es noch vor wenigen Wochen so lustig hämmerte und nagelte...

Gut bezahlte Ehrenämter.

In den Berliner Handwerkerkreisen ist neuerdings häufig gegen die Wirtschaft in den Vorständen der Innungen protestiert worden. Es wurde vielfach darauf hingewiesen, daß Mitglieder der Vorstände zu hohe Vergütungen für ihre Tätigkeit...

Ueberrfahren und getötet.

Ein tödlicher Strohmannfall ereignete sich gestern vormittag Unter den Linden. Als der Schuhmachermeister Rudolf Obeling aus der Linienstr. 101 an der Ecke der Wilhelmstraße den Fahrdamm überschreiten wollte...

Achtet auf die Wohnungen!

Die Geschäfts- und Wohnungseinbrüche häufen sich auch diesmal wieder stark vor dem Weihnachtsfest. In den letzten Nächten waren Einbrecher an mehreren Stellen an der „Arbeit“.

handlung von Georg R. Schäfer in der Rogstr. 19/20 heimstücht, für über 6000 M. Seidenstoffe in die Hände. Die Einbrecher sind wahrscheinlich vom Wasser, Friedrichsgracht, her eingedrungen...

Zwei Kinder vom Erststungstode gerettet.

In der Nacht zu Mittwoch wurde die Feuerweh nach der Kochstraße 31 gerufen, wo auf einem Hängeboden im Hochparterre ein Feuer ausgebrochen war. Die Feuerwehrmannschaften flogen durch ein Fenster in die Wohnung ein und stellten sich heraus...

Der Baumarkefonds der Neuen Freien Volksbühne.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die Neue Freie Volksbühne gab zu Anfang ihres Spiel- jahres 1913/14 ein Werbeblatt und Programm heraus, worin auf Seite 6 das neue Volksstankhaus Erwähnung findet...

Röntgenuntersuchungen sind, wie bekannt, nicht billig. Einem Krankenpatienten, der auf Kosten der Waidruher-Ortskrankenkasse in der Universitätsklinik (Ziegelstraße) behandelt wurde, hat so eine Untersuchung mit Röntgenstrahlen eine sehr unangenehme Überraschung bereitet.

Im D-Zug bestohlen. Von einem internationalen Eisenbahnlieb bestohlen worden ist auf der Fahrt mit einem D-Zug von Basel nach Berlin eine alleinreisende Dame. Der Langfinger erbeutete nicht

nur 1000 Lire in Banknoten, sondern auch noch zwei Ringe, die ebenfalls zusammen einen Wert von etwa 1000 M. haben. Der eine ist traubenförmig und mit einem blauen Saphir und zwei Brillanten besetzt. Der andere trägt einen Smaragd und mehrere Brillanten. Beide Ringe sind aus Gold gefertigt. Wo sie der Dame gestohlen worden sind, kann diese nicht sagen. Sie entdeckte den Verlust erst kurz vor ihrer Ankunft.

Das Berliner Aquarium ist nicht nur reich an großen und auffallenden Schaustücken, sondern es legt auch Wert darauf, die Besucher mit wissenschaftlich wertvollen Tieren bekannt zu machen. So finden wir jetzt in einem größeren Aquarium des zweiten Stockwerks zwei südamerikanische Molchfische. Diese nur selten lebend nach Europa kommenden Tiere haben eine ansehnliche Gestalt, sind jedoch mit größeren Schuppen bedeckt und weisen vier eigentümliche arm- und beinähnliche Anhänge auf. Das merkwürdigste an ihnen ist, daß sie nicht wie die übrigen Fische durch Kiemen, sondern durch Lungen atmen. Sie entnehmen mit Hilfe ihrer Nase Luft über dem Wasserspiegel auf und versetzen sogar über eine Stimme. Mit ihnen beiden in Afrika und Australien lebenden Verwandten teilen sie die Eigenschaft, daß sie sich beim Austrocknen der Gewässer im Schlamm einspinnen können.

Vorort-Nachrichten.

Sichtenberg.

Die Heke der großen bürgerlichen Fraktion gegen die Stadtverordneten der Mittelstandsgruppe, die es gewagt haben, den sozialdemokratischen Stadtratskandidaten ihre Stimme zu geben, nimmt ihren Fortgang. Nicht allein, daß die bürgerliche Vereinigung sich in Zukunft streng absondern will von den mittelständlerischen Vertretern, soll auch gegen die den letzteren angehörenden Beamten disziplinarisch vorgegangen werden. Das Ortsblattchen schreibt hierüber folgendes:

Die reinliche Scheidung zwischen der bürgerlichen Vereinigung und der Mittelstandsgruppe in der Stadtverordneten-Versammlung ist bereits vollzogen worden. In einer gestern abend im Rathaus abgehaltenen Fraktionsitzung der bürgerlichen Vereinigung ist beschlossen worden, an den Herrn Stadtv. Nigte als Führer der Mittelstandsgruppe die schriftliche Mitteilung gelangen zu lassen, daß die Mitglieder der Gruppe nicht mehr zu den Fraktionsitzungen der bürgerlichen Vereinigung eingeladen werden sollen. — Außerdem erfahren wir von gut unterrichteter Seite, daß gegen die der Mittelstandsgruppe angehörenden Beamten wegen ihrer Abstimmung bei den Stadtverordnetenwahlen das Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist.

Weil also einzelne bürgerliche Beamtenvertreter, einem gewissen Gefühl der Geringschätzung folgend, den Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben, deshalb soll gegen sie ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden und zwar auf Grund einer hinterhältigen Denunziation einer Vertretergruppe, die ihre Aufgabe nur in der Wahrnehmung ihrer persönlichen Interessen erblickt. Schon diese dreifache Prozedur müßte die Vertreter der Mittelstandsgruppe mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Die vom Bildungsausschuß arrangierte Ausstellung von Schriften, Wandtafeln und Beschäftigungsspielen, wird heute Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, im Jugendheim, Poststr. 22 parterre, eröffnet. Die Ausstellung läuft bis einschließlich Donnerstag, den 18. Dezember, und ist täglich von nachmittags 4 Uhr bis abends 9 Uhr geöffnet. Sonntag, den 14. Dezember, von 1—9 Uhr.

Es wird jedermann empfohlen, die Ausstellung zu besichtigen. Der Eintritt ist für Kinder und Erwachsene frei.

Röpenitz.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die zum Dienstag abend nach dem Stadttheater einberufene Volksversammlung, in welcher „Die Sabelkiste des preussischen Militarismus“ auf der Tagesordnung stand. Saal und Galerien waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Referent des Abends, Genosse Hermann Müller (Parteiorganisator), verstand es in ausgezeichneter Weise, die unhaltbaren Zustände Preußen-Deutschlands, wie sich solche im Anschluß an die Zaberner Vorlesungen so recht im wahren Lichte gezeigt haben, zu zeichnen. Der reiche Beifall während und nach dem Vortrage bewies, daß der Referent den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte; er legte aber auch Zeugnis dafür ab, wie tief die Empörung über die skandalösen Vorgänge, die sich in den letzten Tagen in Zabern und im Reichstage abgepielt haben, in die Massen des Volkes gedrungen ist. Die in den Versammlungen am Sonntag angenommene Resolution gelangte auch hier zur einstimmigen Annahme. Der Antrag einer Festsitzung wurde dem Fonds zur Weihnachtsfeier der Arbeitslosen überwiesen. Eingeleitet und geschlossen wurde die imposante Versammlung durch Gesang des Röpenitzer Männerchors.

Schöneberg.

Der nächste Volksunterhaltungsabend der Stadt Schöneberg findet am Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 5 Uhr, in der Aulafelzger Straße 49—52 statt. Dieser Abend ist dem Opernkomponisten Verdi gewidmet. Als Mitwirkende haben zugezogen: die Opernsängerin Frau Elsa Remond und Fräulein Margarete Weyfel, sowie die Opernsänger Ludwig Fränkel und Willy Werfel. — Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf. Eintrittskarten sind in der Zeitungsspedition Martin-Lutherstr. 60 und im Laden der Konjunktionsgesellschaft, Apostel-Paulusstr. 40, zu haben.

Charlottenburg.

Gewerbegerichtswahlen in Charlottenburg. Die Wahlperiode der jetzigen Beisitzer des Gewerbegerichts läuft am 31. März 1914 ab. Es haben daher im Januar 1914 Neuwahlen stattzufinden. Nach Artikel 11 des Ortsstatuts betreffend das Gewerbegericht zu Charlottenburg hat das Gewerbegericht zu bestimmen, wieviele Beisitzer jeder Gattung in jedem Wahlbezirk zu wählen sind. In der von dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Magistratsrat Dr. Landsberger, auf Freitag, den 5. Dezember 1913, abends 8 Uhr, in dem neuen Sitzungssaal des Gewerbegerichts anderweitig einberufenen Sitzung wurde beschlossen, daß von dem für die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1916 zu wählenden 18 Arbeitgeber- und 18 Arbeitnehmerbeisitzern im 1. und 2. Wahlbezirk je 2 Arbeitgeber und je 2 Arbeitnehmer, im 3. Wahlbezirk 3 Arbeitgeber und 4 Arbeitnehmer, im 4. Wahlbezirk je 2 Arbeitgeber und Arbeitnehmer, im 5. Wahlbezirk 3 Arbeitgeber und 3 Arbeitnehmer, im 6. Wahlbezirk 3 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer, im 7. Wahlbezirk je 2 Arbeitgeber und Arbeitnehmer und im 8. Wahlbezirk 2 Arbeitgeber und 1 Arbeitnehmer zu wählen sind.

Stadtratswahl. Der Ausschuß zur Wahl eines Stadtrats hat seine Beratungen beendet und schlägt der Stadtverordnetenversammlung vor: Magistratsrat Dr. Brühl-Berlin, Magistratsrat Dr. Gordan-Berlin, Landesrat Augustin-Wiesbaden.

Friedrichsfelde-Neu-Sichtenberg.

In einer gut besuchten Protestversammlung beleuchtete Genosse H. O. in trefflichen Worten die ganze Lächerlichkeit, aber auch den Ernst der Zaberner Affäre. Die vorliegende Resolution wurde einstimmig angenommen. Genosse Schwant wies dann auf die Veranstaltung des Jugendklubs hin, über die wir weiter unten einiges Nähere ausführten. Zum Schluß der Versammlung wurde eine besondere Festsitzung zum 7. Dezember an die Arbeitslosen veranstaltet, die ein recht erfreuliches Ergebnis hatte.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neuföhn. Für den

Friedrichsfelde.

Arbeiterkellern, hast acht! Am Sonnabend, den 13. Dezember, wird der „Jugendklub ehemaliger Schüler der L. Volksschule“ im „Schloßrestaurant“, das der Arbeiterschaft verweigert wird, seinen ersten Familienabend abhalten. Protektor des Klubs ist Nestor Maas. Ueber den Charakter dieses Klubs waltet bei den Arbeiterkellern kein Zweifel ob. Wenn trotzdem Volksschülern von zu Hause Erlaubnis gegeben wurde, an dieser Veranstaltung mitzuwirken, so ist wohl anzunehmen, daß die Eltern glauben, es handle sich wie in früheren Jahren um sogenannte Elternabende. Die Beteiligung an solchen wurde den Kindern ja meist wohl gestattet, weil man der Meinung war, den Kindern selbst damit eine Freude zu bereiten. Darüber, daß es sich in diesem Jahre um keinen Elternabend der Schule, sondern um einen solchen des Klubs handelt, sind die Volksschüler aneinander bis in die letzten Tage im Unklaren gelassen worden. Nur infolge dieser Unklarheit haben wohl viele Eltern, wenn auch mit Mißmut, über die häufigen, fast an jedem Nachmittage stattfindenden Proben hinweggesehen; denn gerade dadurch wurden die Schularbeiten arg beeinträchtigt, so daß dieselben oft erst in den letzten Abendstunden von den ermüdeten, abgepaunten Schülern fertiggestellt werden konnten. Nach alledem dürfte wohl niemand von den Arbeiterkellern weiterhin gewillt sein, die Kinder an der Veranstaltung mitzuwirken zu lassen. Geradezu unverantwortlich wäre es gehandelt, wenn die Eltern durch den Kauf von Programmen den Jugendklub finanziell unterstützen wollten, muß doch die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ohnehin unwillig ansehen, wie dieser alljährlich aus Gemeindegeldern durch Hunderte von Mark alimentiert wird. Deshalb, Arbeiterkellern gestattet Euren Kindern die Mitwirkung nicht und behaltet Euerer Großen für nützlichere Dinge. Vergeßt auch nicht, daß die proletarische Jugendbewegung nicht nur keine Unterstützung ihrer durchaus einwandfreien Bestrebungen erhält, sondern sogar in jeder denkbaren Art und Weise schikanieren wird.

Zoffen.

Die am Montag stattgefundene Stadtverordnetenwahl der dritten Abteilung hat noch kein endgültiges Resultat gebracht, so daß noch Stichwahl stattfinden muß. An derselben ist auch unser Kandidat, Genosse Sauppe beteiligt.

In einer von über 300 Personen besuchten Protestversammlung gegen die Militärkassette in Elisabeth-Losungen sprach am Montag abend Genosse E. Unger-Berlin. Eine im Sinne des Referats eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme. An der Versammlung nahmen auch einige Anhänger des Bürgertums teil.

Adlershof.

Die Liste zur Eintragung der Arbeitslosen liegt noch bis Sonnabend, den 13. Dezember, in der Verkaufshalle der Konjunktionsgesellschaft, Bismarckstr. 31, von 8—12 und 3—6 Uhr aus. Um die Arbeitslosigkeit am Orte genau feststellen zu können, wird gebeten, diesen Zeitpunkt nicht zu veräumen.

Um die mangelhafte Bedienung im Fernsprechnetz zu beseitigen, soll einem Beschluß der Gemeindevertretung zufolge nicht, wie es im gestrigen Bericht heißt, an die Polizeidirektion, sondern an die Postdirektion eine Beschwerde gerichtet werden.

Eine Kirchenausschrittsversammlung, einberufen vom Komitee „Konfessionslos“, findet heute Donnerstagabend im Lokal des Herrn Lehmann, Bismarckstr. 2, statt. Der Referent, Genosse Ernst Reuter-Dalence, wird über das Thema „Der Massenstreik gegen die Staatskirche“ sprechen. Auch in Adlershof zeigt das kirchliche Leben deutlich, wie überflüssig die Kirche für das Volk geworden ist. Nach einer vorgenommenen Zählung waren am letzten Sonntag 75 Personen in der Kirche, darunter 31 Frauen und 22 Kinder. Als diese Kirche vor etwa 12 Jahren gebaut wurde, gab die politische Gemeinde dazu von Geldern der Allgemeinheit ein Geschenk von 20 000 M.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurden einige Etatsüberrechnungen bewilligt. Bei der Abrechnung der Gemeindebadanstalt hatte sich die Deputation in mehreren Sitzungen zu beschäftigen, da einzelne Arbeiten mit dem Voranschlag nicht übereinstimmten. Nachdem diese Mängel beseitigt sind, wurde die Abrechnung auf Vorschlag der Deputation genehmigt. Der Wächter der Seeterrasse hatte an die Gemeindevertretung den Antrag gestellt, den Pachtvertrag erst vom 1. April 1913 in Wirksamkeit treten zu lassen, er sei nicht in der Lage gewesen, den Betrieb schon im Jahre 1912 zu eröffnen, da die Gemeinde mit ihren Arbeiten so weit im Rückstand war. Der Gemeindevorstand schlug vor, die Pacht für das erste Jahr nicht zu erheben, aber an dem alten Vertrag keine Änderungen vorzunehmen. Nach längerer Diskussion, in der u. a. darauf hingewiesen wurde, daß die Vertretung schon in einer früheren Sitzung die Pacht für das erste Jahr um die Hälfte herabgesetzt hat, wurde der Antrag des Gemeindevorstandes mit 9 gegen 5 Stimmen angenommen. Zum Bericht des Schuljahrarztes wurde mitgeteilt, daß von 1755 Gemeindegliedern nur 130 gesunde Zähne hätten. Da gegen den Schuljahrarzt verschiedene Beschwerden vorgebracht wurden, stellte der Vertreter Hoppe den Antrag, hierfür eine besondere Kommission zu wählen. Bürgermeister Dr. Stiller beauftragte diesen Antrag, da die Schuldeputation hierfür zuständig sei. Genosse Larnow eruchte, weil von unserer Seite niemand zur Schuldeputation zugelassen wird, die Angelegenheit der Gesundheitskommission zu überweisen. Nachdem Herr Hoppe seinen Antrag zurückgezogen hatte, wurde unser Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. — In der geheimen Sitzung wurde Regierungsbaumeister Arnold als Gemeindebaumeister mit einem Anfangsgehalt von 5000 M. gewählt.

Spandau.

Eine von 2500 Personen besuchte Protestversammlung gegen das Sabelregiment in Zabern fand Dienstagabend in der Brauerei Fichelsdorf statt. Der fremde Regen hielt die Spandauer Arbeiterschaft nicht ab, in dichten Scharen aufs Dorf zur Versammlung zu wandern, da hier die großen Säle inmitten der Stadt der Partei immer noch verweigert werden. Reichstagsabgeordneter Genosse Liebknecht, der bei seinem Erscheinen lebhaft begrüßt wurde, sprach über das Thema: „Die militärische Willkürherrschaft in Zabern und der Deutsche Reichstag“. Nach eingehender Schilderung der skandalösen Vorgänge in Zabern hielt Redner scharfe Abrechnung mit den bürgerlichen Parteien, die schon am ersten Tage der Etatsdebatte vollständig versagt haben und den Kampf gegen die Regierung allein unserer Partei überlassen. Da auf den Reichstag kein Verlaß mehr sei, so müsse sich das gesamte Proletariat um unsere Partei scharen, um den Kampf für die Verfassungsänderung siegreich durchzuführen zu können. Genosse Liebknecht schloß sein mit hürmischem Beifall aufgenommenes Referat mit der Aufforderung: Auf zur Arbeit, zum Kampf gegen die bürgerlichen Parteien, zum Kampf gegen den Militarismus, zum Kampf gegen das persönliche Regiment! Nach Annahme der bekannten Resolution und einem kernigen Schlußwort schloß Genosse Zahnke die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Durch einen Sturz von der Bahnhofstreppe ist vorgestern ein Reisender schwer verunglückt. Nachmittags wollte derselbe vom Spandauer Hauptbahnhof aus nach Berlin fahren. Als der Reisende schnell die Treppe zu dem nach den Bahnsteigen führenden Tunnel hinabstieg, glitt er aus und kam so unglücklich zu Fall, daß er sich nicht mehr erheben konnte. Der hinzugerufene Bahnarzt stellte eine Verletzung des Rückgrats und aneinander auch innere Verletzungen fest und veranlaßte die Aufnahme des Verunglückten in das Spandauer Krankenhaus.

Die Stadtverordneten-Ergebniswahl für den 1. Bezirk (Altstadt) der 3. Abteilung, die durch das Ableben des Stadtv. Schab erforderlich

Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts

lich geworden ist, ist jetzt vom Magistrat auf Montag, den 20. Dezember, vormittags von 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 8 1/2 Uhr, im „Militärklub Kasino“, Ritterstr. 12, festgelegt worden. Jeder Wähler erhält zum Zwecke einer schriftlichen Einladung. Wer keine schriftliche Einladung erhält, kann sich auch durch seinen Steuerzettel ausweisen.

Der Bescheid des „Roten Adlers“ wird jetzt von den Gewerkschaften energischer in die Hand genommen, da festgestellt worden ist, daß Sonntags immer noch eine Anzahl organisierter Arbeiter aus Unkenntnis das Stadttheater besuchen. Die Arbeiterschaft soll insbesondere darauf hingewiesen werden, daß nicht nur die Veranstaltungen des Interpächters Leichter, sondern auch die Theateraufführungen des Generalpächters Passig streng zu meiden sind. — Die Verhandlungen zwecks Freigabe der Säle für alle Parteien, die zwischen den Saalbesitzern und den Militärbehörden schweben, sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Bei einer längeren Konferenz, die die Saalbesitzer mit dem Stadtkommandanten kürzlich hatten, verhielt sich letzterer zur Freigabe der Säle zu allen Versammlungen, die eine zwingende Notwendigkeit ist, nicht direkt ablehnend. Ein bestimmtes Versprechen ohne Zustimmung des Kriegsministers, daß die Saalbesitzer mit einem Militärbesuch nicht zu rechnen haben, wenn sie ihre Säle zu sozialdemokratischen Versammlungen hergeben, konnte jedoch der Stadtkommandant nicht abgeben. Den endgültigen Bescheid des Kriegsministeriums sollen die Saalbesitzer in diesen Tagen erhalten.

Potsdam.

Wie die Kollage der Arbeitslosen ausgebaut wird. Bei der Röhrenlegung vom Schloßhof nach Tempeln, einer Arbeit, die seitens der Stadt einer auswärtigen Firma übertragen wurde, wurden vor einigen Wochen die Potsdamer vereinigten Arbeiter entlassen und durch billigere auswärtige Arbeitskräfte ersetzt. Bei der hier herrschenden Arbeitsnot erregte das natürlich das Mißfallen der Potsdamer Arbeiterschaft und eine hier kürzlich abgehaltene Arbeitslosenversammlung beauftragte die Leitung der Versammlung, an die Stadtverordneten und den Magistrat die Bitte zu richten, bei der Vergütung von Arbeiten darauf zu achten, daß die tariflichen Löhne gewahrt werden und daß in den Zeiten der Arbeitsnot möglichst Potsdamer Arbeiter beschäftigt werden. Die Arbeiterschaft rechnete umiomehr auf Entgegenkommen, als gerade die Potsdamer Stadtverordneten peinlich darauf achten, daß kein Stille Arbeit aus Potsdam herauskommt, damit die hiesigen Gewerbetreibenden nicht zu kurz kommen, und damit das Geld in Potsdam bleibt. Da die Arbeiter genau wie die Gewerbetreibenden zu den Gemeindefiscalen herangezogen werden, glauben sie natürlich auch den gleichen Anspruch wie jene erheben zu können. Der Magistrat hat jetzt auch für Abhilfe bei der Röhrenlegung gesorgt. Er hat nämlich dem betreffenden Unternehmer einen Teil der Arbeitslosen, die sich um Notstandsarbeiten beworben haben, zugewandt, welche jetzt neben den auswärtigen Arbeitern, die 40 Pf. Stundenlohn erhalten und zum Teil auch in Akkord arbeiten, 2,50 Mark Lohn bekommen. Dies ist nämlich der für Notstandsarbeiter festgesetzte Hungerlohn in der Residenzstadt Potsdam. Dieses Verhalten des Magistrats muß den schärfsten Protest herausfordern. Es handelt sich nämlich bei der Röhrenlegung nicht um eine Notstandsarbeit, sondern um eine Arbeit, die schon früher, als von Notstandsarbeiten noch gar nicht geredet wurde, vergeben war. Während die auswärtigen Arbeiter früher von den entlassenen Potsdamer Arbeitern als Lohnbrüder bezeichnet wurden, bekommen jetzt die Potsdamer Notstandsarbeiter von jenen diese und noch andere Worte zu hören. Ob man sich wirklich nicht schämt, den Potsdamer Steuerzahlern so etwas zu bieten. Kann es einen größeren Hohn für die armen Arbeitslosen geben, als daß sie dieselbe Arbeit, die den auswärtigen Arbeitern mit 40 Pf. pro Stunde entschädigt wird, für 27 Pf. leisten müssen.

Eine Protestversammlung gegen die Sabelkiste fand am Dienstagabend im „Friedrichsgarten“ statt. Der große, geräumige Saal war überfüllt. Den beifällig aufgenommenen Ausführungen des Genossen Weirotes folgte die Annahme einer Resolution, die sich gegen die Sabelkiste richtete.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Bliesdorf (Nordbahn). Heute Donnerstag, abends 7 Uhr, im Gemeindebureau, Hauptstr. 18.

Kaulsdorf. Heute Donnerstag, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Vermählungsgedäudes, Adolfsstr. 35.

Weihenker. Freitag, den 12. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Albersenstr. 6. Tagesordnung unter anderem: Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Resten Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97: II. Bildhauerwettbewerb: Dypressionismus und Expressionismus. Referent: Herr Kunstlehrer Robert Brenner. Gäste, Männer und Frauen, willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Für die arbeitende Jugend sind in den nächsten Tagen folgende Veranstaltungen getroffen:

Donnerstag, den 11. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Rosenthalstr. 3: Vortrag des Herrn E. Kagenstein über: Proletarische Dichtung. Anschließend Rezitationen.

Freitag, den 12. Dezember: Mädchenabend. Vortrag: Was bietet das Jugendheim den jugendlichen Arbeiterinnen?

Sonntag, den 14. Dezember: Ausflug nach Caputh und Jersch. Treffpunkt 1/2 Uhr früh Bahnhof Charlottenburg. Fahrgeld 60 Pf.

Abends im Jugendheim: Unterhaltungsabend.

Freitag, den 16. Dezember: Diskussionsabend.

Die Arbeiterkellern werden ersucht, ihre Kinder auf unser Jugendheim aufmerksam zu machen.

Wartreise von Berlin am 9. Dezember 1913. nach Ermittlungen des Ag. Holzlarbüchens. Weis (mitz), gute Sorte 16,80—17,00, mittel 16,00—16,20, geringe 15,00—15,20. Weis (runder), gute Sorte 14,70—15,10, mittlerer 13,00, neu 12,50—13,00.

Partiballenpreise. 100 Kilogr. Schlen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00. Seebildchen, weiße 35,00—40,00. Tinten 30,00—35,00. Partiballen (klein) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Kindfleisch, von der Seele 1,50—2,40. Kindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,50—7,20. 1 Kilogramm Rapsen 1,00—2,40. Kase 1,60—3,20. Jander 1,40—3,20. Heide 1,90—2,40. Barfisch 1,00—2,00. Schote 1,60—3,20. Biete 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 2,00—24,00.

Briefkasten der Redaktion.

E. G. 100. Es ist raskam, noch den Kaufpreis zu bezorgen.

H. G. 1. Und nicht bekannt. 2. In der Zeitung dominiert der Freisinn.

H. G. 29. Charis. — H. G. 65. Wollen wir nicht, da wir mit dem Arrangement nichts zu tun haben. — H. G. 99. Wir können Ihnen im

dieser traurigen Angelegenheit leider keinen Rat geben. Berechnen Sie doch einmal mit einem Arzt. — W. H. 23. Intellektuelle wird aus den

Blättern vertrieben Blumen gewonnen und hat mit Verliehen nichts zu tun; wird nun vielen Substantiven beigegeben. Welches davon das beste ist, ist

nicht bekannt. — H. G. 62. Sätten Sie das Ergebnis der ärztlichen

Untersuchung ab. — E. H. 500. Fragen Sie bei den betr. Gesellschaften

an. — H. H. 56. Wir verweisen auf den Artikel in der Nummer vom

Sonntag, den 7. Dezember, unter der Überschrift: „Das nennt man heidnische

Gruppengedanken“. In diesem Artikel ist auch die von Ihnen gestellte

Frage behandelt.

Wetterprognose für Donnerstag, den 11. Dezember 1913. Etwas kühler, zeitweise aufklarend, vorherrschend wolkig mit geringen Niederschlägen und ziemlich starken westlichen Winden. Berliner Wetterbureau. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Etatdebatte im Reichstag.

186. Sitzung. Mittwoch, den 10. Dezember 1913, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kühn, Dr. Delbrück, v. Falkenhayn.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der

Vericht der Wahlprüfungskommission

über die Frage, ob die in die Wählerliste eingetragenen Wähler bei einer Nachwahl zur Ansüßung des Wahlkreises auch dann berechtigt sind, wenn sie inzwischen ihren Wohnsitz verlegt haben.

Die Kommission hat die Frage bejaht.

Abg. Dr. Arendt (Rp.)

Ich halte den Entscheid der Kommission für sehr bedenklich. Das Wahlgesetz bestimmt ausdrücklich, daß derjenige wahlberechtigt ist, der zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz in dem betreffenden Wahlkreis hat. Das legt man jetzt so aus: zur Zeit der Aufstellung der Wählerliste. Das heißt nicht auslegen, das heißt unterlegen. Man beruft sich auf die Praxis bei Stichwahlen. Aber Stichwahl und Hauptwahl bilden eine einheitliche Wahl. Für die Nachwahl kann das auf keinen Fall zutreffen. Hat doch die Kommission auch anerkannt, daß, wer zwischen Wahl und Nachwahl in Kontakt gerät, selbstverständlich nicht wahlberechtigt mehr ist. Ein ebenso bindendes Erfordernis des Gesetzes ist aber der Wohnsitz im Wahlkreis. Das mag man als hart und falsch empfinden, aber es steht im Gesetz. Die Frage ist von so großer Tragweite, daß wir sie hier nicht lösen können. Ich beantrage, diesen Bericht der Kommission an eine eigene Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. v. Veit (L.):

legt dar, daß die Minderheit der Wahlprüfungskommission denselben Standpunkt wie der Abg. Arendt eingenommen habe und stimmt dem Antrag Arendt zu.

Ministerialdirektor Lewald:

Schon in der Wahlprüfungskommission hat der Regierungskommissar erklärt, auch von der Regierung werde der § 7 des Wahlgesetzes dahin ausgelegt, daß bei Nachwahlen nur wahlberechtigt ist, wer im betreffenden Wahlkreis seinen Wohnsitz hat. Ich bin beauftragt, auszusprechen, daß das auch jetzt noch die Meinung des Reichskanzlers ist.

Abg. Dr. Paasche (natl.):

Ein Beschluß des Reichstages, wie er das Wahlgesetz auslegt, hat gar keine Bedeutung; der nächste Reichstag kann ohne weiteres das Gegenteil beschließen. Wir haben ja auch eben gehört, daß der Reichskanzler an seiner entgegengesetzten Auffassung festhält. Was wir auch beschließen, so bleibt doch die Bestimmung des Wahlgesetzes bestehen, daß nur wahlberechtigt ist, wer in die Wählerliste eingetragen ist und seinen Wohnsitz in dem betreffenden Wahlkreis hat.

Damit schließt die Diskussion.

Verichterstatter Abg. Pflüger (B.)

verteidigt den Beschluß der Kommission, bleibt aber auf der Tribüne unverständlich.

Der Antrag Arendt wird abgelehnt, der Antrag der Kommission angenommen.

Die internationale Übereinkunft betr. Masregeln gegen Pest, Cholera und Gelbfieber wird in erster und zweiter Beratung debattelos angenommen.

Es folgt die erste Beratung des von den Abg. Wassermann (natl.), Ebert (Soz.), Erzberger (B.), Gothein (Op.) eingebrachten Nachtrags Etats, der 500 000 M. für die Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in San Francisco fordert.

Abg. Dr. Arendt (Rp.)

äußert Bedenken gegen die Beschickung der Weltausstellung; denn die Weltausstellungen seien in den letzten Jahren immer mehr zu Jahrmärkten und Nummernlägen geworden. Die Zukunft gehöre den Fachausstellungen, nicht den Weltausstellungen.

Auf Antrag Wassermann (natl.) geht der Gesegentwurf an die Budgetkommission.

Es folgt die Fortsetzung der

Beratung des Etats.

(Der Reichskanzler erscheint.)

Abg. Graf v. Westarp (L.)

Bespricht zunächst die Reichsfinanzen, die durch die Reichsfinanzreform von 1909 höchst erheblich gebessert worden seien, was sich auch noch in dem Etat für 1914 zeigt, so z. B. in der Schuldentilgung. Das Anwachsen der festen Schuld verlangsamt sich, die schwabende wird geringer. Mit den gesunden Finanzen verdanken wir, daß wir die Marokko- und Balkankrise so gut überstanden haben und den Bedarf für die Seereserve von 1911, 1912 und 1913 decken können. (Sehr richtig! rechts.) Auf eigene Höhe ist das Reich nicht erst durch die Besteuern gestellt worden, denn das Reich hatte ja schon vorher 600 000 000 M. reichs-eigene Steuern. Wir haben uns der Zuwachsteuerreinigung zwischen den anderen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie nicht angeschlossen, weil das ein Anfang auf dem Wege der Heberpannung des Weitzteuerprinzips und der Einschränkung der Selbstständigkeit der Einzelstaaten ist. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Die sächsische Regierung hatte recht, sich dagegen auszusprechen. (Bravo! rechts.) Was der Wehrbeitrag bringt, ist fraglich. Die Kurse stehen niedrig, die Berechnung kann unrichtig sein, es ist zweifelhaft, ob nicht 200 Millionen des Bedarfs ungedeckt bleiben. Der Wehrbeitrag darf nur ein einmaliger, für diese einmaligen Kosten bestimmter sein, er darf für nichts anderes verwendet und nicht zur dauernden Einrichtung gemacht werden (lebhaftes Zustimmung rechts), denn er schneidet viel zu sehr ein und beschränkt die Selbstständigkeit der Bundesstaaten viel zu sehr. Die Warnung Hertling's vor neuen Rüstungsausgaben würde unseren Wünschen gewiß entsprechen, aber keinesfalls dürfen neue Rüstungen wieder durch einen Wehrbeitrag gedeckt werden. (Bravo! rechts — Ah! links.)

Wir freuen uns der Erhaltung des Friedens, obgleich wir nicht den Frieden um jeden Preis, sondern nur den Frieden wollen, der mit den Interessen und der Ehre des Vaterlandes vereinbar ist. Das war hier der Fall. Mit Befriedigung erfüllt uns die Freundschaft mit Rußland. Eine finanzielle Beteiligung des Reiches gegen den Willen der Regierung und eines großen Teiles der Industrie an der Weltausstellung in San Francisco wünschen wir nicht, anderenfalls aber würden auch wir dafür eintreten. Mit der letzten Schrorlage haben wir nicht über das Ziel geschossen, das hat die Beilage bewiesen. (Bravo! rechts.)

Reber

Zabern

sollten wir beim Etat nicht sprechen, und die Rede des Abg. Scheidemann allein hätte uns davon auch nicht abgebracht. (Sehr gut!)

rechts.) Abg. Scheidemann sagte, daß das ganze Volk hinter dem Reichstagsvotum vom 4. Dezember gestanden hätte; o nein, sehr große und wertvolle Teile des Volkes stehen hinter unserer Auffassung, und darin bestätigt uns, was wir in der öffentlichen Meinung hören und lesen. Ich schäme die Abg. Fehrenbach und van Calker sehr hoch und bedauere, daß sie ein solches Lob aus dem Munde des Abg. Scheidemann erhalten haben. (Weiterkeit rechts.) Der 4. Dezember konnte allerdings dazu Anlaß geben, denn bei den Reden dieser Herren erscholl hier Händeklatschen, es erklangen Hochrufe, kurzum Weitaufbelegungen, die bisher im Reichstage nicht üblich waren. (Sehr wahr! rechts.) Ich habe aber doch Zweifel, ob das hochlobende Feuer der Begeisterung, mit der man im Reichstage dem Tragen Militärdiplome zu Leibe gegangen ist und ihn toteschlagen hat, in derselben Kraft heute und gestern noch lodert. (Weiterkeit rechts, Unruhe links.) Wenn der Abg. Spahn sagte, daß sich das Militär ungezügelt habe zu schuldigen kommen lassen, so überficht er, daß vor und nach der Instruktionssunde vom 28. November eine fortdauernde Reite immer wiederlebender Belästigungen und Beschimpfungen der Offiziere, von Angriffen auf das Militär, von

budenhaften Schmählichkeiten

auf der Straße vorgekommen ist. (Abg. Stadthagen: Nach den militärischen Berichten!) Nein, nach dem, was allgemein bekannt und von seiner Seite ernsthaft bestritten ist, nicht einmal von dem Kreisdirektor in Koblenz selbst. Wir betonen mit aller Entschiedenheit, daß das Militär nicht nur die Berechtigung, sondern die erste Verpflichtung hat, gegen solche Belästigungen einzuschreiten und Beleidigungen der Uniform nicht zu dulden. (Bravo! rechts, große Unruhe links.) Ich berufe mich auf Ibsen, der ausdrücklich die Selbsthilfspflicht des Offiziers anerkennt, da die bewaffnete Macht gefährdet sein muß und jeder sich sagen muß, daß es ebenso gefährlich ist, der Uniform zu nahe zu treten, als den Rädern einer Maschine zu nahe zu kommen. (Weitauf rechts, stürmischer Widerspruch links.)

Wir wissen dem Kriegsminister Dank,

daß er diesem Recht und dieser Pflicht des Militärs, sich gegen Beleidigungen und Beschimpfungen zu schütten, Ausdruck gegeben hat. (Stürmischer Applaus und Weitauf links.) Und wenn Sie mich mit Blut beschimpfen, so ist mir das ganz gleichgültig. (Vizepräsident Paasche erklärt, daß er die Weitauf zur Ordnung rufen würde, wenn er sie lennte. — Abgeordneter Dr. Liebknecht (Soz.): Niederstehen.) Wir erwarten, daß die maßgebenden Stellen sich auch weiterhin den Forderungen einer hehrischen Presse und den Versuchen, das Heer zu demokratisieren, nicht fügen werden, Versuche, zu denen nach der Rede des Abgeordneten Scheidemann auch die Vorgänge vom 4. Dezember gehören, die nichts weiter sind, als ein Glied in der Kette des Bestrebens nach Demokratisierung des Heeres, nach Beugung des Heeres unter die Macht der Straße und der Presse. (Lebhaftes links.) Das Sie mit dem Resolutionssturm des vorigen Frühjahrs angefangen haben, und wollen Sie ja bei der Etatberatung fortfahren wollen. Wir wollen und können nicht glauben, daß die maßgebenden Stellen in dieser Beziehung einen Rückzug antreten, das wäre eine überaus traurige und ernste Erfahrung. Gegenüber der Verlegung der Garnison von Zabern nach den Truppenübungsplätzen legen wir uns aber vollste Zurückhaltung auf, indem wir nicht vergessen, daß dies eine Maßnahme des Oberbefehls ist. (Weiterkeit links.) Kritizieren müssen wir mit großer Entschiedenheit das Verhalten der Zivilverwaltung in Essig-Lothringen, namentlich seit dem 4. Dezember. Der Interaktionssekretär Jörn v. Bulach hat früher der konservativen Fraktion angehört. Nach den neuesten Ereignissen sind wir allerdings zu der Meinung gekommen, daß die lange zeitliche und persönliche Entfernung ihn auch von unseren Grundätzen entfernt hat. (Stürmische Weiterkeit links.) Er hat dem „Lokal-Anzeiger“ telegraphiert: „Habe jetzt keine Veranlassung mehr, Abschiedsgesuch einzureichen.“ Es war auch durchaus nicht am Platze, daß er sich in dieser Situation durch einen Verichterstatter der „Berl. Morgenpost“ hat interviewen lassen — daß es nicht gerade ein Verichterstatter des „Vorwärts“ gewesen ist, wollen wir ja anerkennen. (Weiterkeit.)

Zu einer Erklärung der amtlichen „Stahburger Korrespondenz“ werden auch Maßnahmen für die Zukunft angekündigt, die von der Zentralstelle aus nicht angekündigt worden sind, so z. B. wird von einer

angeblichen Zusage des Kaisers

gesprochen, wonach die verfassungsmäßigen Zustände strenger beachtet werden sollen. Hierin liegt eine von den Zentralstellen nicht ausgeprochene Kritik der Militärverwaltung (Ironische Jurise bei den Sozialdemokraten: „Ungehört!“) und es bleibt hier eine Differenz zwischen dieser Kundgebung und der der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Auch das „nicht mehr“ in der Depesche des Staatssekretärs bedeutet eine solche Kritik und kann der Weisung, wieder ein gutes Verhältnis zwischen Zivilverwaltung und Militärbehörde herzustellen, nicht dienlich sein. Der Kreisdirektor von Zabern hat erklärt, daß er zwar 16 Gendarmen zusammengezogen hat, diese jedoch nicht für notwendig gehalten hätte. Er hat aber selbst eine Kundmachung erlassen, worin von Flegeln gegen das Militär gesprochen wird. In, zum Himmel Donnerwetter (minutenlanges stürmisches Gelächter), was soll denn noch notwendig sein, um ein polizeiliches Einschreiten hervorzuheben. Wenn ich Landrat wäre, hätte ich ein früheres Einschreiten für notwendig gehalten, wenn das Militär beleidigt und beschimpft würde. (Lachen links.) Der Reichskanzler hat erklärt, daß die Jaberner Vorfälle für ihn kein Anlaß seien, seine Meinung über die Zweckmäßigkeit der Verfassung und der einschlägigen Politik in Essig-Lothringen zu ändern. Nun, für uns sind diese Vorfälle auch kein Anlaß, unsere Auffassung in dieser Beziehung zu revidieren. (Sehr gut! rechts, Lachen links.)

Es besteht denn doch die Befürchtung, daß der von uns eingeschlagene Weg nicht zu dem Ziele führen wird, die Essig-Lothringern so an das deutsche Vaterland anzugliedern, wie es in ihrem Interesse und für die Sicherheit des Bestandes des Deutschen Reiches erforderlich ist.

Was den Beschluß vom 4. Dezember anlangt, so hat er zwei Auslegungen gefunden, die sich scharf gegenüberstehen. Nach der Sozialdemokratie soll er die Aufforderung an den Reichskanzler bedeuten, sein Amt niederzulegen. Wir wissen noch nicht, ob die Herren Fortschrittler sich auf denselben Standpunkt stellen werden. In der freimüthigen Presse ist er verschiedentlich zum Ausdruck gekommen. Zentrum und Nationalliberale dagegen haben erklärt, sie seien nur in dem ganz speziellen Fall mit der Erklärung der Regierung nicht einverstanden. Herr Scheidemann hat in persönlich feindlicher Weise davon gesprochen, daß es für den Reichskanzler ein unwürdiger Zustand sei, nach diesem Mißtrauensvotum hier noch aufzutreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Sehr unrichtig! rechts.)

Auch in der freimüthigen Presse ist zum Ausdruck gebracht worden, daß das Mißtrauensvotum zur Demission führen müsse, und im Auslande, wo man unseren verfassungsmäßigen Verhältnissen ferner steht, hat diese Anschauung auch in weiten Kreisen Boden gefunden. Wir haben bei den Vorkundungen über das Interpellationsrecht seinerzeit von vornherein

darauf hingewiesen: so wird die Sache kommen. Wenn das Mißtrauensvotum erst eingeführt wird, kann es gar nicht ausbleiben, daß es aufgeföhrt wird als eine Aufforderung an den Kanzler, zu demissionieren. (Hört! hört!) Die Behauptung des Herrn Wassermann, die Fassung der Geschäftsordnung sei damals zwischen der Kommission und der Reichsregierung vereinbart worden, trifft auch nach meiner Meinung nicht zu, da auch Herr Scheidemann recht geben.

Die Regierung hat sich damals auf den Standpunkt gestellt, daß sei eine interne Angelegenheit des Reichstages. Aber ich möchte doch zu erwägen geben: nachdem nun so genau eingetrossen ist, was wir vorausgesetzt haben, wäre es dann nicht doch seitens der Regierung richtiger gewesen, wenn sie schon damals gegenüber diesen Beschüssen des Reichstages scharfen Protest erhoben hätte. (Abg. Ledebour: Interne Angelegenheit des Reichstages!) Und den bürgerlichen Parteien muß ich vorhalten, wäre es nicht richtiger gewesen, wenn sie damals unseren Warnungen gefolgt wären. (Große Weiterkeit bei den Soz.) Der Beschluß vom 4. Dezember bedeutet ein Urteil über die Jaberner Angelegenheit, das gefällt wurde auf Grund von Presseberichten und privaten Mitteilungen. (Abg. Groeber: Und auf Grund der Erklärungen des Reichskanzlers!) Gewiß, aber ein Urteil, das gefällt wurde über Angelegenheiten, über die gleichzeitig gerichtliche und Verwaltungsverfahren schweben. (Sehr richtig! rechts.) Wie vereinbart sich das mit Ihrer Anschauung von der Unabhängigkeit der Gerichte? (Sehr gut! rechts.) Haben Sie denn überhaupt noch ein Bewußtsein davon, daß man in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen darf? (Gelächter links.) Ich habe mich an den Kopf geföhrt und habe nicht verstanden, wie der Reichstag so verfahren kann. (Große Weiterkeit links.) Man hat geföhrt, der Beschluß und sein Schicksal sei der Würde des Reichstages nicht angemessen. Meine Herren, heute ist Mittwoch, (Große Weiterkeit) vor acht Tagen spielten sich in diesem Saale Szenen ab, von denen ich allerdings lebhaft bezweifle, ob sie dem Ansehen des Parlaments zuträglich waren. (Lebhaftes Zustimmung rechts, Gelächter links.) Eine solche Fülle von Lärm und Erregung habe ich in diesem Hause noch nicht erlebt. Diese Dinge sind dem Ansehen des Reichstages in weitestem Kreise des Landes und des Auslandes überaus abträglich gewesen. (Lebhafter Widerspruch links.) Und was wird staatsrechtlich aus dem Beschluß des Reichstages werden? Kann der Bundesrat dazu Stellung nehmen, wie das sonst Reichstagsbeschüssen gegenüber geschieht? Nein, der Beschluß ist ein Nichts, er wandert dahin, wohin er gehört, in den stenographischen Bericht. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Zu den wichtigsten Aufgaben der inneren Politik gehört die

Stellung der Regierung zu der Sozialdemokratie,

diesem Staat im Staate. Auf dem Jenaer Parteitag der Sozialdemokratie ist der Massenstreik lemedwegs abgelehnt worden, nur jetzt bei der Zeitpunkt noch nicht für ihn da, wurde gesagt. Aber es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, daß die Massen nicht auf einen Zeitpunkt warteten, den die Führer bestimmten. Gegen den sozialdemokratischen Zwang und Terror, der den Arbeitern zuzust: „Erst rot, dann Brot“, muß der Staat Stellung nehmen. Wenn die Abgeordneten Spahn und Wassermann gestern erklärten, das Koalitionsrecht solle nicht angetastet werden, so haben sie offene Türen eingeernt: das Koalitionsrecht soll vielmehr gegen den sozialdemokratischen Terror geschützt werden; das liegt vor allem auch im Interesse des Mittelstandes. In unserem Antrag zum Schutze der Arbeitswilligen haben wir auch eine Formulierung aufgenommen, die vom Industriearbeiter des Hanfverbandes stammt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erklärt man die Berufsvereine für rechtsfähig, so würden sie für widerrechtliche Handlungen der Mitglieder haften. Aber das nützt nichts, so lange das

Streitpostenfischen

für geföhlich erlaubt erklärt wird. Unser Antrag auf verstärkten Arbeitswilligen Schutze ist ja zweimal mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Aber bis tief in die Reihen der Liberalen ist die Ueberzeugung gedrungen, daß der gegenwärtige Zustand unhaltbar ist, daß vor allem das Streitpostenfischen verboten werden muß. Die Nationalliberalen haben sogar eine besondere Kommission zum Studium der Frage eingesetzt. Wir wollen deren Ergebnis nicht abwarten, wir haben auch unseren Antrag nicht wieder eingebracht, denn nach unserer Meinung gebührt die Initiative beim Vorgehen gegen die sozialdemokratische Zwangs- und Gewalt Herrschaft der Regierung. (Sehr richtig! rechts.) Unserer Unterstützung wird sie dabei sicher sein. (Bravo! rechts.)

Reichsfinanzsekretär Kühn

verteuert sich dagegen, daß die Einnahmen aus den Zöllen unvorsichtig aufgestellt seien. Die Reichsvermögenszuwachssteuer hänge eng mit dem Wehrbeitrag zusammen, der keineswegs lediglich die einmaligen Ausgaben decken solle, sondern mit der ersten Rate der Vermögenszuwachssteuer zusammenfalle.

Abg. Wiemer (Op.):

In der Beurteilung des Beschlusses vom 4. Dezember weichen wir vom Zentrum und den Nationalliberalen ab, können aber auch die Schlußfolgerungen des Herrn Scheidemann nicht ziehen, für die die verfassungsmäßigen Voraussetzungen nicht gegeben sind. Abgeordneter Scheidemann erklärt das Zusammenarbeiten mit dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg für unmöglich. Aber der Reichskanzler wird seine Demission nicht einreichen. Dann müßte die Sozialdemokratie die Konsequenz ziehen und hier nicht weiter mitarbeiten, was freilich noch richtiger wäre, als der Streit in der Rüstungskommission. Den Etat hat die Sozialdemokratie ja auch schon abgelehnt, das ist also kein besonderer Strafakt. Auch bei der Interpellation über die Polenpolitik erklärte sich eine Mehrheit gegen den Reichskanzler. Damals hat die Sozialdemokratie die Demission nicht verlangt, sondern sogar die Mittel für die Wehrvorlage bewilligt. (Hört! hört! rechts.) Und dabei ist eine Veränderung der Polenpolitik nicht eingetreten, während nach dem 4. Dezember eine

Veränderung der Haltung der Regierung

eingetreten ist. Der Beschluß vom 4. Dezember war nicht etwa die Aktualisierung eines Augenblicks, ohne politische Bedeutung. Der Reichskanzler ert sich in seiner Wertung der Veränderung der Geschäftsordnung. Graf Westarp hat mit einer gewissen Schadenfreude betont, die Konservativen hätten getruht, es würde so kommen. Ich mache kein Geheim daraus: wir haben gewollt, daß es so kommt. (Sehr richtig! links.) Wir wollten, daß der Reichstag ein Urteil über die Politik der Regierung ausspricht. Ein solches Mißtrauensvotum kann auch in einem nichtparlamentarischen Staatswesen seine Wirkung nicht verfehlen. (Sehr richtig! links.) Wir haben eine Verstärkung der Rechte des Parlaments gewollt, und werden uns freuen, wenn sie erreicht wird. Wir halten das parlamentarische Regime jedenfalls für besser, wie den gegenwärtigen Scheinparlamentarismus. (Sehr richtig! links.)

Gewiß ist der Kanzler nicht verpflichtet, zurückzutreten, wenn ihm die Mehrheit das Vertrauen verweigert, ob er richtig und klug handelt, wenn er diese Folgerung nicht zieht, ist freilich eine andere Frage. Fürst Bülow hat sie gezogen und ist gegangen, als die Erblichkeitssteuervorlage abgelehnt wurde. Das parlamentarische Regime setzt aber voraus, daß die Parteien, die das Vertrauen bekunden, bereit sind, die Regierungsgeschäfte und die Verantwortung mit den anderen Mehrheitsparteien zusammen zu übernehmen, und ich weiß nicht, ob die Sozialdemokratie dazu bereit ist. Herr Frank nicht, aber ich bin sicher, Raatsky und Rosa Luxemburg werden die Verpflichtung nicht anerkennen. (Zustimmung bei der Volkspartei.) Es kommt aber hinzu, daß sich die Lage seit dem 4. Dezember etwas geändert hat. Gewiß sind wir nicht voll befriedigt, denn was wir wissen, haben wir der Presse entnommen, der Reichskanzler hat es

nicht für nötig gehalten,

dem Hause mitzuteilen, was geschehen ist. (Lebhaftes Echo richtig! links.) Das Regiment wird von Bayern verlegt. Man sagt, das ist eine Strafe für die Soldaten und die Bürger. Vor allem wird dadurch der Verschmelzungsprozess zwischen den Altpreußen und den Elässern gefördert, es wird das freundschaftliche Verhältnis zwischen den Soldaten und der Bevölkerung beeinträchtigt. Daß die militärische Autorität unter solchem freundschaftlichen Verhalten nicht leidet, beweist die Achtung, die der Vorgänger des Herrn v. Deimling, Graf Häfeler, genossen hat. (Sehr wahr!) Ich hoffe, daß die Verlegung des Regiments von Bayern nur eine vorübergehende ist, und ich hoffe auch, daß eine milde Verhandlung der unerfahrenen Rekruten eintreten wird. Dem Grafen Westarp ist die Zivilbehörde nicht scharf und schneidig genug vorgegangen. Er sagt: Wenn ich dagewesen wäre, Himmeldonnerwetter noch mal! Aber mit diesem Himmeldonnerwetter hätten Sie den Elässern verzeihen wenig imponiert. (Sehr gut! links.) Der Reichskanzler hat ganz recht, wenn er betont, daß die Auffassungen und Empfindungen, das Freiheitsgefühl der Bevölkerung von Eläß-Vorbringen denn doch ein ganz anderes ist als in Ostpreußen, wo die Landeute nach dem Herzen des Herrn v. Westarp das Regiment führen. Graf Westarps Verpöschung des Votums vom 4. Dezember trifft den Kern der Sache nicht. Der Reichstag hat alle Veranlassung, auf dieses Votum stolz zu sein. Wir haben mit ihm beklundet, daß wir eine Verletzung von Gesetz und Verfassung nicht dulden wollen und Sühne für die Vorfälle in Eläß-Vorbringen verlangen. Die 54 um den Grafen Westarp brauchen nicht stolz darauf zu sein, daß sie sich abheben gehalten, als es galt, Gesetzesverletzungen zu verurteilen. (Zustimmung links.) Graf Westarp sang ein Loblied auf die Militärs, die ohne Rücksicht auf das Gesetz vorgegangen sind, und selbstverständlich auch auf den Kriegsminister, der, Fleisch von ihrem Fleisch, diese Dinge hier verteidigt hat. Selbstverständlich muß das Militär seine Ehre wahren, obwohl wir einen Unterschied zwischen militärischer und bürgerlicher Ehre nicht anerkennen. (Sehr richtig! links.) Die Wahrung der Ehre hat aber selbstverständlich zu geschehen nur auf dem Boden der Gesetze. (Lebhaftes Zustimmung links.) Graf Westarp hat sich auf Färbung berufen. Nun, ein moderner Staatsrechtslehrer, Prof. Anschütz, hat das Vorgehen des Militärs

Randgebungen rechtsverachtender Militär

genannt. (Hört! hört! links.) Dieser Auffassung schließen wir uns an und wir protestieren gegen die Art, wie der Redner der Konservativen die vorgekommenen Gesetzesverletzungen verteidigt hat. (Lebhaftes Bravo! links.) Den Schutz der Würde und des Ansehens des deutschen Reichstages können wir den Konservativen wirklich nicht überlassen, die aus ihrer Abneigung gegen den Reichstag des allgemeinen Wahlrechts nie ein Hehl gemacht, ja dem Reichskanzler vorgeworfen haben, daß er "die Wade" (Hört! hört! links) nicht längst ausgedrückt hat.

Erstaunt war ich, daß Graf Westarp über Braunschweig gar nichts gesagt hat, nachdem in der konservativen Presse angeklagt war, es werde darüber ein Sturm im Reichstag losgehen, gegen den die Novemberkrisis von 1908 nur ein leises Säufeln gewesen seien. (Hört! hört! links.) Für uns ist wichtiger die Aufgabe, den

Trotz der mecklenburgischen Ritterschaft zu brechen,

der der Großherzog selbst das Zeugnis ausgestellt hat, daß sie sich nicht habe entschließen können, ihre Sonderinteressen dem Gesamtwohl unterzuordnen. (Hört! hört! links.) Nachdem jetzt die Verfassung in Mecklenburg endgültig gesichert ist, muß das Reich eingreifen. Der Bundesrat mag die Handhabe bieten, daß auf dem Wege der Reichsregierung eine Verfassungsreform in Mecklenburg durchgeführt wird. (Bravo! links.) Den Ausführungen des Reichsjustizsekretärs über den Etat stimmen wir im allgemeinen zu und begrüßen insbesondere die angeforderten Beamtenbesoldungssteigerungen und die gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Altpensionäre. — Unsere Haltung zur letzten Reichsvorlage hat der sozialdemokratische Redner mit Unrecht kritisiert. Wir haben sie nicht dem Kriegsminister bewilligt, sondern in der Erkenntnis ihrer Notwendigkeit. Jetzt wird es darauf ankommen, die Reformen im Militärwesen durchzuführen. Freilich unter dem Regime dieses Kriegsministers werden moderne Reformen im Militärwesen schwer durchzuführen sein, er scheint um ein Jahrhundert zu spät auf die Welt gekommen zu sein. (Sehr gut! links.) Wir begrüßen das Warnungssignal, das Freiherr v. Hertling als Ministerpräsident gegen eine weitere Vermehrung der Kräfte in den nächsten Jahren ausgestellt hat. Wir stehen auch dem Vorschlag des englischen Ministers Asquith auf Beschränkung der Kräfte sympathisch gegenüber. Freilich müssen genügend Garantien geschaffen werden. Aber es wäre ein schwerer politischer Fehler, wenn die deutsche Reichsregierung gegenüber solchen Vorschlägen anderer Staaten sich von vornherein ablehnend verhalten würde. (Bravo! links.) Gegen die Treibeisen des Wehrweins sollte die Regierung scharf Stellung nehmen. (Sehr richtig! links.) Sucht er doch jetzt schon wieder Stimmung zu machen für neue Kräfte, weil unsere jetzige militärische Situation „ungünstiger“ sei als vor der Reichsvorlage. (Hört! hört! links.) Solchem Chauvinismus muß entgegengetreten werden, auch da, wo er sich in der Jugendbewegung zeigt. (Sehr gut! links.) Vor einem Aberlaß in dem Wehrbeitrag wird der deutsche Volkswohlstand hoffentlich bewahrt bleiben. Wie hoch mag eigentlich der Anteil der Landesfürsten an diesem Wehrbeitrag sein? Darüber erfahren wir leider nichts. Der konservative Graf Kleff hat neulich im Hinblick auf die Annahme der Besitzsteuer gesagt, das gleiche, allgemeine Wahlrecht im Reich würde zum Vernichter des staatsrechtlichen preussischen Geistes. Das ist ein Ausdruck des engberzigen preussischen Partikularismus, den Fürst Bismarck als den schlimmsten in Deutschland bezeichnet hat. Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß die Einführung der Besitzsteuer den Reichsgedanken gestärkt hat. — Die ungünstige wirtschaftliche Lage ist verhindert worden durch die unglückliche Disziplinpolitik der Reichsbank sowie das Vorgehen der Eisenbahnverwaltung, die mit ihren Bestellungen nicht rechtzeitig herausgekommen ist. — Dem Grafen Westarp befreite ich das Recht, bei seinen schmerzhaften Erfahrungen sich als Vertreter des Mittelstandes aufzuspielen. (Sehr richtig! links.) Wir sind natürlich auch dafür, daß die Arbeitsfreiheit ausreichend geschützt wird. Terroristischen Handhabungen des Koalitionsrechts muß wirksam entgegengetreten werden. Aber die von den Konservativen verlangte Wiedereinstellung der gesetzlichen Bestimmungen ist nicht erforderlich. Das Koalitionsrecht ist eine Errungenschaft liberaler Staatsauffassung, und wir sind entschlossen, diese Errungenschaft mit aller Energie zu verteidigen. Wir wollen die Sicherung und den Ausbau des Koalitionsrechts, wir wollen auch die Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Für Ausnahmemaßregeln oder auch nur ungerechte Handhabung der be-

stehenden Gesetze werden wir nur eine glatte Ablehnung haben. Es ist bezeichnend, daß auch die politische rechtsstehenden Arbeitervereine sich mit aller Energie gegen diesen konservativen Vorstoß wenden. Wir verlangen eine Wirtschaftspolitik, die den Volksinteressen mehr gerecht wird, nicht aber Sonderinteressen dient, wie sie Fürst Bülow soeben gekennzeichnet hat. Unter der Handelsvertragspolitik Caprivis ist die Landwirtschaft ständig vorwärtsgeritten. Wir fordern großzügige innere Kolonisation und Reform des diplomatischen Dienstes durch Erweiterung des Kreises der Bewerber. Den Reibungen zwischen Diplomaten und Konsuln muß ein Ende gemacht werden. Mit der auswärtigen Politik der Regierung sind wir einverstanden. Heute hat Graf Westarp für ein gutes Verhältnis mit England gesprochen, in der Marokkodebatte aber hat der Abg. v. Hendebrandt fast den Krieg mit England gefordert. — Will der Kanzler nur die Rechte des Kaisers ungeschmälert erhalten; was ist's mit den Volksrechten, mit der

Reform des kaiserlichen Wahlrechts in Preußen,

die der König feierlich in Aussicht gestellt hat und mit der Neueinteilung der Reichstagswahlkreise? Es war höchst bezeichnend für unsere unerfreulichen Zustände, daß der Kanzler 80 Stunden seiner kostbaren Zeit opfern mußte für eine 1/2 stündige Unterredung, um zu erfahren, welche Stellung er einzunehmen habe. (Sehr gut! links.) Das Jubiläumsjahr, das dem Volke so schwere Opfer auferlegt hat, schließt mit schweren Enttäuschungen ab. Arbeiten wir am Ausbau der Volksrechte! (Beifall links.)

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Ich halte es für meine vornehmste Pflicht, hier Angehörige der Armee — mit Ausnahme von mir — gegen Angriffe, die ich nach sorgfältiger Prüfung nicht für berechtigt halte, in Schutz zu nehmen. Es ist verschiedentlich betont worden, die Zuspitzung der Verhältnisse in Bayern sei dem Umstande zuzuschreiben, daß der betreffende Offizier nicht schnell genug aus der Garnison entfernt worden und daß in der Sache seiner Verantwortung Geheimnisthämerei getrieben sei. (Sehr richtig! links.) Ich halte beide Vorwürfe nicht für richtig. (Sehr richtig! rechts.) Was die Verlegung anlangt, so ist es nötig, sich immer wieder zu vergegenwärtigen, wie sich die Dinge abgespielt haben. Der Zeitungsartikel vom 6. November, in dem die Anschuldigungen gegen den Offizier enthalten waren, ist am 7. November dem Regimentskommandeur bekannt geworden. Er hat den Offizier sofort zur Rechenschaft gezogen und es ist am 8. November in einer Jäbener Zeitung, am 9. und 10. November in großen Straßburger Zeitungen festgestellt worden, daß von einer beabsichtigten Beleidigung der elässischen Bevölkerung gar keine Rede sein kann. (Lachen links und Unruhe.) Gleichzeitig sind die Vernehmungen der 75 oder mehr Rekruten, die in der Instruktionskommission anwesend waren, eingeleitet worden. Denn nur aus deren Aussage konnte festgestellt werden, in welchem Umfang Beleidigungen dieser Art vorgekommen waren. Aber ehe noch diese Vernehmungen abgeschlossen waren und abgeschlossen sein konnten, setzten

die Straßenaufmärsche und die Pressenpague

mit neuen Anschuldigungen gegen den Offizier ein. Daß nun von einer Verlegung keine Rede mehr sein konnte, ehe nicht ordnungs- und geschnitten die Sache klargestellt war, das glaube ich hier im Hause schon eingehend dargelegt zu haben. (Sehr gut! rechts.) Es ist dann ferner hier gesagt worden, daß das, was nachträglich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über die Bestrafung des Offiziers oder Unteroffiziers wegen wörtlicher Beleidigung ihrer Untergebenen gestanden habe, auch in diesem Hause bei der Verhandlung hätte gesagt werden können. Das ist geschehen. (Sehr richtig! rechts.) Und zwar durch mich. Als ich, sobald ich durch die Ausführungen des Abg. Hendebrandt — ich muß sagen zu meiner Heberausung — erfuhr, daß trotz der ganz klaren Gesetzesbestimmungen über diese Frage Zweifel bestanden, bin ich sofort aufgefunden und habe genau das selbe gesagt, was später in der offiziellen Verlautbarung gesagt worden ist. (Lachen links.) Mehr kann ich auch heute nicht sagen. Denn es widerspräche sowohl dem Befehl als auch dem Zweck der Disziplinarstrafgewalt, wenn man ihrer Ausübung im einzelnen der öffentlichen Kritik preisgeben würde. (Hört! hört! links.) Nicht einmal die direkten Vorgesetzten dürfen eingreifen, in diese Ausübung, es sei denn, daß es sich um Verträge gegen gesetzliche Bestimmungen handelt oder um Unterlassung der Abwendung eines Vergehens. Wollte man anders verfahren, so würde man demjenigen, die im Kriegsfalle die Verantwortung in den höchsten Momenten der Gefahr alleine tragen können und sie daher im Frieden allein tragen müssen, aus der Hand winden und man würde damit

den Grundstein unterhöhlen, auf dem unsere Armee ruht.

(Sehr wahr! rechts — Lachen links.) Und wenn ich mich nicht irre, so ist in diesem Hause schon häufig darauf hingewiesen worden und zwar nicht bloß von dieser Bank, sondern auch von den Banken im Saale, daß es unbedingt nötig sei, dem zuständigen Disziplinarvorgesetzten die Befugnisse zu geben, die er zur Ausführung dieser Disziplinarergewalt braucht, daß sie selbständig und das nötige Dienstamt haben. Wie aber ein Disziplinarvorgesetzter sich selbständig fühlen soll, und sein Dienstamt behalten soll, wenn seine Disziplinarergewalt im einzelnen der Kritik der Öffentlichkeit ausgesetzt werden, das weiß ich nicht. (Sehr richtig! rechts. Unruhe und Zurufe links.) Sie stören mich gar nicht mit Ihren Unterbrechungen, aber ich möchte doch bitten, daß Sie in mir den Vertreter der Armee sprechen lassen. (Bravo! rechts.) Mir persönlich wäre das ganz gleichgültig.

Vizepräsident Dobe:

Ich bitte um Ruhe, kann aber andererseits nicht finden, daß gerade die letzten Unterbrechungen derartiges gewesen wären! (Sehr gut! links.)

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Es ist dann über die Verlegung der beiden Bataillone gesprochen. Ich möchte den Erörterungen darüber nicht folgen, für wen sie eigentlich eine Strafe sein soll, wer dadurch mehr geschädigt wird, ob die Garnison oder die Unteroffiziere oder die Mannschaften. Denn es handelt sich um eine Maßregel, die, wie auch hier anerkannt worden ist, notwendig war und wenn eine militärische Maßregel notwendig war und ist, wie hier vorher gesagt wurde, um Ruhe und Frieden zu stiften, dann kann man schließlich nicht lange bedenken, ob irgend jemand dabei geschädigt wird. (Hört! hört! links.)

Sonst über Bayern. Es ist dann hier eingegangen worden auf den

Fall Knittel.

Der Leutnant der Landwehr, Knittel, hat, soviel ich weiß, Revision gegen das ihm unangünstige Urteil eingelegt und ich möchte deshalb in Uebereinstimmung mit dem Abg. Sperlich (!) von der Zentrumspartei im einzelnen nicht darauf eingehen. Aber doch eine kann ich schon heute erklären, daß ich mit meinen beiden Herren Amtsvorgängern in dieser Frage auf ganz denselben Standpunkte stehe. Und zwar: jedes Jurverantwortungsziehen eines Offiziers des Wehrdienstes wegen politischer Betätigung innerhalb der staatsrechtlich geltenden Parteien muß ausgeschlossen bleiben. Ein Offizier aber, der sich im antinationalen oder antimonarchischen Sinne betätigt, kann nicht im Heere belassen werden; in einer monarchischen und nationalen Armee sind solche Führer undenkbar. (Bravo! rechts.) Da er noch heute als Offizier des Wehrdienstes der Armee angehört, trotzdem gegen ihn und sein Verhalten bei und nach der Landtagswahl von 1908 die Untersuchung längst durchgeführt und abgeschlossen ist (Zuruf der Sozialdemokraten: Wahlfreiheit!) dürfte das eine zweifellos feststehen, daß am maßgebenden Stelle dem Leutnant der Landwehr Knittel der Vorwurf antinationalen und antimonarchischen Verhaltens nicht gemacht worden ist. (Vereinzelt Bravo! rechts.)

Abg. v. Morawski (Pole):

Wir beneiden die Eläß-Vorbringer, denn bei uns ist es hunderte Male schlimmer seit 120 Jahren. Im Eläß sind es Einzelfälle, bei uns ist es ein System. Wo in das Heiligtum der Kirche greift man mit rauher Hand ein. Das Regierungssystem bei uns ist unmoralisch. (Präsident Koeperl ruft den Redner zur Ordnung.) Man will die Gefühle der polnischen Bevölkerung nicht verstehen. Was sonst gut und edel ist, wird ins Gegenteil verkehrt. Die Stimmung, die bei uns erzeugt wird, muß auch nach außen wirken und die Atmosphäre vergiften.

Abg. Zehr v. Camp-Masfauzen (Sp.):

Schuld der Eisenbahnverwaltung ist die schlechte wirtschaftliche Lage, wie Herr Wiemer meinte, keineswegs. Weht es doch der Textilindustrie am schärfsten. Die Herabsetzung der Kohlenpreise wird, fürchte ich, auf die Löhne der Arbeiter nicht ohne Einfluß bleiben. Besonders dankbar spreche wir der Regierung für die Fürsorge der Altpensionäre aus und für die Wiedereinstellung der Dismarkenzulage in den Etat. — Die Frage der Wahlpolitik ist wichtiger als die bayerische Angelegenheit. Der übermäßigen Einfuhr ausländischer Werte muß entgegengetreten werden: es muß eine Enquete veranlaßt werden, die nach Mitteln zur Abhilfe sucht. — Den Schutz der Arbeitswilligen will ich im Interesse der Arbeiter, nicht als Repräsentant des Schermafadertums. (Lachen links.) Beim Bergarbeiterstreik kamen 2000 Körperverletzungen vor, die erst aufhörten, als Militär hinlief. Wenn wir die Möglichkeit solcher Körperverletzungen hindern, so erweisen wir doch den Arbeitern einen Dienst. (Sehr richtig! rechts.) Daß auch der Hanfband einen größeren Schutz der Arbeitswilligen verlangt, beweist, in wie weite Kreise die Ueberzeugung von der Notwendigkeit dieser Forderung gedrungen ist. Wir selbst wollen nicht etwa Ausnahmegerichte. Redner führt an Hand von Zeitungstiteln Fälle an, in denen Arbeitswillige sich zu ihrem Schutze der Waffe bedienen mußten. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie die Arbeiter nicht schützen, proklamieren Sie die Rotwehr, dann muß man ihnen einen Revolver in die Hand geben. (Hört! hört! links.) Abgeordneter Vogler: Unerhörte Entstellung! (Lurche. Präsident Koeperl ruft den Redner zum Stillstand.) Im Stettiner Fall ist der Angeklagte freigesprochen worden, weil man Rotwehr angenommen hat. In solchen Konsequenzen führt es, wenn die Arbeitswilligen nicht genügend geschützt werden. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Daß die Industrie im Reichstage mehr vertreten ist, hat die Wahlpolitik des Hanfbandes verhindert. Herr Dr. Wiemer kann ich bestätigen, daß wir bei der Finanzreform des letzten Sommers mitgetan haben, um die Sozialdemokratie aus der Mehrheit auszuschalten, was uns ja auch gelungen ist. Wegen den russischen Handelsvertrag habe ich seinerzeit gestimmt, weil mich damals der Reichskanzler Caprivi in meiner Eigenschaft als Vortragender Rat in meiner parlamentarischen Freiheit beeinträchtigen wollte. (Bravo! rechts.) Die Landwirtschaft will den inneren Markt haben, sie ist bereits in der Lage, im Kriegsfalle die einheimische Bevölkerung zu ernähren. (Widerpruch links.) An meinen Ausführungen in der bayerischen Debatte halte ich fest. Warum sollte hier nicht gesagt werden können, daß der Mann zwei oder drei Monate Arrest bekommen hat? Eine strenge Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Militär- und Zivilbehörde ist gerade im Eläß nicht möglich. Soll die Militärbehörde z. B. nicht dagegen Einspruch erheben dürfen, daß die Zivilbehörden an französische Offiziere oder französischfreundliche Elässler Jagdschneise in Grenzgebieten ausstellen. Der Zufall der „Straßburger Korrespondenz“ über die Garantien, die der Kaiser dem Emittenten über Einhaltung der Verfassungsmäßigkeit gegeben habe, war höchst ungeschicklich, und ich bitte den Reichskanzler, dagegen einzuschreiten. (Beifall rechts.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Ich möchte anknüpfen an die Auslassungen des Herrn Grafen Westarp über den

Schutz gegen Mißbrauch des Koalitionsrechts,

worüber ich auch der Vorredner geäußert hat. Es ist selbstverständlich, daß ich den Gegenstand in allen seinen Konsequenzen verfolgt habe. Ich weise zunächst darauf hin, was ich vor drei Jahren über diese Frage hier im Hause gesagt habe, es war anlässlich der Interpellation über die Roabiter Exzesse. Damals habe ich meine Meinung dahin ausgesprochen, gegen Ausbruch des Koalitionsrechts könne nicht eingeschritten werden durch Ausnahmegerichte, sondern nur auf Grund des gemeinen Rechts, und es darf dabei ein Einbruch in die Koalitionsfreiheit nicht erfolgen. (Vereinzelt Zustimmung.) Nach den Versicherungen, die bisher in diesem Hause gefallen sind, nehme ich an, daß diese beiden Grundzüge die Zustimmung der bürgerlichen Parteien finden werden. (Zustimmung rechts, Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Das Koalitionsrecht ist eine Erscheinung, die bei uns ebenso gut wie in anderen Ländern durch die wirtschaftliche Entwicklung zu einer Notwendigkeit für die Arbeiterklasse und für das Unternehmertum geworden ist. Es wäre ein ebenso ungeschickliches wie

törichtes Unternehmen,

durch Akte der Gesetzgebung einer solchen Entwicklung das Leben abkneipen zu wollen. (Sehr richtig! bei der bürgerlichen Bank.) Aber das hindert uns nicht, auszuweichen (Doh! bei den Sozialdemokraten), wo sie konstatiert werden (Unruhe bei den Sozialdemokraten) — sie sind konstatiert — (Sehr richtig! rechts. — Doh! bei den Sozialdemokraten), ich brauche mich darüber nicht näher auszulassen, entgegenzutreten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Schwarze Listen!) Gewiß, durchaus paritätisch muß vorgegangen werden. Das liegt schon in dem Grundgedanken, auf dem Boden des gemeinen Rechts die Abhilfe zu schaffen. Als Abhilfe ist vorgebracht worden einmal die Revision des Strafgesetzbuchs und zweitens die zivilrechtliche Haftung der Koalitionen. Gegenüber der übergroßen Macht, welche die Koalitionen ausüben, nicht nur infolge der Anzahl ihrer Mitglieder, infolge der Disziplin, sondern auch durch das große Vermögen, das sie besitzen, drängt sich von selbst die Erwägung auf, als Gegenstück hierzu die

zivilrechtliche Haftung

einzuführen für den Schaden, den die Koalition durch Beauftragte anderen im Widerspruch mit dem Gesetz oder mit den guten Sitten zufügen. (Hört! hört!) Im Zusammenhang damit steht die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, die zu lösen ja schon einmal gesetzgeberisch unternommen worden ist, aber vergeblich. Ich glaube, auf keinen Widerstand zu stoßen, wenn ich sage, daß diese beiden Fragen, so oft sie auch hier verhandelt worden sind, noch keineswegs zu einem gesetzlichen Akt reif sind. Was die Revision der Strafgesetze anlangt, so habe ich vor drei Jahren darauf hingewiesen, daß die Kommission, welche sich mit der Revision des Strafgesetzbuchs befaßt, der Ansicht sei, es müsse in dem revidierten Strafgesetzbuch die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des Individuums stärker geschützt werden als bisher. Es sind von der Kommission entsprechende Paragraphen in den Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs aufgenommen worden. Daß dies geschieht, erscheint mir selbstverständlich. Als das Strafgesetzbuch erlassen wurde, befand sich das Koalitionsrecht im Vergleich zu heute doch noch sehr in den Anfängen, und als der Gesetzgeber die Paragraphen zum Schutze der persönlichen Freiheit verfaßte, hatte er im wesentlichen im Auge, Angriffe auf die persönliche Freiheit des Individuums durch ein drittes Individuum, aber nicht Angriffe, die geführt wurden auf die Macht von Koalitionen. Wenn nun die tatsächliche Entwicklung uns gezeigt hat, daß die Freiheit des Individuums jetzt in anderen Formen wie früher, und auch von anderen Subjekten, von den Koalitionen angegriffen wird, so muß die Gesetzgebung diesem Gang der tatsächlichen Entwicklung folgen. Ich halte das für

eine Notwendigkeit.

Ich möchte aber doch gleichzeitig glauben, daß man sich täuscht, wenn man dieser Revision des Strafgesetzbuchs gar zu große Wirkung zu-

schreibt. (Sehr richtig! rechts.) Die Erfahrung hat gezeigt, daß wenn jetzt Terrorismus nicht überall und nicht genügend gefaßt wird, das in unzähligen Fällen nicht an dem Tatbestand, sondern an anderen Dingen liegt, vielfach daran, daß es an den nötigen Zeugen fehlt, und dann an folgendem: gerade die empfindlichste Form des Terrorismus, als die ich zum Beispiel den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Boykott (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und den Boykott auf der Arbeitsstätte bezeichnen, pflegen sich in der Regel nicht auszudrücken in aktiven Angriffen, sondern in Unterlassungen (Sehr richtig! rechts.) und diese Unterlassungen werden wir durch das Strafgesetzbuch, auch wenn es revidiert ist, nicht fassen. Ich will damit nicht sagen, daß ich die Änderung des Strafgesetzes nicht wollte, ich warne nur davor zu glauben, daß damit die großen Schäden, die wir tatsächlich haben, und die von weiten Volksteilen empfunden werden, geheilt werden könnten. Im Gegenteil, ich muß die Besorgnis ausdrücken, daß gerade die Formen des Terrorismus, die vom Strafrichter nicht gefaßt werden, zunehmen werden, das beweisen die Erfahrungen, die wir bereits gemacht haben, gerade diese Formen des Terrorismus werden stark angewendet und sehr bitter empfunden in den unzähligen Fällen, wo die mit dem wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Boykott oder mit dem Boykott auf der Arbeitsstätte Bedrohungen sich vor den Augen der gesamten Gesellschaft stellen, wenn sie dem Boykott nicht nachgeben. Ich glaube, wirksame Abhilfe wird nur dann geschaffen werden können, wenn sich das allgemeine Volksempfinden gegen diese Einschränkung der persönlichen Freiheit aufrichtet. (Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen.) Wenn das Volksempfinden diesen Terrorismus von sich weist. (Zuruf der Sozialdemokraten: Deffentliche Wahl! Schwarze Listen! Militär-Boykott!) Ohne diese Hilfe werden auch neue Paragraphen sehr leicht auf dem Papier stehen bleiben. Ich bin der Ansicht, daß sich unser Volksempfinden bei der

Ueberspannung der Koalitionsfreiheit,
die stattgefunden hat, immer energischer und tatsächlich auslehnend gegen diesen Boykott, gegen den Terror, den ich geschildert habe. Ich stimme mit dem Abg. v. Gamp vollkommen darin überein. Man kann diese Stimmen nicht ablehnen, wie die Sozialdemokratie tut, mit dem Hinweis auf Scharfmacher. Damit ist nichts gesagt. Es liegen doch nicht bloß Äußerungen der Industriellen vor, sondern auch die Mitteilungen des Abg. Wasseremann waren doch recht bezeichnend, und ebenso bezeichnend ist die Haltung einer großen Anzahl von Handelskammern, die Kundgebungen aus dem Handwerkerstand und schließlich auch die Stellung des Direktoriums des Hansabundes. (Lebhaftes Geklirr! links und rechts auf verschiedenen Seiten.) Die Regierung, das sage ich der rechten Seite dieses Hauses, ist sich der Verantwortung, die sie gegenüber den tatsächlichen Erscheinungen und Stimmungen im Volke hat, wohlbewußt, und ich stimme mit dem Grafen Westarp durchaus darin überein, daß in dieser unser Volksempfinden so tief berührenden Frage die Regierung eine führende Rolle zu spielen hat und daß sie dem Reichstag Aktionen vorzuschlagen hat, sobald sie glaubt, daß die Vorbedingungen hierfür gegeben sind. Ich habe schon früherzeit den Staatssekretär des Innern gebeten, die Erfahrungen, die über den ganzen Verlauf der deutschen Arbeitslosigkeit gesammelt worden sind, und die Erfahrungen, die in anderen Ländern gemacht worden sind, zusammenzustellen. Ich hoffe, daß in nicht zu ferner Zeit dem Reichstag diese Arbeit vorgelegt werden wird. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Sind dafür auch 12 000 M. her-

gegeben worden?) Sie wird nicht nur, was ich für durchaus erwünscht halte, wertvolle Fingerzeige geben für die Handhabung der bestehenden Gesetze, denn hier bestehen mannigfache Unklarheiten, sondern sie wird uns auch die Grundlage für weitere Verhandlungen dieser wichtigen Frage sein. (Hört! hört!)

Abg. Wasseremann hat dem Bundesrat einen Umsatz in der braunschweigischen Frage
vorgeworfen. Das ist in keiner Weise berechtigt. (Abg. Stadthagen: 3 mal — Weiterkeit.) Die Verhältnisse haben sich sehr geändert, und das hat der Bundesrat berücksichtigt. 1906 bis 1907 hat der Herzog von Cumberland angeboten, für den Prinzen Ernst August, der von braunschweigischen Thron bestiegen sollte, den Verzicht auf Hannover auszusprechen, dagegen wollte er für seinen älteren Sohn, den selbsterkrankten Prinzen Georg Wilhelm, diesen Verzicht nicht aussprechen. Das machte den Eindruck, als ob nun zwei weltliche Linien gebildet werden sollten, und diese unterschiedliche Differenzierung war nicht annehmbar. 1885 war es Bismarcks und des Bundesrats Ueberzeugung, daß ein weltlicher Fürstentum in Braunschweig zum Hauptquartier für Bestrebungen geworden wäre, welche gegen einen anderen Bundesstaat gerichtet wären. Das mußte jetzt wieder geprüft werden, das Prinz Ernst August der einzige Erbe geworden und dadurch die Ursache der Verzichtforderung von 1907 weggefallen war. Der Bundesrat gewann die Ueberzeugung, daß Ruhe eintreten werde auf Grund der Vermählung des Prinzen mit der Tochter des Kaisers (Bravo rechts), weiter auf Grund seines Eintritts in die preussische Armee und seines Fahnenweises, wodurch er auf Lebenszeit die Verpflichtung übernommen hat, nichts zu tun und nichts zu unternehmen, was darauf gerichtet ist, den derzeitigen Verfassungszustand zu verändern, sowie auf das Bekenntnis des Prinzen zur Verfassung und zu den Pflichten, welche ihm gegen seine Verbündeten obliegen.

Davon, daß wir die weltliche Agitation in Hannover durch unser Vorgehen bestrafen könnten, kann keine Rede sein. Wir hätten das aber getan, wenn wir um des bedeutungslosen Verzichts willen die weltliche Frage berechtigt und dem Prinzen Ernst August zum Ärtzler des Kaiserthums gemacht hätten. So haben wir der weltlichen Bewegung in Hannover für die Zukunft ihren stärksten Stützpunkt genommen.

Zum Schluß noch wenige Worte in bezug auf die Interpellationsdebatte über Javern.

Im Gegensatz zum Abg. Scheidemann haben sich die Führer des Zentrums und der Nationalliberalen in der Frage der politischen Bedeutung des Nichttrauensvotums auf den verfassungsmäßigen Boden gestellt. Herr Biemer hat es zwar abgelehnt, sich die Anschauungen der sozialdemokratischen Fraktion über die Tragweite des Nichttrauensvotums anzueignen, hat aber recht unwillig Äußerungen darüber gemacht, daß ich im Laufe der Interpellationsdebatte auf die Javerner Angelegenheit nicht noch einmal zurückgekommen bin und daß dem Reichstag leider keine amtlichen Erklärungen darüber zugegangen sind. Ja, meine Herren, was sollte ich denn zu der Sache weiter erklären, nachdem am 3. Dezember gesagt worden und öffentlich bekannt ist, daß der Interpellationsgegenstand einem gerichtlichen Verfahren unterliegt. Wohin führen uns denn die jetzigen weiteren Debatten? Der eine wirft dem Reichsdirektor Vernachlässigung seiner Pflichten vor, greift den Statthalter, den Staatssekretär an, der andere den kommandierenden General. Ich habe schon am 3. Dezember erklärt,

daß ich auf Grund der mir vorliegenden, einander widersprechenden Berichte über das Verhältnis zwischen Jöhl und Militär an den strittigen Tagen in Javern mit Sicherheit nicht entscheiden kann, um wie Recht und Unrecht liegt. Ich kann nur bedauern, daß bei diesem ungewissen Stande hier schon ganz kategorische Urteile gefällt und Angriffe gegen einzelne Personen gerichtet worden sind. Das eine kann ich sagen: in der amtlichen Behandlung und Beurteilung der ganzen Sache ist infolge der Interpellation

kein Umschwung
eingetreten, die Annahme des Abg. Biemer ist falsch. Und mit gleicher Bestimmtheit sage ich, daß von einem Rückzug, wie ihn Graf Westarp zu fürchten schien, keine Rede ist. (Hört! hört! links.) Das Zurückgreifen des Abg. Scheidemann auf die Interpellationsdebatte hat das eine Verdienst gehabt, daß es offenbar machte, daß eine Homogenität unter den Parteien, welche sich zu dem Nichttrauensvotum vereinigt hatten, in keiner Weise vorhanden ist. So wenig eine Einmütigkeit bestand über die Tragweite, so wenig bestand sie in den Motiven. Die Äußerung der sozialdemokratischen Presse und danach der Wortführer in diesem Hause haben — darin stimme ich dem Grafen Westarp durchaus zu — keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Sozialdemokratie die Vorfälle in Javern zum willkommenen Anlaß genommen hat, um gegen die verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers einen kräftigen Sturm einzuleiten. — Zuruf: Gegen die Annahmen des Militärs! Hier scheiden sich die Geister, hier ist die Sozialdemokratie isoliert und sie wird es hoffentlich immer bleiben. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Die weitere Debatte wird verlegt auf Donnerstag 11 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Jugendbewegung.

Eine mißglückte gelbe Grönung.

Als ein schöner Erfolg proletarischer Jugendberziehung darf die folgende Tatsache verzeichnet werden: Die Firma H. W. Reuma in Elberfeld wollte am vergangenen Freitag eine Jugendabteilung der gelben Verbände ins Leben rufen. Zu diesem Zweck hatte sie ihre Lehrlinge, nahezu 100, versammeln lassen. Ein bestellter gelber Agitator suchte den Lehrlingen den Mund ordentlich wässrig zu machen mit all dem Guten und Schönen, was der gelbe Jugendbund leisten werde. Für die weiblichen Mitglieder sollen Näh- und Kochabende und ähnliche Einrichtungen getroffen werden, um die Mädchen zu braven Hausfrauen zu erziehen. Für die männlichen Mitglieder aber soll eine Jugendwehr gebildet werden, die an ihre jungen Kameraden während der militärischen Dienstzeit pro Monat 3 M. Unterstützung zahlen würde. Und noch verschiedene andere große Versprechungen wurden der gelben Jugend zu machen. Alles dies machte aber auf die jungen, zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter und Arbeiterinnen keinen Eindruck. Sie erkannten den heuchlerischen Charakter und den arbeitserfindlichen Zweck des neuen Unternehmens. Von den nahezu 100 anwesenden Jugendlichen meldeten sich ganze zwei weibliche und ein männlicher junger Arbeiter zur Aufnahme. Die Jugendlichen bewiesen somit mehr Rückgrat und Ehrlichkeit, als in ähnlichen Situationen erwachsene Arbeiter an den Tag gelegt haben.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Stralauer Viertel. Bez. 303.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Maurer
Karl Schulz
Koppenstr. 95,
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 12. Dezember, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des
Freireligiösen Friedhofes, Pappel-
allee, aus statt. 219/10
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.

Am 9. Dezember starb unser
Mitglied
Karl Schulz
(Bezirk Osten I).

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 12. Dezember, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des
Freireligiösen Friedhofes, Pappel-
allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
147/1
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
die feierliche Mitteilung, daß der
Vater

Karl Schulz
am Dienstag früh 7 1/2 Uhr ver-
storben ist. 2498
Im Namen der Hinterbliebenen:
Eh. Marie Kessel,
geb. Schulz, Koppenstraße 95.
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachm. 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle der Freireligiösen Ge-
meinde, Pappel-Allee 16, aus statt.

Beerdigungsverein
der Zimmerleute Groß-Berlins.

Am Montag, den 8. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr, verstarb nach
kurzem Krankenlager im Alter von
82 Jahren an Blasenentzündung
unser langjähriges Mitglied, der
Kamerad

Ludwig Sauer
Eisenbahnstr. 16.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 12. d. M., nachm.
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Simons-Friedhofes in Neudamm,
Hermannstr. 130, aus statt.
256
Der Vorstand.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner
lieben Frau sage ich allen Freunden
und Bekannten herzlichen Dank.
924
Der trauernde Gatte
Fritz Horn.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Klempner
Bernhard Ziegler
(Neudamm, Pleitenstraße 6) am
8. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Freitag, den 12. Dezember, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeindefriedhofes in
Britz, Kubitzer Straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
131/7
Die Ortsverwaltung.

Am Dienstag, den 9. Dezember,
paralysiert meine liebe Frau, unsere
herzengutartige Mutter, Schwieger-
mutter und Großmutter

Agnes Fiebig
im Alter von 60 Jahren.
Paul Fiebig selbst Kindern,
Leitstraße 2.

Die Beerdigung findet morgen
Freitag, den 12. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des Himmelfahrts-Friedhofes aus
statt. 924

Steynpfeden
größte Auswahl, billigst;
auch Anarbeiten alter
Steynpfeden.
Haberl Berlin,
Wallstr. 72, zwischen Kob- u. Ullrichstr.
Illustr. Preisatalog gratis.
Prakt. Weihnachtszugabe

Erstklassige Briketts

Stiebel's
1000 Stück M. 8.—
Halbsteins M. 0.80, Gaskoks
M. 1.75, Steinkohlen M. 1.75,
Brennholz.
Michel-Brikett-Vertrieb
Neukölln, Telefon 1610
Kneesebeckstr. 148.

Spezialarzt
I. Haut-, Gyn., Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Veitstänze jeder
Art, Ehrlich-Hata-Kuren in
u. Co. Konz.
Laborat. I
Blut-
untersuchung, Gaben i. Horn u. w.
gegenüber
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, Panoptikum.
Ept. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Vorjährige
Ulster und Anzüge
von 25 bis 60 M.
Gehrock - Anzüge
Smokings auf Seide
Billige Hosenwoche.
Versandhaus „Germania“
Unter den Linden 21.
Sonntag bis abends geöffnet.

Zweizimmer - Wohnung sofort
oder später Breitenauer Allee 23.

Ohne Anzahlung

20 Prozent Ermässigung
erhält jeder Kunde
wegen Räumung **auf Kredit**
meiner kolossalen
Läger beim Einkauf
M Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe
Pelzgarituren, Uhren, Leib- und Bettwäsche etc., kompl.
Wohnungs-Einrichtungen u. einzelnen Möbelstücken bei Zahlung
einer Monatsrate laut Verein-
barung und bequemer Abzahlung.

S. DORN, Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Seidenhauser Str.

Kapitän-Kautabak
(gefl. geschält)
Kapitän-Rauch- u. Schnupftabak sind nur
durch ganz
herborragend seine Qualität so schnell beliebt geworden.
Zu haben in den einschlägigen Geschäften event. zu erfahren durch
C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 119. (Telef.:
Rgt. 3861.)

Spezialgeschäft für Uhren
In größter Auswahl:
gut gehend, genau reguliert!
Kaval.-Rem.-Uhren 5.99 M.
Stil. Rem.-Uhren 7.99 M.
Gold. Rem.-Uhren 12.99 M.
Edelg.-Rem.-Uhren 9.99 M.
Jah.-Uhr.-Uhren 3.99 M.
Kolleo schriftliche Garantie.

E. Möbis
14 Beuthstrasse 14,
neb Café Aschinger, a. Spittelmarkt.

Blumen- und Kranzbinderei
von **Robert Meyer,**
Zuf. P. Gollets
Mariannestr. 2. Tel. Npl. 348

Frank **Berleib-Jahnt**
A. Borchardt, Friedrichstr. 115,
Brand-Tor. Tel. Npl. 10854,
vert. Hoch-, Smoking-, Gebrodenstoffe
in verschied. Preislagen bis z. eleganten
Genre. Sehr große Auswahl, Näh. Preisf.

Kranke Atmungsorgane.

Welche Gefahren kranke Atmungsorgane für den ganzen Körper bilden, wird leider von vielen Laien noch nicht genügend gewürdigt. Aus dem so wenig beachteten Schnupfen entsteht leicht ein Nachen- oder Kehlkopfkatarrh, welcher tiefer eindringend, Luftröhren- und Bronchialkatarrh verursachen kann. Um für die naturgemäße Bekämpfung dieser tiefer liegenden Katarrhe das richtige Verständnis zu gewinnen, muß man die Atmungsorgane in ihrem Zusammenhange betrachten. In die feinen Verzweigungen der Atmungsorgane kann nur die Luft eindringen; zur Bekämpfung tiefer liegender Katarrhe kann man also naturgemäß auch nur die mit wirksamen Desinfektions- und Desinfektionsmitteln gemischte oder imprägnierte Luft verwenden.

Das Verdienst, eine hierfür geeignete Methode in idealer Weise praktisch vorzulegen zu haben, gebührt der Firma Carl A. Lauer, Wiesbaden H. 99. Von dieser Firma ist ein kleiner feinerer Apparat konstruiert worden, der nach besonderem Verfahren desinfizierende und heilkräftige Stoffe zum Einatmen bis in die tiefsten Luftwege bringt, ohne Reizreiz zu verursachen oder sonstige die Schleimhäute anzugreifen, und zwar auf kaltem Wege, um auch neuer Erkältung vorzubeugen. Hiermit sind bei Krankheiten und Katarrhen der Atmungsorgane, wie Bronchialkatarrh, Lungenepithelkatarrh, Luftröhren-

katarrh, Kehlkopf-, Nachen-, Nasenkatarrh, Nachen-
husten, Folgen von Influenza, Nisthma usw. über-
raschende Erfolge erzielt worden, worüber sich
Tausende in begeistertem Briefen aussprechen. So
schreiben unter vielen anderen:

Herr Reichsbauvorstand Wüchler in Koblitz:
Ich litt vierzig Jahre an einem hartnäckigen Luftröhren- und Lungenkatarrh, gebrauchte englische Inhalationsgläser, die mir nichts halfen, und eine Waffe Argentei, die ebenfalls bewirkt und mir einen Nagen- und Darmkatarrh zuzog. Vor kurzem ließ ich mir einen Lauer'schen Inhalator kommen, und bald war mein altes Leiden vollständig geheilt. Auch das Nisthma, das ich mir infolge des anhaltenden Hustens zugezogen hatte, ist fast vollständig verschwunden. Ich bin deshalb ganz begeistert von dem Lauer'schen Inhalator und kann ähnlich Leidenden nur den Rat geben, sich sobald als möglich den vorzüglichen Lauer'schen Inhalator anzuschaffen. Ich habe diese Anerkennung freiwillig (ohne Aufforderung) ausgestellt und mit meinem Namen unterzeichnet.

Rachschiff. Ich habe obige Anerkennung am 22. Februar 1910 geschrieben und mich seitdem durch beständige Anwendung der Lauer'schen Einatmungen auch von meinem bösen Nisthma befreit.

Außerdem urteilen über Lauer'schen Inhalator:
Herr G. W. W. Eisenbahnassistent in Danzig, Kollomgasse 21: Teile Ihnen hoff. mit, daß ich mit dem Inhalator sehr zufrieden bin. Bei meinem langjährigen Stochschnupfen hat er ganz

vorzüglichen Erfolg gezeigt. Derselbe war in kurzer Zeit behoben.

Herr Otto Bloch, Justizkanzleibeamter in Berlin N. 30, Bahstr. 15: Nachdem ich jetzt reichlich drei Monate Ihren Inhalator benutz habe, drängt es mich, Ihnen meinen aufrichtigsten Dank und meine volle Anerkennung für Ihre großartige Erfindung auszusprechen. Schon seit meiner Jugend litt ich an Atembeschwerden (Kasseleräume beim Atmen und Verschleimung) und war für Erklärungen zungänglich als andere Menschen. Mit zunehmendem Alter, ich stehe im 60. Lebensjahre, nahm auch mein Leiden zu, ich mußte jedes Winter ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen und sah mit Angst und Sorge jedem neuen Winter entgegen. Anfang dieses Jahres traten die Atembeschwerden mit besonderer Heftigkeit auf. Ich konnte keine Nacht schlafen und fand nur am Tage, auf dem Sofa sitzend, den notwendigen Schlaf. Ich befand mich in niedergedrückter Stimmung, Lebensüberdrüssig und hatte für nichts mehr Interesse. Da kam mir Ihr Inhalator zur Kenntnis und ich bestellte mir Ihren Apparat. Schon nach zweiwöchigem, vorchristlichem Gebrauche Ihres Inhalators veripierte ich Besserung, die Kasseleräume verschwanden, ich atmete freier und der Schleim löste sich leicht nach kurzem Nüchtern. Ich fühlte wieder Lebenslust, Arbeitsfreudigkeit und genoh wieder ohne jedes Schlafmittel volle Weitrade. Jedem meiner Mitmenschen, welche gleich mir an Atembeschwerden leiden möchte ich aus vollem dankbarem Herzen Ihren Inhalator als Wohltäter der Menschheit empfehlen.

Es liegen über 10000 ähnliche Anerkennungen vor, welche durch einen vereidigten Sachverständigen und polizeilich beglaubigt sind.

Die Originalbriefe können jederzeit bei uns eingesehen werden.

Ein minderbemittelte, vertrauenswürdigste Person wird der Apparat laut unseren besonderen Bedingungen auch gegen bequeme Ratenzahlung abgegeben.

Nähere Auskunft über Lauer'schen Inhalator wird von der Firma Carl A. Lauer, Wiesbaden H. 99, gerne kostenlos und ohne Kaufzwang erteilt. Verlangen Sie noch heute gratis beschreibende Prospekt.

Firma Carl A. Lauer, Wiesbaden H. 99.

Ich wünsche genaue Auskunft über Ihr neues Inhalationsgerät. Es dürfen mir jedoch keine Kosten hierdurch entstehen.

Name u. Stand: _____
Wohnort: _____
Genauere Adresse: _____
Im offenen Briefumschlag mit 3 Pfennig frankieren.

